Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

illoyal

Nr. 11 Frühling 2000 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Rien ni personne pour l'armée!

Не поддерживайте воуну!

Stop Nuclear Testing

Non à l'armée!

Antimilitarismo

ANTIMILITARISMUS

kara

ANDERSWO

Ban the Bomb!

Abolition des armes nucléaires!

Gettiamo le basi

Celebrate Hope,

Resist Trident!

Schiffeversenken in Großbritannien

Raus aus dem Ghetto in Frankreich

Frauen zu Kampfschwimmerinnen?

Inhalt

3 Worte zum Quartal

Antimilitarismus anderswo

4 USA: Frischer Wind durch die Kanäle der Bewegung
7 Großbritannien: Das Ungeheuer von Gareloch
9 Spanien: Antimilitarismus im 21. Jahrhundert
12 Frankreich: Veränderung oder Ende?
14 Italien: Aviano 2000: Risiken und Nebenwirkungen
16 Türkei: Die Erfindung der Kriegsdienstverweigerung
17 Österreich: Konfliktlösung ist nur ohne Militär möglich!
19 Jugoslawien: Ohnmacht und wenig Unterstützung aus dem Westen

Rezensionen

21 Die Sicht der einen und die der anderen: Bücher zum Jugoslawien-Krieg Teil 2

Berichte

23 News
25 Welcome to the Fight Club! Frauen in der Bundeswehr
27 Haben Kriege ein Geschlecht?
29 Klein und gemein: Von der Landminen- zur Kleinwaffenkampagne
32 Alternativen zum Wehrdienst in Russland
35 Krieg am Horn von Afrika: Der Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien

Totale Kriegsdienstverweigerung

38 Die Aschenputtel des Antimilitarismus – Eine Replik

Innenansichten

40 Büro für antimilitaristische Maßnahmen: Null Toleranz für Militaristen
41 Kampagne Potsdam: Besuch in der Kaserne

Service

42 Kriegsdienstverweigerung
43 Adressen und Termine

Impressum

Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin
Tel. (030) 440 13 00 · Fax (030) 440 13 029 · e-mail: illoyal@Kampagne.DE · Internet: http://www.illoyal.Kampagne.DE

Redaktion: Frank Brendle, Sigurd Jennerjahn (V.i.S.d.P), Erwin Riedmann, Sabine Schaaf

Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor.
Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit · Redaktionsschluss: 6. März 2000.
Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: DM 20,00 inklusive Versand. *ISSN: 1434-2871*
Die abgebildeten antimilitaristischen Plakate haben wir dem Buch »hoch die kampf dem«, (Verlag Libertäre Assoziation u.a., ISBN3-922611-73-7, 1999) entnommen, welches wir hiermit den geneigten LeserInnnen freundlichst empfehlen.

Worte zum Quartal

Liebe Leserin und lieber Leser,

alle Welt globalisiert sich, aber die Armeen bleiben – trotz Nato, WEU und anderen supranationalen Militärbündnissen – zu einem erheblichen Grad nationalstaatlich organisiert. Entsprechend richten sich die Organisationen der Militärgegner und Militärgegnerinnen an den Grenzen ihres jeweiligen Nationalstaats aus. Die Scheuklappen bleiben also meistens unten.

In dieser Ausgabe wollen wir einen Ausschnitt des Antimilitarismus anderswo anbieten. Wir haben verschiedene Organisationen aus dem Ausland – überwiegend aus Nato-Staaten – gebeten, uns einen Einblick in ihre aktuelle Arbeit zu geben. Dieser Überblick kann selbstverständlich die Situation der AntimilitaristInnen in ihren jeweiligen Ländern nicht umfassend darstellen. Es geht eben um einen Ausschnitt; um Anhaltspunkte, die Schlüsse über den Erfolg oder Misserfolg der einzelnen Organisation hinaus zulassen.

Auf einen Nenner bringen lassen sich diese nicht, dafür sind die Ausgangsbedingungen zu unterschiedlich. Während in einem Land wie den USA Ereignisse wie die Verhinderung der WTO-Tagung für frischen Wind auch unter den friedensbewegten und antimilitaristischen Kräften gesorgt haben, zeigt sich, dass sich etwa die französische Bewegung nach der Abschaffung der Wehrpflicht in Frankreich strategisch neu positionieren muss.

Die Auf- und Abschwünge der antimilitaristischen Bewegungsaktivitäten stehen oft im Zusammenhang mit dem Elan anderer sozialer Bewegungen. Man zieht sich gegenseitig hoch, aber auch runter. Unter der Rubrik »Berichte« wird der Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien geschildert, in dessen Zentrum der Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten und die Zugehörigkeit der Stadt Badme stehen. Wir kommentieren das EuGH-Urteil im Fall Tanja Kreil, das Frauen nun auch andere Laufbahnen bei der Bundeswehr als den Sanitäts- und Militärmusikdienst beschert, und zeigen dessen Konsequenzen auf. Außerdem befassen wir uns mit dem wachsenden Problem der Kleinwaffen, die nur vermeintlich ein Randthema der Rüstungsproblematik darstellen. Schließlich berichten wir über eine Tagung im russischen Perm, bei der über die Umsetzung des KDV-Rechts in Russland gestritten wurde. »Innenansichten« geben diesmal das Büro für antimilitaristische Maßnahmen Berlin und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam preis.

Wir wünschen viel Spaß und Erkenntnis bei der Lektüre des Heftes.

Die *illoyal*-Redaktion

Karikatur Andreas Otto

FRISCHER WIND DURCH DIE KANÄLE

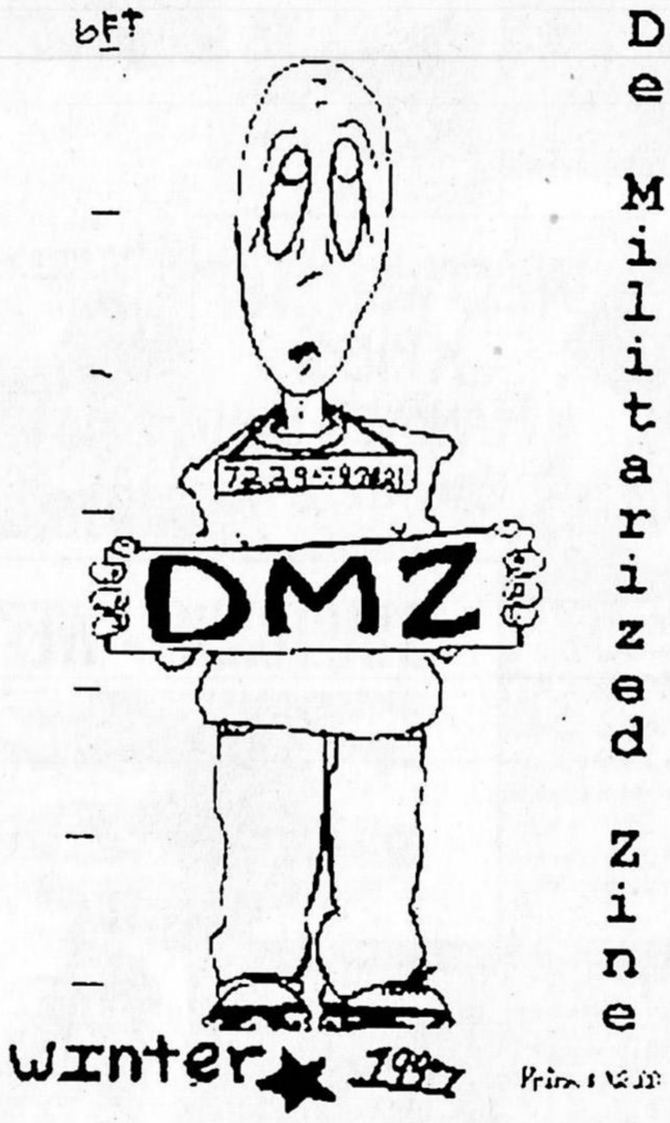
Die in den USA ansässige War Resisters League (WRL) hat 1998 ihren 75. Geburtstag gefeiert. Gegründet wurde sie von Männern und Frauen, die sich geweigert hatten, den Ersten Weltkrieg zu unterstützen. Während der ersten Jahrzehnte einte die Gruppe der Slogan »Kriege hören dann auf, wenn Männer sich zu kämpfen weigern«. Die zentrale Arbeit der Organisation bestand in individuellem Widerstand gegen den Krieg – sei es durch eine Erklärung, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst zu verweigern, oder durch Reden und Flugblattverteilen gegen den Krieg.

In all den Jahren hat die WRL ihre pazifistischen Ursprünge bewahrt und weiterhin als die wichtigste Organisation in den Vereinigten Staaten Kriegsgegner unterstützt. Es gibt andere, an Kirchen angegliederte Gruppen, aber die WRL ist die einzige bundesweit organisierte weltliche Organisation von PazifistInnen im Land. Die WRL bekräftigt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit ist. Deshalb sind wir fest entschlossen, keine Form des Krieges – ob zwischenstaatlicher oder Bürgerkrieg – zu unterstützen und gewaltlos die Beseitigung aller Kriegsursachen anzustreben. Die stärkere Betonung dieses letzten Satzes der Absichtserklärung, der »Beseitigung aller Kriegsursachen«, ist vielleicht das, was sich in all den Jahren am meisten geändert hat. Die AktivistInnen sind sich sicherer geworden, dass der Krieg nur dann aufhört, wenn wir außerdem Rassismus, Sexismus und ökonomische Ausbeutung beenden.
Aktivitäten:
• Die Mitglieder der WRL treten nach wie vor aktiv für Abrüstung ein. Das heißt, einzelne Waffensysteme zu stoppen, wie das irrsinnige »Krieg der Sterne«-Raketenabwehrsystem, dessen Finanzierung dieses Jahr durch den Präsidenten und den Kongress aufgestockt wird, oder das ELF-Kommunikationssystem für Atom-U-Boote. Weiterhin heißt dies, an Aktionen gegen die blutbefleckte »School of the Americas« teilzunehmen und allgemein die drastische Kürzung des U.S.-Militärhaushalts zu fordern. Wir stellen Broschüren und Flugblätter her, die AktivistInnen in ihren Zusammenhängen nutzen können, einschließlich eines neuen Flugblatts über die US-Waffenverkäufe rund um die Welt. Die »Ein Tag ohne das Pentagon«-Kampagne versucht, die Idee zu transportieren, dass die Vereinigten Staaten und die ganze Welt ohne Militär sicherer leben würden und dass eine starke Verteidigung, die auf militärischer Macht fußt, nur die Mächtigen schützt.
• Wir arbeiten aktiv daran, militärische Interventionen zu beenden, wie die Bombardierung Jugoslawiens letztes Jahr und die andauernde Aggression der USA gegen den Irak (einschließlich der Beendigung der Sanktionen, die Tausende töten). WRL setzt sich maßgeblich ein für eine neue Koalition der Gruppen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit engagieren, um schneller auf die nächste große Militärkrise reagieren zu können.
• Wir unterstützen Einzelne, die sich weigern, Einkommenssteuern zu zahlen, um so das Militär nicht mitzubezahlen. Der Kriegssteuerboykott ist seit 50 Jahren Teil des Programms der WRL. In einer Zeit, in der die Volkswirtschaft der USA »robust« genannt wird, müssen AktivistInnen Veränderungen in der Ausgabepraxis unserer Steuerdollars einfordern. Das Geld, das an die Militärs geht, sollte stattdessen für Obdachlose, Hungernde und eine Gesundheitsversorgung für alle genutzt werden.
• Die »JugendFrieden«-Kampagne, welche für Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und ein Ende der Militarisierung der Jugend wirbt, bietet Jugendlichen eine Schulung zu Fragen politischer Organisierung und stellt Mittel für politische Aktivitäten bereit. SchülerInnen, die in ihren Schulen tagtäglich den militärischen Nachwuchswerbern ausgesetzt sind, werden ReferentInnen und andere Ressourcen angeboten. JugendFrieden produziert eine Zeitschrift mit Namen »Demilitarized 'Zine«, die von jungen Menschen geschrieben wird. Polizeibrutalität, Arbeit in sweatshops (1), Irak, Militärrekrutierung und ziviler Ungehorsam sind einige der Themen, die im 'Zine verhandelt werden.
• Die Eltern kleiner Kinder haben sich an der »Stoppt Kriegsspielzeug«-Kampagne beteiligt, welche zunächst Spielzeugwaffen thematisiert hatte, dann aber ihren Fokus erweitert hat auf Themen geschlechtsspezifischer Stereotypisierung, gewaltfreier Kindererziehung und die Ausbeutung von Kindern durch die Medien.
• Wir bemühen uns kontinuierlich darum, Fähigkeiten politischer Organsierung zu vermitteln und Einzelne und Gruppen da, wo das Risiko von Verhaftungen besteht, auf gewaltfreien zivilen Ungehorsam vorzubereiten. Das »Handbuch für die gewaltfreie Aktion«, eine grundlegende Anleitung für Gewaltlosigkeitsschulungen, gehört zu den populärsten Veröffentlichungen des WRL.

WAR RESISTERS LEAGUE

War Resisters League
339 Lafayette St.
New York, NY 10012
USA
Telefon: 001-212-228-0450
Fax: 001-212-228-6193
e-mail: wrl@igc.apc.org
Internet:
http://www.nonviolence.org/wrl

Antimilitarismus anderswo

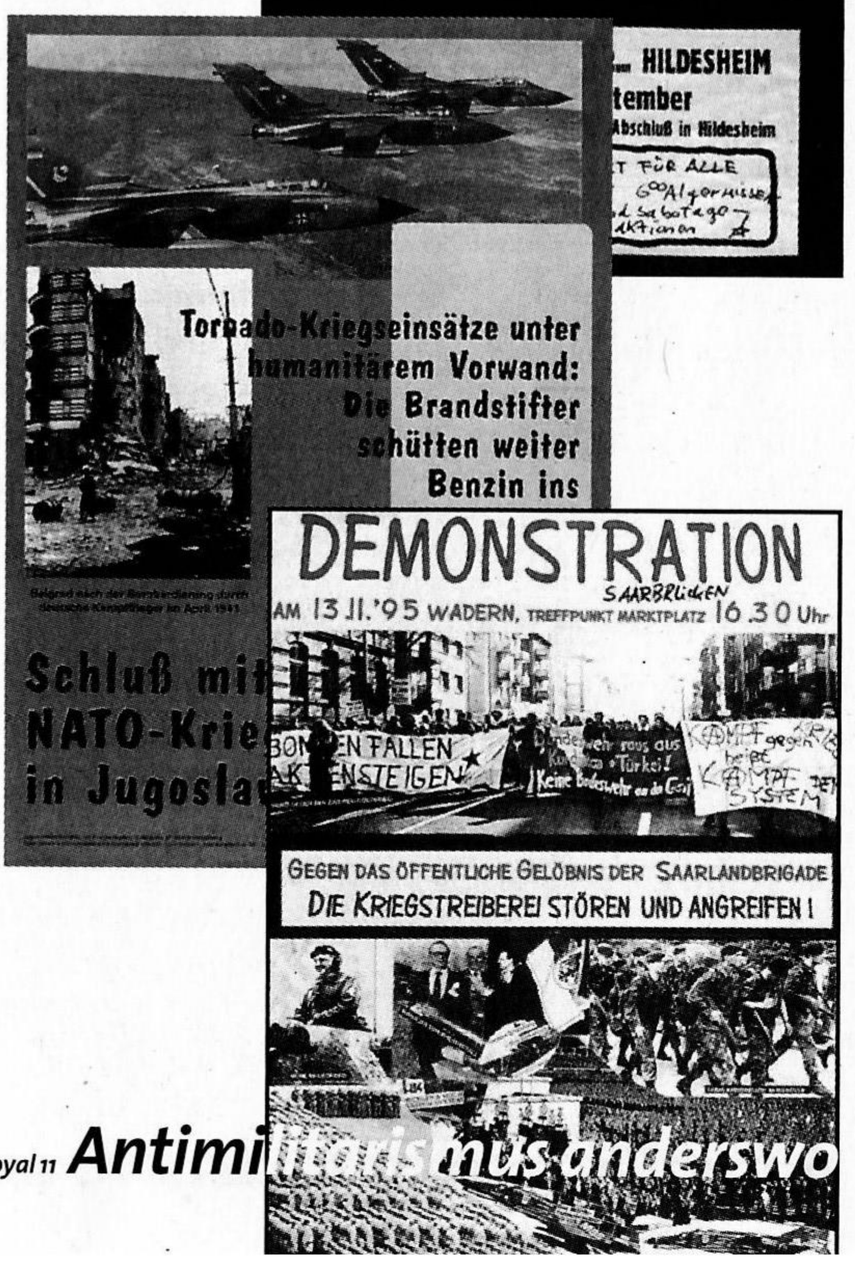


DER BEWEGUNG

De Militarized Zine

ökonomie vereinigt Gruppen rund um die Welt, eine Vereinigung, die notwendig ist, wenn wir überhaupt Einfluss auf die Zukunft dieses Planeten nehmen wollen.
Die Todesstrafe, die explosionsartig steigenden Zahlen der Gefängnisinsassen und die Brutalität der Polizei – all das sind Themen, an denen WRL-Mitglieder bereits arbeiten und die von Tag zu Tag wichtiger werden. Der Rassismus liegt im Zentrum der Probleme im Strafvollzugssystem der USA; Antirassismusarbeit ist ein entscheidendes Element beim Verständnis des Gerechtigkeitsproblems in diesem Land. Die brutalen Polizeiübergriffe gegen UmweltaktivistInnen in Oregon und people of color (2) auf den Straßen aller größeren Städte haben die WRL-Mitglieder dazu gebracht, dass sie gewissenhafter gegen den Machtmissbrauch der Polizei vorgehen. WRL ist Mitglied der »bundesweiten Koalition gegen die Todesstrafe«, Unterzeichnerin der Kampagne für die Aussetzung der Todesstrafe und aktiv im Fall des Todeskandidaten Mumia Abu-Jamal.

Um die Notwendigkeit zu betonen, den Menschen schon im jungen Alter das Prinzip der Gewaltfreiheit nahe zu bringen, berufen wir uns schon seit vielen Jahren auf ein Zitat von Gandhi: »Wenn wir wirklichen Frieden auf Erden wollen, müssen wir mit den Kindern anfangen.« Die Gewaltkrise – und vor allem die Verbreitung von Schusswaffen – in den USA wird täglich deutlicher, zuletzt durch die



Geschichte eines sechs Jahre alten Kindes, das eine Schusswaffe mit in die Schule gebracht und eine sechsjährige Klassenkameradin erschossen hat. Jugendliche anzusprechen, um für Gewaltfreiheit und gegen den Militarismus, den wir als Kern der Gewalt ansehen, zu werben, hat weiterhin höchste Priorität. Unter den jungen Leuten gibt es heute ein Wiedererwachen eines auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten Aktivismus. Allerdings gibt es immer noch zu viele Jugendliche, die nicht daran glauben, dass ihre Stimme einen Unterschied machen kann und sich die Dinge zum Besseren verändern können. Das Internet hilft uns dabei, uns mit immer mehr jungen Leuten zu vernetzen und ihnen zu zeigen, dass tausende Menschen für Veränderungen und eine bessere Welt arbeiten.

Zukünftige Herausforderungen

Unser Bundeskomitee, ein gewähltes Entscheidungsgremium der WRL, hat zuletzt in Houston, Texas, getagt und dadurch Genaueres über die Arbeit unserer dortigen Gruppe, der Houston Nonviolent Action, und ihre Erfolge bei der Arbeit mit der afro-amerikanischen Community (3) erfahren. Wir haben eine weitere Gruppe mit Sitz in Wisconsin, die eng mit AktivistInnen der amerikanischen UreinwohnerInnen kooperiert, und in Südkalifornien arbeiten Mitglieder der WRL mit der lateinamerikanischen Community zusammen, um die Repression der USA gegen neue Einwanderer aus Lateinamerika zu verhindern. Allerdings ist die WRL als bundesweite Organisation immer noch hauptsächlich weiß und müht sich ab, echte Kooperationsbeziehungen mit progressiven Organisationen in den afro-amerikanischen, UreinwohnerInnen-, asiatischen und lateinamerikanischen Communities in diesem Land aufzubauen. JedeR, der/die in den USA für gesellschaftliche Veränderungen arbeitet, weiß, dass wir so lange, bis wir alle zu kooperieren beginnen, nicht wirklich in der Lage sein werden, Veränderungen herbeizuführen, sondern zersplittert bleiben, manchmal vielleicht wegen einer speziellen Krise zusammenkommen, aber an unsere ureigene Arbeit zurückkehren, sobald die Krise wieder vorbei ist.

Es gibt berechtigte Hoffnung darauf, dass wir unsere Koalitionen verbreitern und uns verbünden, um Veränderungen zu fordern. Jede unserer Gruppen kann ihren eigenen Sachverstand in den Kampf einbringen und von den anderen lernen. Dies ist die Herausforderung, der wir in einer Zeit, da der Kapitalismus und der Militarismus an Stärke gewinnen, gegenüberstehen. Wir müssen in den USA – und global – härter daran arbeiten, unsere Kämpfe zu einem Kampf zu verknüpfen.

Ruth Benn

(1) Sweatshops oder Schwitzbuden sind häufig in den Innenstädten der US-amerikanischen Metropolen gelegene Fabriken in der Regel der Bekleidungsindustrie, in denen meist rechtlich ungeschützte MigrantInnen unter besonders schlechten Arbeitsbedingungen (lange Arbeitstage, keine oder wenige kurze Pausen, brutale Aufseher) und prekären Arbeitsverhältnissen (keine schriftlichen Arbeitsverträge, sehr geringe Stundenlöhne, fristlose Entlassungen) arbeiten.
(2) Der Ausdruck people of color bezeichnet in den USA alle rass(ist)isch definierten Gruppen außer den Weißen; er schließt also die dort lebenden amerikanischen UreinwohnerInnen, Schwarzen, LateinamerikanerInnen und AsiatInnen ein.
(3) Community hat verschiedene Bedeutungen, deren Gesamtheit sich im Deutschen nicht mit einem Begriff einfangen läßt. Der Begriff meint einerseits »Gemeinschaft« oder »Gemeinde«, hat aber andererseits häufig, wenn auch nicht notwendigerweise, eine räumliche Konnotation ähnlich dem deutschen Kiez oder Stadtviertel.

Aus dem Englischen übersetzt von Erwin Riedmann

6 *Antimilitarismus anderswo* *illoyal 11*

TRIDENT ODER DAS UNGEHEUER VON GARELOCH

Trident Ploughshares ist offiziell im Mai 1998 auf Betreiben einiger Aktivistinnen der Friedensbewegung in Großbritannien gegründet worden. Eine von diesen, Angie Zelter, war bereits Mitglied der Pflugschar-Gruppe »Seeds of Hope«, die 1996 ein Hawk-Militärflugzeug schwer beschädigt hatte, das für den Export nach Indonesien vorgesehen war. Die Kampagne direkter politischer Aktionen von Trident Ploughshares lief im August 1998 an, drei Monate nach der Gründung. Ziel dieser neuen Kampagne war es, die Grundsätze der Pflugschar-Bewegung (1) – friedliche, gewaltfreie Aktionen, für die die volle Verantwortung übernommen wird – in den Kampf gegen das britische Nuklearwaffensystem Trident (2) einzubringen.

Die Kampagne wird von 23 Unterstützerorganisationen getragen, die alle diesen Grundsätzen verpflichtet sind und die juristischen Möglichkeiten, die Öffentlichkeitsarbeit und die Bürokapazitäten der Kampagne nutzen, jedoch auch unabhängig voneinander agieren. Die einzelnen Mitglieder (zur Zeit 157) nennen sich Pledger (3), weil sie sich dazu verpflichtet haben, die Abrüstung von Trident mit friedlichen Mitteln zu betreiben. Bevor er diese Verpflichtung eingegangen ist, hat jeder Pledger ein intensives zweitägiges Trainingsprogramm absolviert. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt zwar auf dem Kampf gegen das britische Atomwaffensystem, dennoch versteht sich Trident Ploughshares als internationale Bewegung. Pledger aus zwölf verschiedenen Ländern arbeiten bei Trident Ploughshares mit, und die Kampagne greift auf Expertisen und Fachwissen aus der ganzen Welt zurück.

Nachdem sich Trident Ploughshares im Mai 1998 formiert hatte, wurde der damals neu im Amt befindlichen Labour-Regierung in Großbritannien zunächst drei Monate Zeit gegeben, zu beweisen, dass sie ernsthafte Schritte zur Abschaffung von Trident einleitet. In einem ausführlichen Brief wurde Premierminister Tony Blair erläutert, welche Maßnahmen erforderlich seien, damit wir unsere Kampagne noch vor ihrem eigentlichen Start stoppen werden. Als Antwort auf diesen Brief sowie eine Reihe weiterer Schreiben erhielten wir jedoch lediglich die Mitteilung, dass die Regierung nicht beabsichtige, mit uns zu reden, solange wir – wie sie es nennt – kriminelle Aktivitäten planten und durchführten. Unsere Position bleibt unverändert: Wir sind weiterhin bereit, mit der Regierung zu reden, trotz der Tatsache, dass sie aktiv die Stationierung eines Waffensystems zur Massenvernichtung betreibt, das nach den Regeln des internationalen Menschenrechts illegal ist.

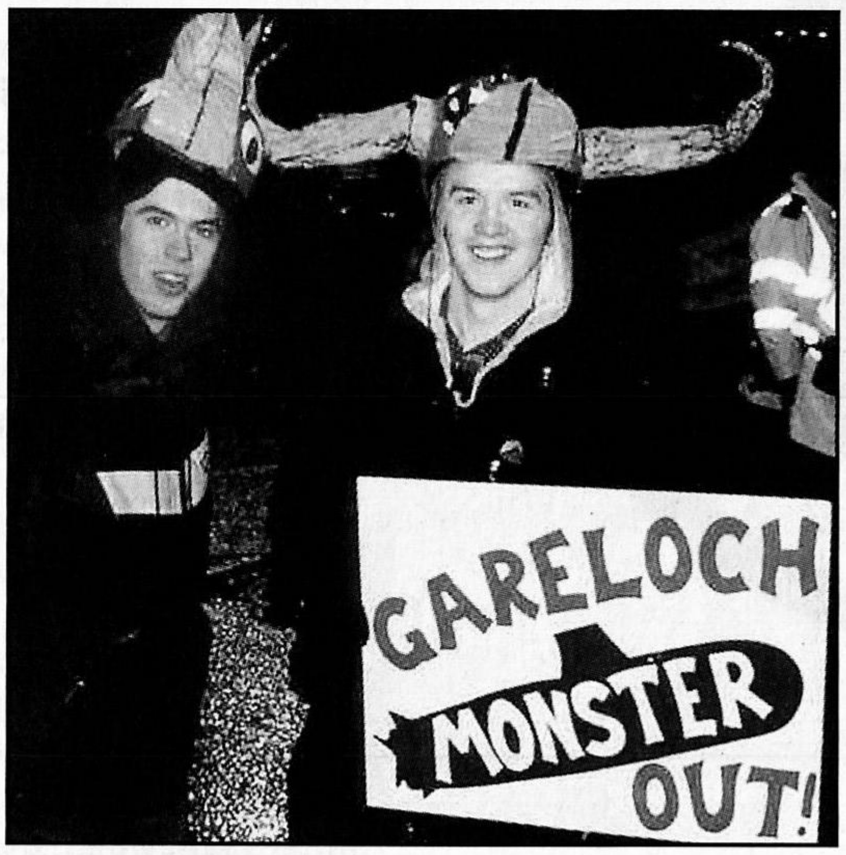
Das Abrüstungscamp in Coulport am Loch Long in Schottland bildete dann im August 1998 den Auftakt der Kampagne. Die Tore des Depots, in dem die Atomsprengköpfe lagern, sind nur einen Kilometer von Coulport entfernt. Mehr als hundert AktivistenInnen aus der ganzen Welt nahmen am Camp teil. Vor der Coulport-Basis und im zwölf Kilometer entfernten Faslane, wo die vier Trident-U-Boote liegen, gab es mehrere Blockaden sowie weitere spektakuläre Aktionen. Bei einer davon schwammen zwei AktivistenInnen zwei Kilometer durch den Gareloch nach Faslane direkt zu den Liegeplätzen der U-Boote, wo sie dann von der Polizei festgenommen wurden. Nachdem das Camp beendet war, fanden alle drei Monate ähnliche Camps statt, die den einzelnen Unterstützergruppen Gelegenheit zu Aktionen gaben. Solche Aktionen gegen Trident waren jedoch keineswegs auf die Camps beschränkt. In Folge der verschiedenen Protestaktionen ist es bisher insgesamt zu 554 Festnahmen bzw. 719 im Gefängnis verbrachten Tagen gekommen. Die in Polizeigewahrsam verbrachte Zeit ist darin noch nicht enthalten. Insgesamt hat es bisher über 50 Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Trident gegeben.

Bei einer der Aktionen gegen Trident enterten beispielsweise Ulla Roder, Ellen Moxley und Angie Zelter am 8. Juni letzten Jahres das mit dem Trident-Projekt in Verbindung stehende Forschungsschiff »Maytime« im Loch Goil in Schottland. Sie räumten das Labor aus und versenkten die Computer sowie weitere Teile der Ausrüstung in den Tiefen des Sees. Im Anschluss daran wurden sie verhaftet und verblieben bis zu ihrer Gerichtsverhandlung im September und Oktober in Haft. Im Prozess hielt Sheriff (Amtsrichterin) Margaret Gimblett die Geschworenen dazu an, die Angeklagten freizusprechen, da sie bei ihnen keine kriminellen Absichten erkennen könne. Ihre Urteilsbegründung enthielt die folgenden bemerkenswerten Worte: *»Dies führt mich zu dem Schluss, dass die drei Angeklagten wie andere auch berechtigt waren, anzunehmen, dass Großbritannien durch den Einsatz von Trident – nicht nur den Besitz, sondern den Einsatz von Trident -, zumal zu Zeiten großer internationaler Spannungen, in Kombination mit einer Politik des atomaren Erstschlags und ohne dass ein Regierungsvertreter – jetzt oder früher – deutlich gemacht hätte, dass ein solcher Einsatz den vom Internationalen Gerichtshof dazu formulierten sehr strengen Kriterien genügen würde, so dass die Androhung des Einsatzes von Trident von anderen Staaten als Bedrohung verstanden werden kann und in der Tat so auch schon*

Kontakt:

Trident Ploughshares 2000
42-46 Bethel Street
Norwich NR2 1NR
United Kingdom
Unsere Internet-Adresse lautet
www.gn.apc.org/tp2000

Unsere nächste große Aktion wird vom 18. bis zum 25. Mai das Camp in Aldermaston, England, sein, wo die nuklearen Sprengköpfe für Trident produziert werden. Am Montag, dem 22. Mai, werden wir die dortige Basis blockieren. Wir rechnen damit, dass viele unsere Aktionen dort unterstützen werden. Wer an dem Camp teilnehmen will, braucht bloß ein Zelt und einen Schlafsack. Verpflegung wird vor Ort bereitgestellt. Für weitere Informationen wendet euch bitte an Maggie (0044 1603 493091 oder 0044 7939004035, e-mail: mcharnley@freenet.co.uk), Sarah (0044 1865 725991) oder Marcus (0044 7967819514).

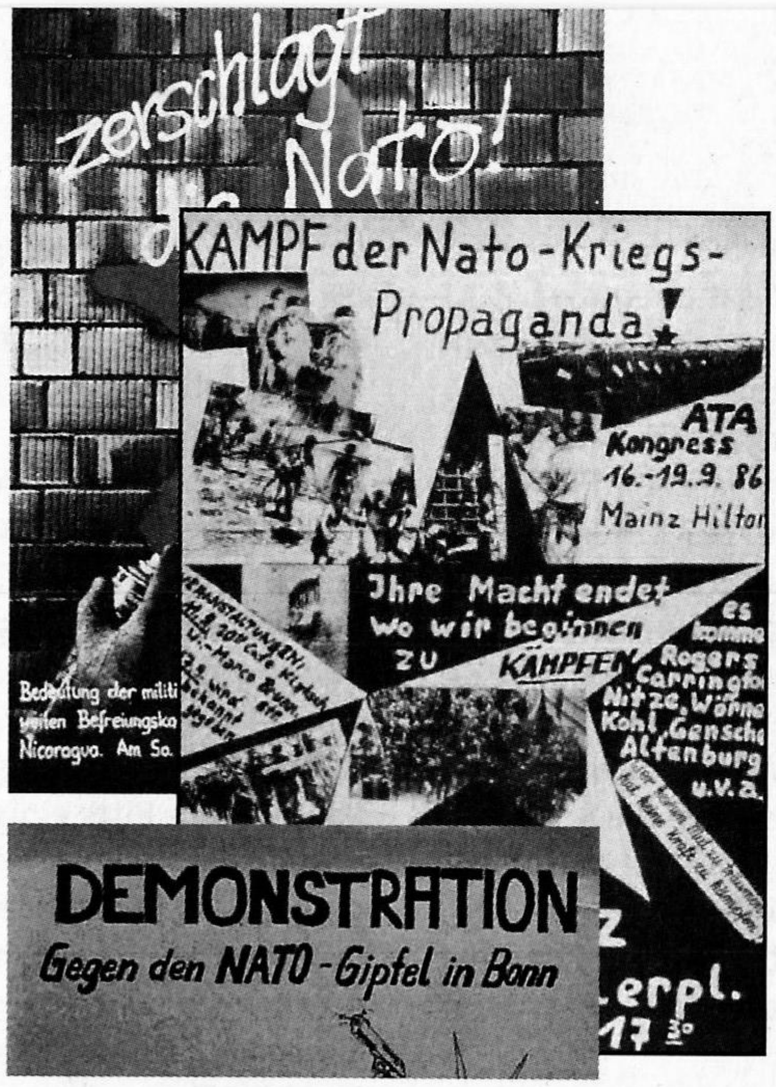


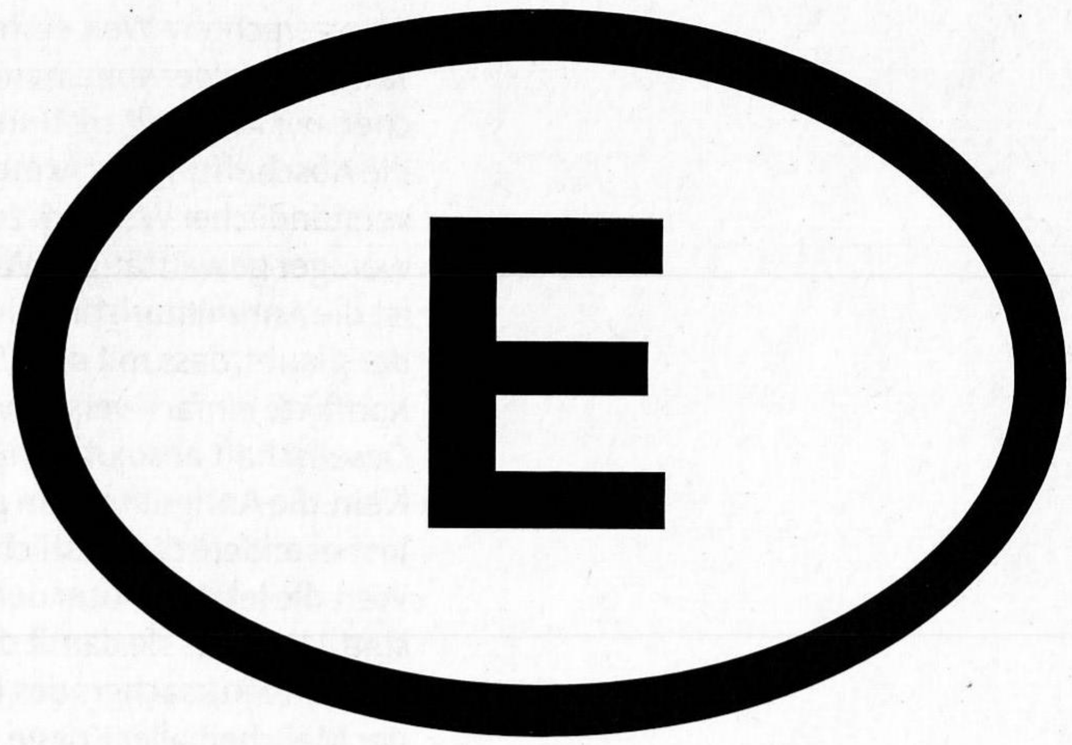
verstanden worden ist, das Völkergewohnheitsrecht verletzt.« Der Freispruch der Frauen ist mittlerweile rechtskräftig. Dennoch hat der Lord Advocate (Generalstaatsanwalt) von Schottland die Sache dem High Court (Oberstes Gericht von Schottland) vorgelegt, um dort mit Trident verbundene rechtliche Fragen klären zu lassen. Für uns bedeutet die Fortsetzung der gerichtlichen Auseinandersetzung um Trident die Chance, die öffentlichen Diskussionen über dieses Waffensystem zu verstärken.
Unsere Kampagne erlebte durch den Freispruch der »Trident Three« einen enormen Aufschwung. Ganz allgemein begrüßen wir die öffentliche Aufmerksamkeit, die durch den Prozess auf Trident gelenkt wurde, die wichtigste Folge war jedoch, dass die Zahl der Leute in ganz Großbritannien, die bereit sind, sich am zivilen Widerstand gegen Trident zu beteiligen, stark angewachsen ist. Eindrucksvoll zeigte sich dies am 14. Februar dieses Jahres, als 400 Menschen die Marinebasis in Faslane blockierten und so für gut zwei Stunden jeglichen Zugang zu ihr verhinderten. 185 Leute wurden bei dieser Aktion festgenommen. Es war eine sehr ermutigende Erfahrung, an der Besprechung der Aktion am Abend davor teilzunehmen und die Entschlossenheit, den Mut und das Engagement der TeilnehmerInnen zu erleben. Vieles spricht dafür, dass die Bewegung weiter an Stärke gewinnen wird. Es war beachtlich, dass sich auch einige Abgeordnete an der Blockade beteiligt haben. Zwei von ihnen wurden verhaftet, und insgesamt 46 ParlamentarierInnen haben unsere Petition unterzeichnet.
Ich verwende hier bewusst den Begriff »ziviler Widerstand« anstelle von »ziviler Ungehorsam«, da meines Erachtens mit ihm besser ausgedrückt wird, dass wir uns als diejenigen begreifen, die Recht und Gesetz gegen die verteidigen, die es brechen. Trident verletzt eindeutig drei wesentliche Prinzipien des Völkerrechts die Kriegführung betreffend: Demnach müssen Waffensysteme so konstruiert sein, dass sie nicht unterschiedslos ZivilistenInnen und Militärs treffen. Trident ist zu einer solchen Differenzierung nicht in der Lage. Des Weiteren dürfen Waffen den KombattantenInnen kein unnötiges Leid zufügen. Genau dies würde Trident tun. Schließlich dürfen Waffen in der natürlichen Umwelt keine nachhaltigen, langfristigen Schäden verursachen. Auch dies würde Trident tun. Aus diesen Gründen ist ein legaler Einsatz von Trident ein Ding der Unmöglichkeit. Die Regierung hat sich bislang beharrlich geweigert, ein Beispiel für einen mit dem Völkerrecht vereinbaren Einsatz von Trident zu nennen, mit der Begründung, dass eine solche Frage rein hypothetisch sei. In Wahrheit ist sie aber gar nicht in der Lage, auf diese Frage eine positive Antwort zu geben. Auch aus diesem Grund wenden wir uns gezielt an das militärische und zivile Personal, das an dem Trident-Projekt mitarbeitet, und fordern es auf, sich über seine Lage klar zu werden und sich nicht zu potenziellen KriegsverbrecherInnen machen zu lassen. Auch gegenüber der Polizei betonen wir, dass sie aus zwei Gründen unrecht handelt: Sie verhaftet uns, anstatt die Verbrechen, die auf der anderen Seite des Nato-Drahtes begangen werden, zu untersuchen, und sie verhaftet damit BürgerInnen, die die Beachtung der Gesetze einfordern.
Bis heute haben die Behörden des Vereinigten Königreiches sehr zurückhaltend auf unsere Kampagne reagiert. Obwohl die AktivistenInnen in der Regel schuldig gesprochen wurden, wurden in den unteren Instanzen meist nur geringfügige Strafen in Form von Geldstrafen oder der Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit verhängt. Gefängnisstrafen gibt es eigentlich nur dann, wenn die Angeklagten es ablehnen, eine Kaution zu zahlen, da dies einem Schuldeingeständnis gleichkäme. Die Polizei – besonders in Schottland – ist im Allgemeinen sehr korrekt und rücksichtsvoll mit AktivistInnen der Bewegung umgegangen. Schlechter waren dagegen die bisherigen Erfahrungen in den Gefängnissen. Einige von uns waren im September 1998 in Schottlands Frauengefängnis Cornton Vale vom Personal verbal und körperlich misshandelt worden. Dieses im Großen und Ganzen noch recht zurückhaltende Vorgehen der Behörden könnte sich jedoch in dem Moment ändern, in dem sie begreifen, dass wir uns nicht in Luft auflösen werden und der Versuch, uns zu ignorieren, zum Scheitern verurteilt ist. Wir werden sehr genau beobachten, ob sich das Verhalten der Polizei und der Gerichte uns gegenüber verschärft.

David Mackenzie

(1) Trident ist zur Zeit Großbritanniens einziges Atomwaffensystem. Es handelt sich dabei um eine U-Boot-gestützte Interkontinentalraketen US-amerikanischer Bauart. Großbritannien verfügt über vier mit Trident-Raketen ausgerüstete U-Boote und insgesamt 42 Raketen sowie – pro einsatzbereites U-Boot – 48 Atomsprengköpfe, von denen ein einzelner die acht-fache Wirkung der Hiroshima-Bombe hat. Die geschätzten jährlichen Kosten für das Projekt belaufen sich auf ca. 1,5 Milliarden £.
(2) Ploughshare = Pflugschar. Die internationale Pflugschar-Bewegung hat sich die Zerstörung jeglicher Kriegstechnik durch gewaltfreie, offene Aktionen, für die die volle Verantwortung übernommen wird, zum Ziel gesetzt. 1980 liefen in den USA die ersten Pflugschar-Aktionen.
(3) to pledge = eine Verpflichtung eingehen.

Aus dem Englischen übersetzt von Sigurd Jennerjahn





ANTIMILITARISMUS IM 21. JAHRHUNDERT

»In einer auf Gewalt beruhenden Welt muss man Revolutionär sein, bevor man Pazifist sein kann.« (A.J. Munste)

Jahrhundertelang ist Frieden mit der Abwesenheit von Konflikten gleichgesetzt worden. Das ist die Definition, die im Römischen Reich geprägt worden war und später wie selbstverständlich von allen Machthabern in der Geschichte benutzt wurde. Denn wer könnte ein größeres Interesse daran haben, dass es keine Konflikte gibt, die die bestehende Ordnung ändern könnten? Wer außer denen, die die Macht und die Privilegien einer guten Stellung haben?

Als Antwort auf diesen offiziellen Pazifismus haben die kritischen pazifistischen Bewegungen den Begriff Antimilitarismus geprägt. Eine Anspielung darauf, dass der Kampf für den Frieden damit beginnen muss, dass die Macht selbst transformiert wird, dass sich die Art und Weise der Lösung von Konflikten ändert. Ganz nebenbei bemerkt: Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Mitte des 20. Jahrhunderts gab es mit dem Entstehen der Idee der strukturellen Gewalt einen neuen und definitiven konzeptionellen Sprung. Denn gibt es tatsächlich keine Gewalt in einer Welt, in der jedes Jahr fünf Millionen Kinder aus nackter Armut sterben, weil Macht und Reichtum ungleich verteilt sind? Doch, es gibt Gewalt, und zwar eine ganz monströse Gewalt, eine kaum sichtbare Gewalt, die sich in den Strukturen der Weltordnung versteckt.

Man kam zu dem Schluss, dass sich beide Formen der Gewalt auch in Zahlen ausdrücken lassen. 1965 zum Beispiel hat die direkte Gewalt 115 000 Menschenleben gefordert, die strukturelle Gewalt 16 Millionen. Die strukturelle Gewalt ist offensichtlich bei weitem die tödlichere. Deshalb kann eine sinnvolle Definition von Frieden nur folgendermaßen lauten: Frieden ist ein Zustand mit einem niedrigen Niveau direkter und struktureller Gewalt und einem hohen Niveau an Gerechtigkeit.

Der Antimilitarismus hat sein Arbeitsfeld erweitert und teilt es mit anderen Organisationen, die für eine gerechtere Welt eintreten. Um die politischen Tätigkeitsfelder voneinander abzugrenzen, versuchen wir AntimilitaristInnen trotzdem weiterhin, die Abschaffung der Armee zu erreichen. Ein selbstverständlicher Weg, um zu einer gerechteren und weniger gewalttätigen Welt beizutragen. Natürlich ist die AntimilitaristIn kein engelsgleicher Optimist, der glaubt, dass mit dem Ende der Armeen auch die Konflikte einfach verschwinden werden und eine Gesellschaft absolut gütiger Menschen entsteht. Nein, die AntimilitaristIn glaubt, dass die Armeen – insbesondere die westlichen – in unserer heutigen Welt die letzten Hüter der tödlichen Weltordnung sind. Und dass sie damit die Hüter eines gewaltigen Konfliktverursachers des Planeten sind, der Wurzel der Mehrheit aller Kriege.

Wenn wir uns unseren Planeten ansehen, stellen wir fest, dass wir in einer unglaublich ungerechten Welt leben. In einer Welt, in der eine kleine Minderheit 80 Prozent der Ressourcen besitzt und verschwendet. Beispielsweise besitzen nur 360 Personen genauso viel Reichtum wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Drei von diesen haben ein Vermögen, das dem Bruttoinlandsprodukt von 48 Ländern entspricht. In dieser ungerechten Welt nimmt die Ungleichheit noch zu. Niemand, der ausreichend informiert ist, kann behaupten, dass alle von dieser Ordnung profitieren. Es steht fest, dass sich in 89 Ländern die wirtschaftlichen Verhältnisse in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert haben. Ganze Regionen des Planeten sind von diesen Verhältnissen betroffen. Währenddessen konzentriert sich die Macht in immer weniger Händen. Man rechnet bereits damit, dass 90 Prozent der Entscheidungen, die die Zukunft der gesamten Menschheit betreffen, von weniger als 10 000 Personen gefällt werden. Wir können davon ausgehen, dass sich darunter Staatschefs, hochrangige Militärs, Chefs von multinationalen Konzernen und Finanzkapitalspekulanten befinden. Wir sind in ihren Händen.

Diese Weltordnung erscheint wie eine Nachahmung der so kritisierten rassistischen Apartheid Südafrikas. Einige wenige, im Allgemeinen die Weißen, besitzen alle Macht, die Ressourcen, das Geld. Die große Mehrheit hat nichts. Sie kann nicht einmal über ihr eigenes Leben entscheiden, weil eine ausgewählte Gruppe von Unternehmern, Politikern und Militärs das für sie tut. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Um eine solche Unterdrückung und Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten, wird eine bewaffnete Institution gebraucht, die in jedem Teil der Welt gegen vorhersehbare Aufstände der unterdrückten Mehrheit der ihre Rechte einfordernden Menschheit intervenieren kann. Irgendjemand muss ja die Privilegien verteidigen. Dies und nichts anderes ist heute die wesentliche Funktion der Armee. Aus diesem Grund ist die Nato, diese militärische Allianz, die als Verteidigungsbündnis gegen den Warschauer Pakt gerechtfertigt wurde, nicht verschwunden, als dieser aufgelöst wurde. Sie ist nicht nur nicht verschwunden, sondern auf dem Gipfel von Washington (1999) wurde festgelegt, dass ihre Interventionen nicht auf das Territorium der Mitgliedstaaten beschränkt bleiben. Sie wurde autorisiert, in der so genannten euroatlantischen Zone zu intervenieren, also auf der ganzen Welt. Denn wo sind die Grenzen dieser Zone?
Unterdessen passen die westlichen Staaten ihre Militärgesetzgebung an und erweitern die Aufgaben für ihre Armeen. Früher haben sie sich darauf beschränkt, die Staatsgrenzen und die Staatsordnung zu verteidigen. Heute kommt in aller Stille eine neue furchtbare Aufgabe dazu: Die Staatsinteressen dort verteidigen, wo sie bedroht sein könnten. Die Bitte einiger, die Armeen mögen sich doch darauf beschränken, nur ihre defensiven Aufgaben wahrzunehmen, wurde begraben.
Während heutzutage alle europäischen Länder anerkennen, dass ihre Grenzen zum ersten Mal in der Geschichte nicht mehr bedroht sind, steigern sie ihre Militärausgaben in unglaublichem Maß. Insbesondere steigern sie ihre Ausgaben für die Forschung und Weiterentwicklung der Waffensysteme.
Warum? Wofür? Gegen wen? Wenn ich diese Fragen beantworten würde, würden viele Leute denken »Pah, das ist der typische Wutanfall eines Antimilitaristen.« Andere würden die humanitäre Schwerarbeit der Streitkräfte und ihre befriedende Funktion in diversen Konflikten vorbringen. Da sollten wohl die einen wie die anderen einmal zuhören, was das spanische Verteidigungsministerium selbst dazu sagt: «...wenn du anfängst zu verstehen, was du wert bist , dass wir zu den acht ersten Ländern unter den 200 Ländern der Welt gehören, dann wird die Gesellschaft anfangen, sich bewusst zu werden, dass diese Position in Gefahr sein könnte, dass morgen ein Problem in einer scheinbar ganz fernen Gegend auftreten könnte und halb Spanien dann ohne grundlegende Ressourcen dastehen könnte, dann bekommt die Verteidigung Spaniens einen neuen Wert.« Das reicht dem Minister aber noch nicht, denn er fügt noch hinzu: »15 Prozent der Menschheit verbrauchen 80 Prozent von dem, was in der Welt konsumiert wird, das ist zweifelsohne ein Konfliktfaktor.«
Von hier an ist alles ekelhaft klar und es verbietet sich, die Darstellung der humanitären Arbeit der Streitkräfte zu akzeptieren, besonders wenn wir andauernd die Militärs sagen hören, dass ihre Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien das Bild der Armee grundlegend geändert hat.
Zusammenfassend gesagt, in dieser weltweiten Apartheid, in der wir leben, sind die Armeen eine der wesentlichen Säulen der Verteidigung des Regimes. Das Verschwinden oder die Schwächung der Armeen ist eine Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, wenn man der Gerechtigkeit näher kommen will. Denn die mächtigen Profiteure des Krieges werden sich anstrengen müssen, um die Unterdrückten zufriedenzustellen, und sie werden sich nicht damit begnügen können, die Unterdrückten einzuschüchtern. Ein steigendes Gerechtigkeitsniveau würde auch zum Verschwinden der Armeen beitragen und zur Erkundung neuer Wege der Konfliktlösung.
So haben wir also das Arbeitsfeld des Antimilitarismus in den nächsten Jahren umrissen. Aber was fangen wir damit an? Gut, unabdingbar sind tief-

greifende Analysen der Realität. Ebenso notwendig ist der Versuch, mit Kampagnen dieses Thema auf die politische Tagesordnung und in die Medien zu bringen. Dafür gibt es keine Rezepte. Im spanischen Staat haben wir es dank einer jahrelangen *Insumisiòn* genannten Kampagne zivilen Ungehorsams geschafft, die Wehrpflicht abzuschaffen. Das war erfolgreich, nachdem Hunderte von Jugendlichen aus freien Stücken den Weg ins Gefängnis angetreten haben.

Heute müssen wir einfallsreicher sein, aber es gibt weiterhin Möglichkeiten. Von der Besetzung von Militärzentren bis zu Steuerverweigerungskampagnen, um die Militärausgaben anzuprangern. Jede gewaltfreie Methode des Kampfes ist interessant, um diese Analyse der Realität weiterzutragen. Doch damit ist die Grenze der Arbeit des Antimilitaristen noch nicht erreicht. In den Bemühungen, menschlichere und gerechtere Beziehungen zwischen den Menschen und den Völkern zu schaffen, gilt es noch weitere Felder zu erforschen:

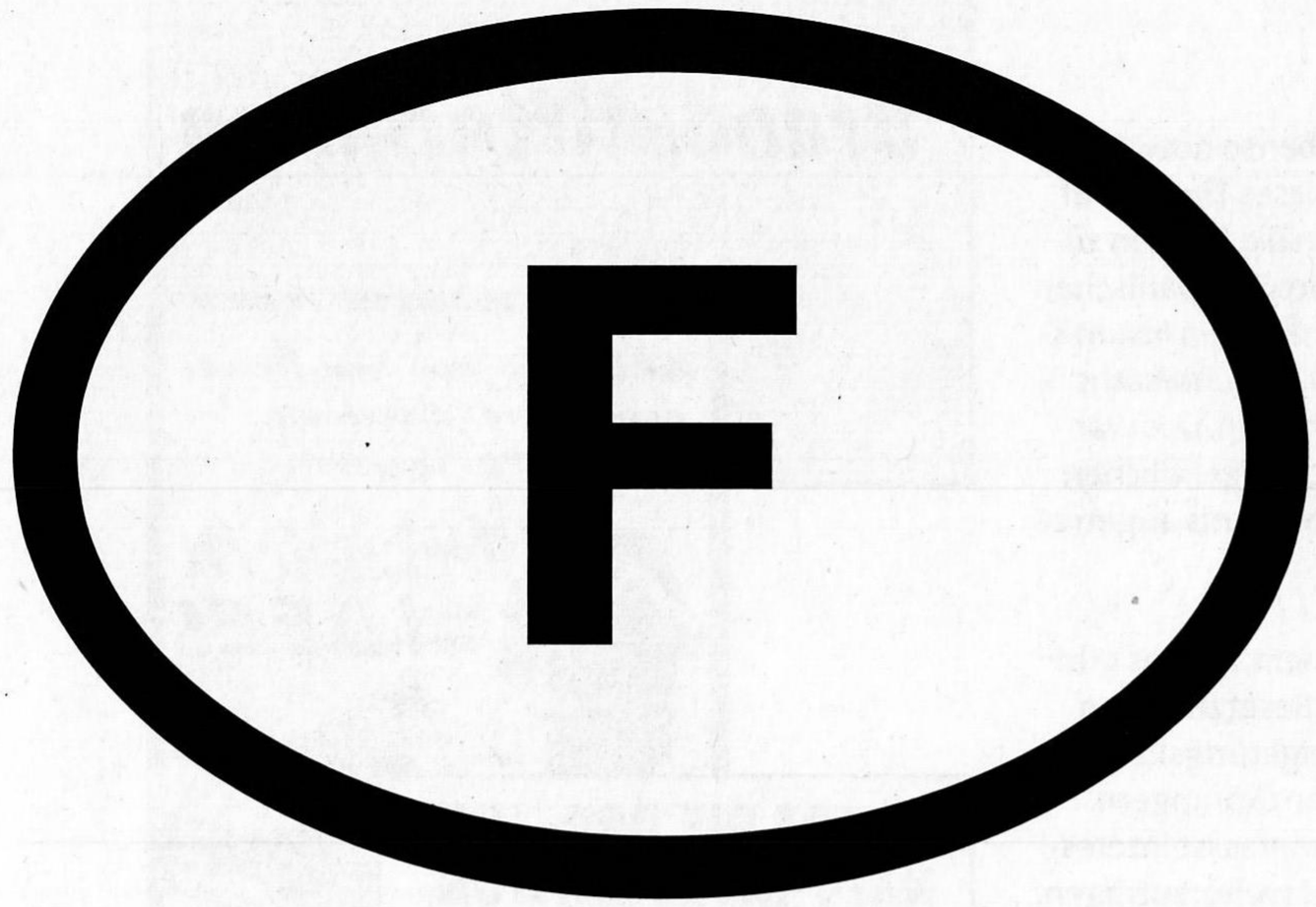
1. Friedensforschung, die sich Problemen wie den folgenden widmet:
   - gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle
   - kritische Betrachtungen zu Rüstung und Waffenhandel
   - Analyse der Wirklichkeit

2. Friedenserziehung
   - Analyse der menschlichen Beziehungen
   - didaktische Mittel zum Üben gewaltfreier Konfliktlösung, die auch von anderen respektiert wird
   - Erziehung zum Ungehorsam
   - Zusammenarbeit in der Vielfalt – kulturell, ethnisch etc.

Es gibt also viel zu tun und gute Gründe, es zu tun. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Bequemlichkeit der Kompromisslosigkeit zu besiegen. Es ist nie zu spät, damit anzufangen und nie zu früh. Wir sind niemals zu wenige und zu klein. Die Menschen ohne Stimme auf der ganzen Welt warten auf unsere solidarischen Bemühungen.

Iruneko Kem-Moc

Aus dem Spanischen übersetzt von Yvonne Jennerjahn



VERÄNDERUNG ODER ENDE?

Als sich die Prozesse gegen Totalverweigerer häuften, brachte das Journal RIRe im Oktober 1994 seine erste Ausgabe heraus. Die Unterstützung für Totalverweigerer in ihren Prozessen war bis dahin nur unzureichend. Der Mouvement des Objecteurs de Conscience (MOC, Bewegung der Kriegsdienstverweigerer) als wichtigste Organisation der Kriegsdienstverweigerer brachte den Totalverweigerern nur eine laue verbale Unterstützung entgegen, und mit seiner zentralisierten Struktur blieb er den Problemen antimilitaristischen Engagements gegenüber taub. In bewusstem Widerspruch zum Organisationsmodell des MOC setzten die GründerInnen von RIRe auf den Aufbau einer vollständig dezentralisierten Struktur, die den Gruppen ein Maximum an Autonomie lässt.

Ohne einen fertigen politischen Entwurf zu haben, versucht RIRe, den Gedankenaustausch zu fördern und Debatten anzustoßen, um zu einer Strategie für die Antimilitaristen zu kommen. Die Zeitschrift dient deshalb in erster Linie der Informationsvermittlung. Aus dem Engagement von und für Totalverweigerer ergab sich die Notwendigkeit, sich anderen Aspekten des antimilitaristischen Kampfes zu öffnen: internationale Beziehungen, Rüstungsexporte, die Beziehungen zwischen Armee und Bildungswesen, zivile und militärische Nutzung der Atomenergie, Unterstützung politischer Gefangener, Ökologie, Einwanderung oder Antifaschismus.

Im Februar 1996 kündigte Präsident Jacques Chirac die Professionalisierung der Armee an, die durch eine Interventionsstrategie den Interessen Frankreichs und der westlichen Mächte besser dienen solle. Die Regierung der pluralistischen Linken (Sozialisten, Kommunisten, Grüne), die aus den vorgezogenen Wahlen 1997 als Siegerin hervorging, organisiert nun den Übergang zur Berufsarmee, der bis 2002 abgeschlossen sein soll. Die Wehrpflicht wird nach und nach durch den »Aufruf zur Vorbereitung auf die Verteidigung« (Appel de Préparation à la Défense, APD) ersetzt. Während der Wehrdienst zehn Monate dauert (der Zivildienst doppelt so lange), dauert der APD nur einen Tag. (1) Wer diesem Tag militaristischer Propaganda fernbleibt, muss zwar nicht ins Gefängnis, erleidet aber einen »sozialen Tod«: Den Verweigerern werden bis zum 25. Lebensjahr staatliche Zeugnisse wie zum Beispiel das Abitur oder der Führerschein vorenthalten. Dieses System wird ergänzt durch eine »Einweisung in das Wesen der Verteidigung« (2) an den Schulen, die sich auch in den Lehrbüchern wiederfindet. All dies verdeutlicht das Streben von Armee und politischer Klasse, um die Akzeptanz ihres Verteidigungsmodells, der Berufsarmee und ihrer Logik der bewaffneten Verteidigung zu werben.

Zersplitterte Bewegung

Das Ende der Wehrpflicht ist also nicht das Ergebnis antimilitaristischer Kämpfe, es ist auch kein Sieg über den Militarismus. Für die antimilitaristische Bewegung ist es aber eine historische Chance, aus ihrem Ghetto herauszukommen, in das sie sich im Laufe der 80er Jahre eingeschlossen hat. Die Konsequenzen dieser Veränderung sind bedeutsam für die antimilitaristischen Strategien: Die politischen Prozesse wegen Fahnenflucht und Ungehorsams werden immer seltener, und schließlich ist das Ende des Zivildienstes für 2002 vorgesehen. Der MOC zeichnet sich vor allem durch die Verteidigung des Zivildienstes aus. Er ist daher durch die aktuellen Veränderungen stark erschüttert und stellt sich die Frage nach seinem Lebenszweck und seiner Zukunft – allerdings ohne bisher zu einer zukunftsträchtigen Neubestimmung gekommen zu sein. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung im März 1999 entschied sich die Mehrheit dafür, die Erneuerung des MOC fortzusetzen. Einige Gruppen und Einzelpersonen, die für die Auflösung waren, verließen den MOC, um sich mehr an der Handlungsweise von RIRe zu orientieren.

RIRe dagegen hat der Entwicklung vorgegriffen und sich innerhalb weniger Jahre von den Problemen des Wehr- und Zivildienstes gelöst. Dadurch erschlossen sich neue Perspektiven für antimilitaristische Kämpfe. Heute hat RIRe eine Auflage von 1000 Exemplaren, es ist allmählich das Referenzblatt in Fragen von Frieden und Wehrdienstverweigerung geworden. Die Zeitschrift wird in Hunderten von Initiativen sowie politischen und gewerkschaftlichen Gruppen vertrieben, sie hat dazu beigetragen, die Verbindung zu anderen Themenbereichen herzustellen, und hat zahlreiche unterschiedliche Gruppen dazu veranlasst, unsere Fragestellungen in ihren Überlegungen und Aktionen aufzugreifen.

Neben diesen zwei Gruppen (MOC und RIRe), die aus dem Kampf gegen die Wehrpflicht stammen, gibt es zahlreiche andere, die sich auf Pazifismus oder Antimilitarismus berufen. Von Bedeutung ist die gewaltfreie Strömung, oftmals religiös motiviert, wie die Quäker oder die Arche-Gemeinschaft,

Kontakt:

Le RIRe, BP 2402, 13215
Marseille cedex 02
tel/fax
+ 00 33 4 91 90 25 04
lerire@wanadoo.fr

(1) Betroffen sind 16- und 17jährige Jungen, ab 2000 auch Mädchen.
(2) »Enseignement à l'esprit de défense«.
(3) Laserwaffe, die Nuklearexplosionen hervorrufen soll.
(4) Collectif pour objecter l'esprit de défense.

Aus dem Französischen übersetzt von Frank Brendle und Marc Geoffroy

Nicht die Dienstzeit muss reduziert werden, sondern die Militärs

die eine Synthese von Gandhi und Christentum vornimmt. Laizistisch ist die Bewegung für eine gewaltfreie Alternative (Mouvement pour une Alternative Non-Violente, MAN). Diese ist von der Propagierung des Selbstverwaltungssozialismus in den 70er Jahren dazu übergegangen, Lobbyarbeit in den Institutionen zu betreiben, eine Tendenz, die seit dem Eintritt der Grünen in die Regierung zugenommen hat. Die Internationale der Kriegsgegner (WRI) wird repräsentiert durch die Union Pacifiste de France (UPF), in der Libertäre, Freimaurer und Atheisten mitwirken, während sich im Mouvement de la Paix Pazifisten versammeln, die Mitglieder oder Sympathisanten der Kommunistischen Partei (PCF) sind.

Außerdem gibt es Gruppen, die sich auf einen Aspekt des Antimilitarismus und Pazifismus spezialisiert haben, wie »Stop Essais« (Teststopp), eine Gruppe, die sich gegen Nuklearwaffen einsetzt und aktiv an der internationalen Kampagne Abolition 2000 teilnimmt. Es gibt das Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits (Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung) und das Observatoire des Transferts d'Armement (zum Thema Waffenlieferungen), dort finden sich Pazifisten, die über Expertenwissen über den militärisch-industriellen Komplex Frankreichs verfügen.

Diese Spaltungen erleichtern das Entstehen einer mächtigen antimilitaristischen Bewegung in Frankreich nicht gerade, zumal der politische Kontext der 90er Jahre für die Entstehung einer solchen Bewegung ungünstig ist. Als Ergebnis der Propaganda rund um den »humanitären Krieg« und der Beteiligung an der Friedenserhaltung in Konfliktgebieten steht die öffentliche Meinung der Armee positiv gegenüber, selbst in überwiegend pazifistischen Milieus der Linken. Auch die Arbeitslosigkeit spielt für dieses Einverständnis eine große Rolle: Einerseits wird die Armee von vielen jungen, unqualifizierten Arbeitslosen als Rettungsreifen gesehen, andererseits dient das Beschäftigungsargument zur Rechtfertigung von Rüstungsproduktion und -export.

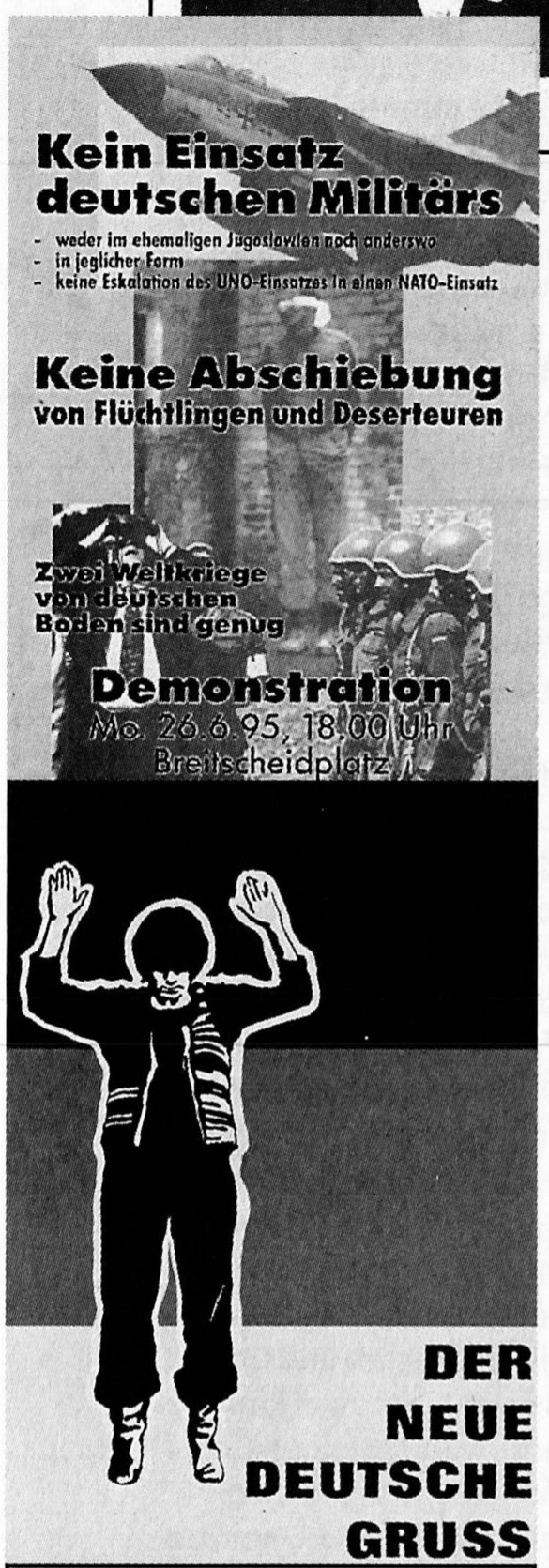
Die Hoffnung auf eine Erneuerung

Trotz dieser Schwierigkeiten gibt eine Anzahl von Kämpfen in den letzten Jahren Anlass zur Hoffnung auf eine Wiedergeburt des Antimilitarismus in Frankreich. Seit einigen Jahren gibt es gemeinsame Kampagnen, die mehrere unterschiedliche Organisationen vereinigen, auch RIRe nimmt daran teil. So zum Beispiel die Kampagne gegen das Projekt laser mégajoule. (3) Dieses zielt darauf ab, die internationalen Verträge hinsichtlich nuklearer Abrüstung und Atomteststopp zu unterlaufen, die Frankreich unterzeichnet hat, um so am Kurs der Nuklearwaffen festzuhalten. Diese Kampagne, die von Stop Essais und den Grünen angeführt wird, hat momentan die Form einer Briefkampagne, um die politische Klasse für das Problem zu sensibilisieren. Ohne großen Erfolg, da die Finanzierung dieses Projektes für das Jahr 2000 im vorigen November von der Nationalversammlung beschlossen wurde; nur die Grünen stimmten dagegen.

Ebenfalls erwähnenswert ist das Kollektiv zur Verweigerung des Verteidigungswesens. (4) Dieses widersetzt sich zugleich dem APD und dem Eindringen der Armee in die Schule. Das Kollektiv versammelt vor allem antimilitaristische Gruppen wie RIRe, UPF, MOC und libertäre Organisationen.
Die größten Erfolge wurden im Bereich des Kampfes gegen Waffenverkäufe erzielt, mit dem gemeinsamen Ziel der Schließung der Rüstungsmesse Eurosatory, die alle zwei Jahre in einem Vorort von Paris stattfindet. Kriegsdienst- und Totalverweigerer haben sich erst 1998 für diese Messe interessiert. Bis dahin wurde der Protest von gewaltfreien Gruppen geführt, die mit Fasten und Gebeten ihre Opposition ausdrückten. Vor zwei Jahren ist es den französischen antimilitaristischen Gruppen innerhalb weniger Monate gelungen, zu diesem Thema einige Leute zu mobilisieren. Über 200 Personen haben die Eröffnung der Messe gestört. In diesem Jahr ist das Kollektiv noch einmal gewachsen, und die Demonstrationen gegen die Messe im Juni versprechen erfolgreich zu werden, umso mehr, als sich dem Kollektiv eine größere Zahl europäischer Gruppen angeschlossen hat (aus England, Belgien, Tschechien, Ungarn usw.).

Als Schlussfolgerung kann man sagen, dass der Antimilitarismus in Frankreich an einem Wendepunkt steht: Indem er die Spaltung hinter sich lässt und nach Übereinstimmungen mit sozialen Bewegungen, Initiativen, Gewerkschaften, Umweltschützern, Libertären usw. sucht, kann er das Ghetto verlassen und ein Faktor in der politischen Debatte werden. Dabei muss stets auf ein Gleichgewicht zwischen Utopie und Pragmatismus geachtet werden.

Georges Broussaille



AVIANO 2000:

Aviano ist eine kleine Stadt in der Nähe von Pordenone am Fuße der Alpen. 8.000 Menschen leben dort, oder besser gesagt: 18.000, denn zu den Einheimischen müssen noch die US-Amerikaner dazu gezählt werden, die auf der hiesigen USAF-Basis arbeiten und die eigentliche Bevölkerungszahl mehr als verdoppeln. Seit 1955 befindet sich in Aviano eine US-Militärbasis, und bis vor nicht allzu langer Zeit war dies noch eine zweitrangige Einrichtung. Mit dem Zweiten Golfkrieg von 1991 jedoch und insbesondere mit der militärischen Intervention der Nato in Bosnien ist die strategische Bedeutung der Basis immens gewachsen.
Den gegenwärtigen Planungen des Pentagon zufolge ist Aviano zu einem der bedeutendsten Atomwaffenstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa und überhaupt weltweit auserkoren, der die USA in die Lage versetzen soll, zur gleichen Zeit zwei unterschiedliche Kriege mittlerer Intensität führen zu können. 1992 wurde ein ungeheures Expansionsprojekt in Angriff genommen, das sowohl zu einer Verdoppelung des Personals von Aviano als auch der Fläche des Stützpunktes geführt hat.

Die Anwesenheit eines derartigen militärischen Geschwürs beeinträchtigt die gesamte Gesellschaft der Region und ist eine Bedrohung für die Gesundheit und das Leben der Menschen, die in unmittelbarer Nähe der Basis leben:
• Lärm und Luftverschmutzung, verursacht durch die Übungsflüge der Überschallflugzeuge: 100 bis 150 Tiefflüge finden täglich statt, was sich in Kriegszeiten auf bis zu 250 pro Tag erhöhen kann. Wie Untersuchungen gezeigt haben, liegt der Lärmpegel im Freien zwischen 110 und 130 dezibel und in geschlossenen Räumen bei 90 bis 110 dezibel. Rund 40.000 Menschen leben im Bereich der Tiefflugkorridore, etliche davon sind gezwungen, Medikamente gegen Bluthochdruck einzunehmen.
• Bodenkontamination durch giftige Substanzen: Vor der Landung leeren die Jets ihre Tanks und verseuchen so mit ihrem Treibstoff die umliegenden Felder. Dies hat u.a. dazu geführt, dass davon betroffene Landwirte ihre Produkte nicht mehr als aus biologisch kontrolliertem Anbau stammend kennzeichnen können. Zusätzlich dazu sind 1996 aus dem Leck eines Treibstoffreservoirs 4.500 Liter des Flugbenzins GP8 ausgetreten, wodurch die Grundwasserversorgung einer benachbarten Stadt verseucht wurde.
• Steiler Anstieg der Preise für Grund und Boden: Die Miete für eine 100qm-Wohnung liegt mittlerweile bei ca. 1.000 bis 1.500 DM pro Monat, eine sehr hohe Summe, die es den meisten jungen Menschen der Region nicht erlaubt, sich hier eine Wohnung zu leisten. Auf diese Weise schafft es das Militär auch zu Friedenszeiten, Menschen zu vertreiben.
• Radioaktive Verseuchung: Schon seit 1955, als die US-Streitkräfte nach Aviano kamen, werden in Aviano Atomwaffen gelagert. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde von US-amerikanischen Stellen das Vorhandensein von Atomwaffen in Aviano stets geleugnet. Führende italienische Politiker haben dies auch dann noch getan, als diese Tatsache in der Öffentlichkeit längst bekannt war. Im letzten Jahr hat diese Nachricht eine größere Publizität erfahren, aber Untersuchungen über das Kontaminationsrisiko wurden von der Regierung sämtlich als unzuverlässig zurückgewiesen.
• Zerstörung der Wirtschaftsstruktur: Aviano 2000 ist ein Milliardendeal, und die lokale Wirtschaft ist mehr und mehr von diesem einen Projekt abhängig. Letztlich wird die Wirtschaft der ganzen Region strukturell von nur einem Arbeitgeber, der Militärbasis, dominiert. Unabhängig von der Erniedrigung, die darin liegt, vom Militär abhängig zu sein, hat sich historisch gesehen eine solche ökonomische Monokultur selten als erfolgreich und für die Gesellschaft immer als äußerst problematisch erwiesen.
Natürlich haben wir neben diesen strukturellen Schädigungen auch die Ausnahmen zu ertragen, die sich als die Regel entpuppen. Am 3. Februar 1998 durchtrennte beispielsweise ein amerikanisches Flugzeug während eines Tieffluges die Kabel einer Seilbahn bei Cavalese und stürzte 20 Menschen in den Tod. Doch nicht nur das. Hinzu kam noch der Zynismus, dass die Piloten es wagten, nachdem sie

von US-amerikanischen Militärgerichten freigesprochen worden waren, italienische Zeitungen wegen Rufschädigung zu verklagen, weil diese sie als das bezeichnet hatten, was sie sind: Mörder.

Die Menschen fangen an, sich zu wehren

Am 1. Mai 1996 wurde nach einer Protestaktion in Aviano das Comitato unitario contro Aviano 2000 (CUCA 2000) gegründet. An ihm beteiligten sich antimilitaristische, anarchistische und pazifistische Gruppen sowie solche aus der Umweltbewegung. Sich mit den von Aviano ausgehenden Umweltrisiken und Gefährdungen für die Gesundheit zu beschäftigen, hat für CUCA eine zweifache Bedeutung: Zum einen versuchen wir, so die Rechte der in der Nähe der Militärbasis lebenden Menschen zu verteidigen und deren Gesundheit zu schützen, zum anderen wollen wir über Versammlungen Leute mobilisieren und dazu beitragen, dass die von Aviano ausgehenden Gefahren stärker erforscht werden.

Über das Komitee haben wir eine Vielzahl von Aktivitäten in Gang gesetzt – von Untersuchungen über Unterschriftensammlungen und Protestversammlungen bis hin zu Aktionen zivilen Ungehorsams. Außerdem publizieren wir die Zeitschrift »LiberAria«. Wir haben auch versucht, direkt mit den lokalen Behörden in Kontakt zu treten. Selbst vor einem Treffen mit dem Polizeipräfekten von Pordenone sind wir nicht zurückgeschreckt. Auch wenn wir nicht mit einer konkreten Antwort der Ministerien in Rom oder der verschlafenen Regionalbehörden gerechnet haben, waren wir doch erstaunt, dass auch Bürgermeister, denen die Gesundheit und die grundlegenden Rechte ihrer Bürger nicht egal sein sollten, keine Veranlassung sahen, etwas zu unternehmen. Im Gegenteil: Sie waren begeistert von den vermeintlichen Perspektiven, die das Milliardenprojekt Aviano 2000 für ihre Region eröffnet.

Im Dezember 1997 veranstalteten wir ein Treffen unter dem Titel »gettiamo le basi«, um alle Aspekte der durch die Militärbasis aufgeworfenen Probleme diskutieren zu können. Auf Italienisch ist der Titel doppeldeutig, da er sowohl »Lasst uns den Grundstein legen« als auch »Weg mit dem Militärstützpunkt« bedeutet. Es wurde eine öffentliche Konferenz, auf der unterschiedlichste Themen behandelt wurden: von der Globalisierung über die neue Verteidigungsidentität bis zu den durch das Militär verursachten Umweltschäden, außerdem die Rolle des amerikanischen Militärs in Zusammenhang mit dem staatlichen Notstand in den 70er Jahren sowie der Feminismus und weitere Themen.

Am 27. Juli 1998, dem Jahrestag des Flugzeugabsturzes von Ustica (1), fand nach einem sit-in vor dem Militärstützpunkt in Pordenone eine antimilitaristische Demonstration statt. Zur gleichen Zeit kam es auch in vielen anderen Städten in Italien zu ähnlichen Aktionen. Weil ihnen die antimilitaristischen Positionen von CUCA zu radikal waren, hatten sich zu diesem Zeitpunkt schon einige Parteien und pazifistische Organisationen aus dem Bündnis zurückgezogen. Sie wollten nicht einsehen, dass die Möglichkeiten zu politischer Kooperation mit den staatlichen Institutionen sehr begrenzt sind. Die Tatsache, dass die linksgerichtete Stadtverwaltung von Aviano sich nicht gegen das Projekt Aviano 2000 gewehrt hat und uns sogar die Genehmigung verweigerte, am 1. Mai eine antimilitaristische Kundgebung auf dem zentralen Platz von Aviano abzuhalten, spricht Bände.

RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN

Aktuelle Aktionen

Während des letzten Jahres war CUCA 2000 maßgeblich an den Protesten gegen den Angriff der Nato auf Jugoslawien beteiligt. Am 4. April 1999 veranstalteten wir die erste große Protestkundgebung mit Teilnehmern aus ganz Italien vor der Basis von Aviano gegen die imperialistische Politik der USA, Milosevics Unterdrückung der Menschen im Kosovo, gegen die italienische Unterstützung der Nato-Politik und für Freiheit und Selbstbestimmung aller Unterdrückten. Antimilitaristen und Anarchisten aus ganz Italien sowie viele Menschen aus der Gegend beteiligten sich an diesen Aktionen.

Letzten Dezember hat die Polizei fünf Personen festgenommen und ihnen vorgeworfen, sie seien verantwortlich für Sabotageakte in zwei Fabriken, die an dem Projekt Aviano 2000 beteiligt waren. Zu den Taten hat sich eine Gruppe namens GPS, Partisanen für Sabotage, bekannt. Unter den Verdächtigten befindet sich auch einer von uns. Zwei Monate musste er in Einzelhaft verbringen.

Zusammen mit den Organisationen, die sich einst von CUCA gelöst hatten, versuchen wir, der Kriminalisierung der antimilitaristischen Opposition, die von Zeitungen und Justiz betrieben wird, entgegenzutreten. Die Justiz berief sich wegen der Zerstörung von Maschinen in einer Fabrik auf die Sondergesetze gegen Terrorismus, die für vergleichsweise harmlose Straftaten schon schwerwiegende Strafen vorsehen. Die Schwere der tatsächlichen Taten steht in keinem Verhältnis zur Schwere der Anschuldigungen. Offensichtlich muss jede Opposition gegen die Basis der »Friedenspolizisten« kriminalisiert, unterdrückt und kontrolliert werden, damit dort Ruhe garantiert ist. Aber wir werden unseren Kampf gegen Militarismus, gegen die Globalisierung und für eine freie und gerechte Welt fortsetzen.

Stefano Raspa

Kontakt:

Comitato Unitario Contro Aviano 2000
c/o Libertarian Club
»Emiliano Zapata«
P.O. Box 311 33170
Pordenone
Italien
e-mail: Strasp@tin.it
Internet:
www.dadacasa.com/cucaduemilla

(1) Am 27. Juni 1980 stürzte ein italienisches Passagierflugzeug unter mysteriösen Umständen in der Nähe der Insel Ustica ab. Alle 81 Menschen an Bord kamen ums Leben. Der Vorfall ist bis heute nicht endgültig aufgeklärt, jedoch die plausibelste Erklärung besagt, dass zur Zeit des Absturzes Nato-Flugzeuge ein libysches Militärflugzeug verfolgten und bei dem Versuch, dieses abzuschießen, das Passagierflugzeug trafen.

Aus dem Englischen übersetzt von Sigurd Jennerjahn

AktivistInnen aus drei Städten saßen am 19. Februar in Istanbul zusammen und diskutierten die Zukunftsperspektiven der antimilitaristischen Bewegung. Aktueller Anlass der Zusammenkunft war die Vorbereitung einer geplanten KDV-Kampagne der Antimilitaristischen Initiative von Istanbul (IAMI – Istanbul Antimilitarist Inisiyatif). Ugur Yorulmaz von der IAMI will am 15. Mai, dem Tag der Kriegsdienstverweigerer, seine Kriegsdienstverweigerung erklären. Ugur hatte sich 1990 aus der Marineschule werfen lassen. Durch seine öffentliche Erklärung und parallele Aktivitäten will die IAMI das Thema KDV erneut auf die politische Tagesordnung in der Türkei setzen. Die Gäste kamen vom Verein der KriegsgegnerInnen Izmir (ISKD – Izmir Savas Karsitlari Dernegi) und der anarchistischen Kooperative Schwarzer Tag (Karagün Kooperatifi) aus Ankara. Als zweites Treffen dieser Art war es geprägt von unterschiedlichen Herangehensweisen, aber auch vom Wunsch nach Vernetzung und konkreter Zusammenarbeit.

TR

DIE ERFINDUNG DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Nachdem es nun zehn Jahre her ist, dass der Begriff Antimilitarismus in der Türkei durch AntimilitaristInnen geprägt wurde, zwei Kriegsdienstverweigerer sich öffentlich zu ihrem Vorgehen bekannten, und weitere acht Jahre vergangen sind, seit AntimilitaristInnen begonnen haben, sich zu organisieren, ist es immer noch problematisch, von einer antimilitaristischen Bewegung zu sprechen. Nach einer ereignisreichen Anfangszeit in Izmir sind über einen langen Zeitraum hinweg in den anderen Großstädten keine weiteren Gruppen entstanden, bzw. nach einer Gründung sofort wieder eingegangen. Nur die IAMI hat seit fünf Jahren kontinuierlich Solidaritätsarbeit mit Kriegsdienstverweigerern betrieben. Nun will sie selbst eine Kampagne initiieren. In Ankara gab es zwei misslungene Versuche, antimilitaristische Vereine zu gründen, derweil soll ein dritter Anlauf unternommen werden. Dafür engagieren sich AnwältInnen des ISKD, die in Ankara wohnen, und die Zeitschrift Arkabahçe (Hintergarten). Die Kooperative Schwarzer Tag ist eine relativ neue anarchistische Gruppe. Nach einem Treffen mit Vertretern des ISKD in Ankara im November letzten Jahres hat sie selbstkritisch das Engagement der türkischen anarchistischen Szene innerhalb antimilitaristischer Zusammenhänge reflektiert und sich entschieden, sich stärker zu engagieren und Versäumtes nachzuholen.

Kontakt:

ISKD – Verein der KriegsgegnerInnen Izmir
1468 Sokak No 6/1
Aslançak/Izmir
Türkei
Tel.: +90-232-4642492
Fax.: +90-232-4640842
e-mail: iskd@hotbot.com

(1) Newroz ist das kurdische Neujahrsfest.

International vernetzt von Anfang an

Der ISKD selbst arbeitet seit 1992 (damals SKD) mit wechselnden Schwerpunkten zu verschiedensten Aspekten des Antimilitarismus. Die Spannbreite von Aktionen und Aktivitäten reicht von Newroz-Delegationen (1) zu Anti-Militärjustiz-Kampagnen, von internationaler Vernetzung zu Antifa-Kampagnen, von KDV zu Kindertheater, von Trainingsarbeit zu Recherche und Dokumentation der durch die Armee verübten Menschenrechtsverletzungen.

Doch bekannt wurde der Verein durch die direkte Konfrontation mit Staat und Armee über Kriegsdienstverweigerer. Mit meiner Verhaftung 1996 trat diese Betonung noch deutlicher hervor. Verständlicherweise hat das Thema Kriegsdienstverweigerung in der Phase 1996-1999 viele Energien gebunden. Sowohl das Nichtvorhandensein oder die Schwäche gleichgesinnter anderer Gruppen als auch der objektive Rückgang an oppositionellen Handlungsmöglichkeiten haben mit dazu geführt, dass der ISKD wenig Zuwachs bekommen hat und es mehr oder weniger dieselben Menschen sind, die die Arbeit von Beginn bis heute tragen.

Die internationalen Beziehungen des türkischen Antimilitarismus sind so alt wie er selbst. Noch 1992, vor Gründung des SKD, beteiligten sich zwei Mitglieder der anarchistischen Gruppe Amargi, die eine gleichnamige Zeitschrift herausbrachte, am ICOM '92 (International Conscientious Objectors Meeting – Internationales Kriegsdienstverweigerertreffen) in Belgien. Dort wurde der Entschluss gefasst, ICOM '93 in der Türkei zu organisieren. Der SKD war Gastgeber des Treffens, das mit etwa 90 TeilnehmerInnen aus 19 Ländern die Basis für solide Partnerschaften schuf. Die Konkretisierung folgte mit einer viermonatigen Reise eines Vertreters des SKD durch Deutschland. Der (I)SKD lud in der Folgezeit des öfteren AktivistInnen und Mitglieder verschiedener Gruppen und Partner zu Prozessdelegationen ein. Innerhalb der War Resisters International wurde eine Türkei-Kurdistan-Arbeitsgruppe gegründet. Seit 1994 erscheint der deutschsprachige Rundbrief der Bewegung, *Kirik Tüfek* (Das zerbrochene Gewehr). Neue Arbeitsfelder und -methoden, wie z.B. Trainingsarbeit, entstanden aus den Kooperationen.

Schnell stellte sich die Frage nach Art und Bedeutung dieser Beziehungen. Es wurde und wird bei uns den ausländischen Partnern mehr als eine einfache Unterstützungsfunktion zugeschrieben. Vielmehr ist mit ihnen (mit nach Partner und Zeitabschnitt variierender Intensität) ein Prozess der Solidarität entstanden, in dem wir gemeinsam lernen und uns austauschen. Selbstverständlich kommt es auch hin und wieder zu Meinungsverschiedenheiten oder Spannungen, allein schon weil Antimilitarismus in der Türkei keine Tradition hat, hierzulande politische Arbeit schwieriger zu finanzieren ist und es manchmal auch nicht so einfach ist, unseren politischen Partnern Sachzwänge, denen wir unterliegen, verständlich zu machen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn Freunde mit der türkischen Politik wenig vertraut sind und Probleme haben, die sich mitunter rasch ändernden Punkte auf der politischen Agenda der Türkei nachzuvollziehen, auf die es dann gilt, flexibel zu reagieren. Auf der anderen Seite ist es immer wieder spannend, zu versuchen, Anregungen aus dem antimili-

taristischen Netzwerk oder aus der internationalen Geschichte des Antimilitarismus daraufhin zu überprüfen, wie weit sie im hiesigen Rahmen relevant sein können. Ebenso wichtig ist der Blick von außen, der zum Beispiel vermeintliche Sachzwänge als Ergebnis subjektiver Wahrnehmung enttarnen kann.

Fremdwort Antimilitarismus

Ungleich schwieriger war und ist der Aufbau von Bündnisarbeit innerhalb der Türkei. In der Region Izmir ist der ISKD mit seinen basisdemokratischen und antimilitaristischen Ansätzen allein, und der IAMI geht es in Istanbul nicht anders.
Kriegsdienstverweigerung, Antimilitarismus, ziviler Ungehorsam, Gewaltfreiheit – diese Begriffe könnten wir uns patentieren lassen, und niemand würde sich daran stören. Während die Begriffe früher Fremdwörter waren, sind sie inzwischen wenigstens bekannt, werden aber nur mit uns assoziiert und gelten als unser (fast privater) Wortschatz.
Trotz ihrer relativ geringen Zahl haben AntimilitaristInnen in der Türkei deutlich gezeigt, dass sie mehr als eine vorübergehende Erscheinung sind und als Teil der Menschenrechts- bzw. Demokratisierungsbewegung ernst zu nehmende Arbeit leisten. Daher besteht Respekt gegenüber diesem Standpunkt und auch pragmatisches Interesse an punktueller Zusammenarbeit. Trotzdem ist das ideologische Misstrauen gewaltfreien und antiautoritären Ideen gegenüber groß. Eine breitere eigene Basis hat der Antimilitarismus bisher noch nicht erreicht, und es bestehen keine Illusionen, dass sich das kurz- und mittelfristig ändern wird.

Während unseres Aufenthalts in Istanbul haben wir verschiedene Gruppen und JournalistInnen besucht. Wenn wir von der anstehenden KDV-Kampagne der IAMI erzählten, hörten wir – zu unserem Erstaunen – einige Male, dass die Kampagne genau zum richtigen Zeitpunkt käme. Erstaunlich war nicht die folgende Argumentation, nach der die EU-Kandidatur der Türkei die demokratischen Kräfte stärke oder das (noch nicht sichere) Ende des Krieges in Kurdistan eine Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit Militär und Militarismus ermögliche. Erstaunlich war, dass dieser Optimismus selbst unsere Situation einbezog, denn bis heute hatten uns alle, trotz Respekt und Sympathie, als unrealistische, radikale TräumerInnen angesehen und von direkter Konfrontation mit dem Militär abgeraten. Leider können wir selbst diesen Optimismus nicht teilen und erwarten in absehbarer Zeit keine ernsthafte Lockerung des tief verwurzelten Repressionssystems.
Auf der Versammlung in Istanbul wurde eine Vernetzung mit periodischen Treffen vereinbart, und bereits Ende März wird das nächste Treffen stattfinden, diesmal in Ankara. Dort werden wir noch einmal konkreter die Zusammenarbeit zur Kriegsdienstverweigerung von Ugur Yorulmaz (IAMI) planen, aber auch unsere gemeinsame Perspektive diskutieren.

Osman Murat Ülke

A

KONFLIKT-LÖSUNG IST NUR OHNE MILITÄR MÖGLICH!

Militärisches Denken beeinflusst den Handlungshorizont. »Der Stärkere hat Recht« ist das Prinzip jeder militärisch dominierten Konfliktregelung. In der Zivilgesellschaft heißt das Prinzip Konfliktprävention: Vorausschauend werden soziale Gegensätze, Misstrauen und Vorurteile abgebaut. Versagt die Prävention, können Menschen gegeneinander aufgehetzt werden, Krisen entstehen. AntimilitaristInnen gehen davon aus, dass Konflikte nur dann dauerhaft gelöst werden können, wenn alle Beteiligten die getroffenen Abmachungen langfristig als gerecht empfinden. Als AntimilitaristInnen wollen wir eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreichen.

Pazifismus der Nachkriegsjahre

Im Augenblick ist das österreichische Bundesheer in einer schweren Identitätskrise und die allgemeine Wehrpflicht ist sehr umstritten. Offen bleibt, wozu Österreich ein Heer braucht. In der Nachkriegsgeschichte Österreichs gab es einige Initiativen zur Abschaffung des Bundesheeres. 1963 veröffentlichte der SPÖ-Abgeordnete Thirring einen Plan zur Entmilitarisierung Österreichs. 1969 wurde ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres gestartet. Nach dem Wahlsieg der SPÖ 1970 unter dem Slogan »Sechs Monate sind genug« (auf den Wehrdienst bezogen) und der Zusicherung, einen Zivildienst einzuführen, kam es jedoch nicht zu einer Einbringung des Volksbegehrens. Zu Beginn der 90er Jahre gab es einen weiteren Versuch: Österreich ohne Heer, Inseratenkampagnen und Unterschriftenaktionen führten auch diesmal nicht zur Einbringung einer Gesetzesinitiative.
Anfang der 1980er Jahre wurde Österreich wesentlich aufgerüstet: Abfangjäger wurden angeschafft. Besonders in der Steiermark, wo die Draken-Kampfflugzeuge stationiert wurden, organisierte sich Widerstand. Ein bundesweites Volksbegehren gegen den Kauf der Abfangjäger erzielte im November 1985 mit über 120.000 Unterschriften ein respektables Ergebnis. Dies gilt umso mehr, da keine großen Organisationen oder Parteien das Volksbegehren unterstützten. In Zeltweg wurden Großde-

monstrationen organisiert, in Graz-Thalerhof bestand über Monate ein Anti-Abfangjägercamp mit symbolischen Luftraumsperren. Die aktuelle Regierung plant den Ankauf neuer Kampfflugzeuge für circa 20 Milliarden Schilling (etwa 3 Milliarden DM). Den großen Paraden und Waffenschauen am 26. Oktober in Wien (Nationalfeiertag, der Beschluss der »immerwährenden Neutralität« im Parlament 1955 wird gefeiert!) wurden Veranstaltungen mit Kulturprogramm gegenübergestellt. KünstlerInnengruppen mischten sich unter das Waffenschaupublikum, und kontroverse Diskussionen konnten entfacht werden.

Aufruf zur Nichtbefolgung militärischer Gesetze veröffentlicht

Seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1955 musste sich das Bundesheer mit Wehrdienstverweigerern herumschlagen. Waren zu Beginn eher religiöse Gründe für die Waffenverweigerer ausschlaggebend, so kamen später gesellschaftspolitische Gründe dazu. 1975 wurde der Zivildienst als Wehrersatzdienst eingeführt. Zehn Jahre später führte die Eingliederung des Zivildienstes in die Umfassende Landesverteidigung zu heftigen Protesten der Zivildienstpflichtigen, zu einer Welle der totalen Kriegsdienstverweigerung in Österreich und zum Aufruf, Militärgesetze nicht zu befolgen. »Militär und Gewalt sind für mich keine geeigneten Mittel, internationale und nationale Konflikte zu lösen.« So beginnt der Aufruf zur Nichtbefolgung militärischer Gesetze. Die Freilassung aller wegen Vergehen gegen Militärstraf- und Disziplinarrecht Gefangenen und die Abschaffung dieser Bestimmungen wurden gefordert. Über 1000 Menschen unterstützten den Aufruf, der als Inserat in verschiedenen Medien geschaltet wurde. Die UnterzeichnerInnen wurden gerichtlich verfolgt, viele Verfahren sind noch immer nicht abgeschlossen. Der letzte Prozess wurde am 21. März 2000 (nach Redaktionsschluss) im Wiener Landesgericht verhandelt.

Totalverweigerer und allgemeine Wehrpflicht

Anders als etwa in Deutschland oder Spanien wurde die Totalverweigerung in Österreich keine breite Bewegung. Obwohl nur wenige zu unbedingten Haftstrafen verurteilt wurden, kritisieren wir die Bestrafung ohne Urteil. Jeder Verweigerer wird (sofern er verhaftet wird) bis zum Prozess oder zur Entlassung aus dem Präsenzdienst in Untersuchungshaft genommen. Die Aushöhlung der Wehrpflicht durch massenhafte totale Verweigerung findet nicht statt. Aber immer weniger Männer leisten den Wehrdienst. Wenn die Männer ausbleiben, müssen die Frauen ans Gewehr. Seit dem 1. April 1998 können Frauen Dienst beim österreichischen Bundesheer versehen: Kundgebungen in Wien, Linz und Straß (Steiermark) änderten nichts am Beschluss der Regierung. Die Integration von Frauen ins Heer scheint nicht recht geglückt. Etwa 30.000 zwangsverpflichteten Männern stehen nur etwas mehr als 100 Frauen gegenüber, auch wenn die Werbefolder des Heeres anderes suggerieren. Viele, die dem Karriereversprechen gefolgt sind, haben inzwischen das Handtuch geworfen, und 1999 beging eine Soldatin Selbstmord.

Für die heutige Identitätskrise des Bundesheeres sind verschiedene Entwicklungen ausschlaggebend. Den »Feind im Osten« gibt es nicht mehr. Im Verteidigungsministerium beschäftigte man sich mit dem Kampf der Kulturen. Ein neues Feindbild wurde gefunden: Flüchtlinge, Terroristen und Demonstranten (zum Beispiel Objektschutzübung von Bundesheer und Polizei im Oktober 1999 gegen antimilitaristische Demonstranten). Aber für viele ist dieser »Feind« nicht glaubwürdig genug, um das Bundesheer zu rechtfertigen. Das Bundesheer beruft die Präsenzdiener möglichst jung ein und verlegt immer mehr Wehrdiener an die Ostgrenze Österreichs, wo sie zur »Flüchtlingsabwehr« eingesetzt werden. Die Folge ist, dass immer mehr Präsenzdiener den Dienst nicht mehr aushalten und unerlaubt fernbleiben, desertieren oder sich selbst gefährden. Inzwischen wird der Zwangsdienst generell in Frage gestellt. Jugendliche sehen nicht mehr ein, welchen Sinn Wehr- und Zivildienst haben sollen. Stimmungsbilder unter SchülerInnen ergaben eine massive Ablehnung des Wehrdienstes. Vor allem Junge werden über die Zukunft der Wehrpflicht entscheiden, ob in einem Referendum oder durch Verweigerung. Die traditionell linken Ängste vor dem Wegfall der Wehrpflicht leben von der Mär, dass erstens die Wehrpflicht nur dann fallen kann, wenn ein Berufsheer aufgestellt wird, und dass zweitens nur ein Berufsheer von rechten Regierungen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden kann. Die Vision, dass die Gesellschaft kein Heer braucht, fehlt in diesem eingeschränkten Weltbild. In Österreich gibt es, wie in jeder Wehrpflichtarmee, Berufssoldaten. Die Wehrpflicht dient doch nur dazu, den hochrangigen Apparat mit billigem, weil zwangsweise rekrutiertem »Menschenmaterial« zu versorgen. Das Bundesheer versucht, sich durch die Wehrpflicht (»muss ja eh' jeder hin«), Katastrophenhilfe, Auslandseinsätze und öffentliche Angelobungen der Bevölkerung anzudienen. Verschleiert wird die Sinnlosigkeit der Armee durch Schüren der Angst vor den »Flüchtlingsmassen« aus dem Osten, die wiederum nur vom Bundesheer gebändigt werden könnten.

Schwarz-Blau polarisiert die Gesellschaft

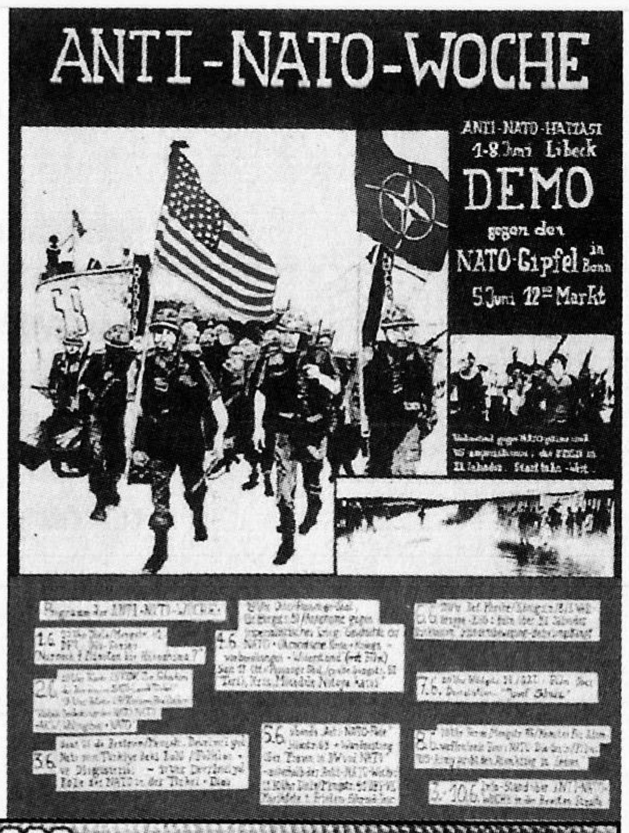
Jetzt steht in Österreich der Protest gegen die schwarz-blaue Regierung im Vordergrund. Wir können in der Öffentlichkeit auf mehr Solidarität für unsere Anliegen zählen. Wir müssen aber auch mit mehr Einengung durch die Staatsgewalt rechnen. Die nach der Demonstration gegen die Regierung am 4. März 2000 Inhaftierten waren MitarbeiterInnen der Rechtshilfe, die die juristische Betreuung der Demonstrationen, die anfangs täglich, nun mehrmals wöchentlich stattfinden, übernommen haben. Der rechtskonservativen Regierungserklärung, die (stärker als die der bisherigen rot-schwarzen) auf die Zerstörung sozialer Sicherheit und Stärkung des militärischen Systems abzielt, stellen wir positive Zukunftsvisionen entgegen. Die Zeit ist reif, das Bundesheer insgesamt in Frage zu stellen. Gerade diese Regierungskonstellation verunsichert auch jene, die jahrzehntelang das Verteidigungskonzept nicht hinterfragt haben. Die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres ist unser Ziel. Neue

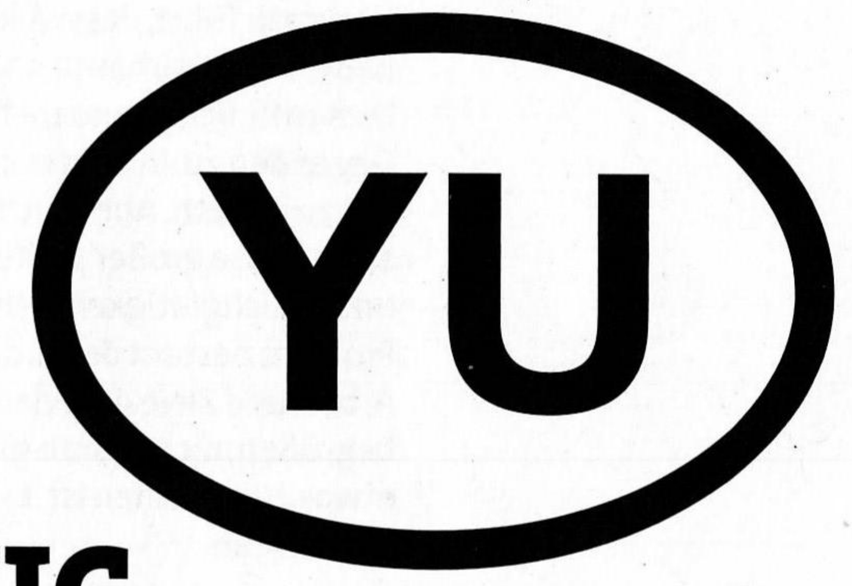
Kontakt:

ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit
Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien
Tel: ++43-1-5359109
Fax: ++43-1-5327416
argewdv@utanet.at

Plattformen sollen helfen, Vorbehalte gegen grundsätzlich antimilitaristische Positionen auszuräumen. Selbst wenn wir davon überzeugt sind, dass Heere abgeschafft werden müssen (und mit diesem Zwangssystem auch der Wehrersatzdienst), werden wir Konzepte für einen freiwilligen zivilen Dienst unterstützen. Nützen wir den Vorteil der Neutralität, beginnen wir mit der Abrüstung, bauen wir eine zivile Gesellschaft als Auftrag zur Gewaltprävention und gewaltfreien Vermittlung zwischen Konfliktparteien. Gerade wenn die Außenpolitik versagt, wie am derzeitigen OSZE-Vorsitz Österreichs offensichtlich wird, sind die nichtstaatliche Hilfe, Information und Solidarität besonders gefordert. Wir protestieren gegen die österreichische Regierung und alle anderen, die die Rüstungsindustrie aufwerten, die Heere aufrüsten und die soziale Sicherheit zerstören.

Christian Mokricky





OHNMACHT UND WENIG UNTERSTÜTZUNG AUS DEM WESTEN

Die Friedensbewegung in Jugoslawien
Ein Gespräch mit Bojan Aleksov vom Haus für Deserteure in Budapest

ILLOYAL: *Wenn man auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre in Jugoslawien zurückblickt, lässt sich sagen, wer sich in dieser Zeit für den Frieden dort engagiert hat? Was waren das für Menschen, und wie sah ihre Arbeit aus?*

BOJAN ALEKSOV: Die, die sich in Jugoslawien in den letzten Jahren am stärksten in Friedensgruppen engagiert haben, gehörten in erster Linie der Mittelschicht an, auch viele Intellektuelle und häufig Menschen, die aus »gemischt-ethnischen« Familien stammen, haben sich daran beteiligt.
Insgesamt überproportional viele Frauen. Glaubt man den Aussagen führender jugoslawischer Politiker und Militärs, brachten gerade Frauen und Soldatenmütter das Regime mitunter ernsthaft in Bedrängnis. Die Soldatenmütter waren außerdem die einzige spontan entstandene soziale Bewegung, die nicht dem oben genannten Milieu entstammt, also Mittelschicht, höhere Bildung oder »gemischt-ethnischer« Hintergrund.
Zu Anfang war die Arbeit der Friedensgruppen ziemlich spontan, emotional und unstrukturiert, aber mit viel Energie und auch einigermaßen effektiv. Mit der Zeit war dieser Schwung aber verbraucht, und es machte sich ein Zustand der Erschöpfung breit. Parallel dazu bildeten sich organisatorische Strukturen heraus, das erleichterte zwar oft die Arbeit, aber dadurch ging auch viel an Phantasie, an

Spontaneität und Gefühl verloren. Die dabei entstandenen NGOs sind zwar stabiler, was Organisation, Mitarbeiter und Logistik betrifft, aber sie sind auch stärker auf finanzielle Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Gerade auch deshalb stehen sie häufig in Konkurrenz zueinander, anstatt zu kooperieren.

illoyal: Gab es auch Zusammenarbeit über »ethnische Grenzen« hinweg?
B. A.: Diese Zusammenarbeit hatte nie aufgehört, was all jene widerlegt, die das als unmöglich bezeichnet haben. Gemeinsame Vorstellungen, Probleme, Denkweisen und vieles andere verbindet uns. Einschränkend muss man leider hinzufügen, dass dies nur auf einen relativ kleinen Teil der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien zutrifft, engagierte Menschen mit besagtem sozialem Hintergrund, die letztlich nicht in der Lage waren, einen nachhaltigen Einfluss auf den Rest der Gesellschaft auszuüben.

illoyal: Wie reagierten die Menschen auf die Friedensaktivisten? Erhielten sie viel Unterstützung, oder gab es eher feindselige Reaktionen, oder war es den Leuten schlicht gleichgültig?
B. A.: Es gab alle diese Reaktionen, selbstverständlich. Die große Mehrheit verhält sich gleichgültig. Und diese Gleichgültigkeit ist das größte Problem, da sie zusammen mit einem allgemeinen Mangel an politischer Kultur und gesellschaftlicher Isolation dazu führt, dass Milosevic und ähnliche Machthaber sich überhaupt an der Macht halten können. Dies trifft insbesondere für Leute in ländlichen Gegenden zu. In letzter Zeit wurde viel versucht, das zu ändern. Aber auch in Belgrad hat sich nach einer Phase großer politischer Aktivität Apathie und Gleichgültigkeit breitgemacht. Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele, auch wenn sie die Arbeit und Ziele der Friedensgruppen grundsätzlich begrüßen, nicht daran glauben, dass damit irgendetwas zu erreichen ist. Deshalb beteiligen sie sich nicht daran.

illoyal: Welche Auswirkungen hatte der Nato-Angriff auf die Arbeit der Friedensgruppen?
B. A.: Es war ein Riss im gesamten Wertesystem, die bisherige Arbeit, das Engagement in den Medien und der Öffentlichkeit – alles wurde in Frage gestellt. Viele Gruppen lösten sich auf, viele Menschen wandten sich verbittert von den Friedensgruppen ab. Einige konnten den Stress nicht mehr aushalten, andere waren politisch enttäuscht vom Vorgehen der Nato und des Westens. Wieder andere waren einfach ratlos und wussten nicht, wie sie unter den neuen Bedingungen weiterarbeiten konnten. Alles hatte sich geändert und auch der Einsatz für den Frieden muss sich ändern, aber vieles ist noch nicht richtig durchdacht.

illoyal: Wie sieht es mit den Erwartungen der Friedensgruppen an den Westen aus? Inwiefern wurden diese Erwartungen – sowohl an die staatliche Politik als auch an NGOs – enttäuscht oder erfüllt? Welche Formen der Unterstützung gab es?
B. A.: Die meisten Erwartungen an westliche Staaten oder internationale Organisationen sind deutlich heruntergeschraubt worden. Auf der Ebene persönlicher Kontakte sieht das anders aus, und es gibt hervorragende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen einheimischen Gruppen und solchen aus dem Westen. Natürlich gibt es auch Missverständnisse oder Auseinandersetzungen, aber dadurch können wir nur voneinander lernen, und die Zusammenarbeit kann davon nur profitieren. Ein Problem besteht auch in der Unfähigkeit der westlichen Gruppen, Einfluss auf die Politiker in ihren Ländern auszuüben, was man fast mit der Ohnmacht in Jugoslawien, Milosevic zu beeinflussen, vergleichen kann.

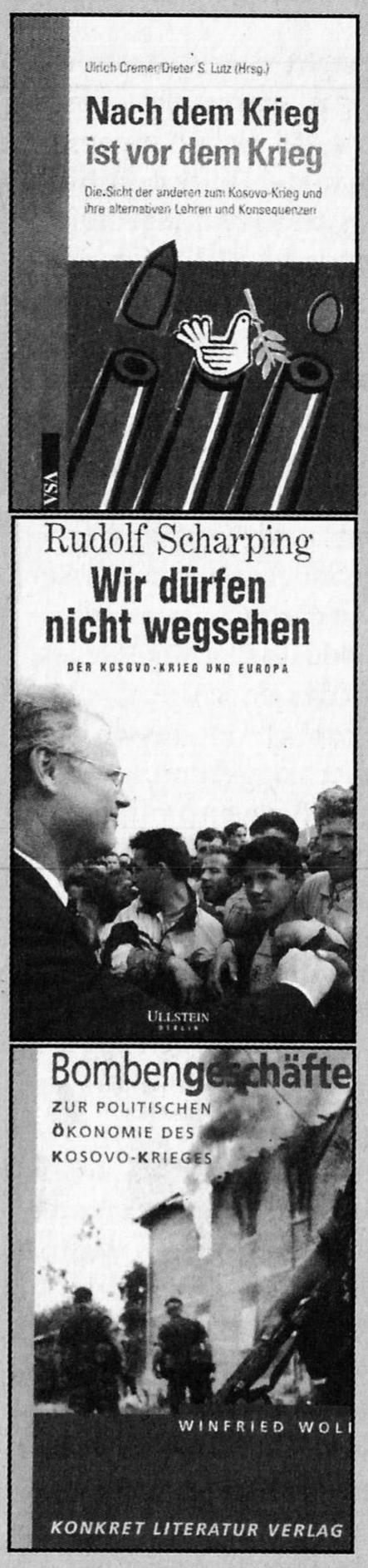
illoyal: Gibt es hinsichtlich der Situation der Deserteure neue Entwicklungen in Jugoslawien? Gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Position der EU-Staaten (in dieser Frage), die Deserteure aus Jugoslawien nicht als Flüchtlinge anerkennen, ändert?
B. A.: Leider nein. Die Nachrichten, die wir erhalten, besagen, dass mehr und mehr Leute zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden. Allgemein lässt sich sagen, dass die Intensität der Repression in Serbien steigt. Von Seiten der EU gibt es keine Veränderung in ihrer Politik, abgesehen von wenigen Einzelfällen, in denen jugoslawische Deserteure in EU-Ländern toleriert werden. Die beunruhigendste Nachricht kam jedoch aus Washington, wo ein ansonsten ausführlicher Bericht des US-amerikanischen Außenministeriums über Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien das Schicksal der Deserteure nicht einmal erwähnt. Das ist eine eindeutige Abwendung von einer Sache, für die sie sich zwar verantwortlich fühlen, es aber ablehnen, irgend etwas zu unternehmen. Das Problem ist, dass alle Einwanderungsbehörden und auch viele internationale Organisationen diesen Bericht als ihre »Bibel« betrachten. Es zeigt auch, mit wie wenig Verständnis wir rechnen können, trotz all der Artikel in Zeitungen und der Unterstützung durch Friedensgruppen.

illoyal: Was kannst Du zu den Konsequenzen des Nato-Krieges für die jugoslawische Gesellschaft sagen? Hat die Zerstörung zu einer Delegitimierung militärischer Gewalt geführt oder eher zum Gegenteil, zu einer größeren Akzeptanz von Gewalt in der Gesellschaft?
B. A.: Es hat zu einem Anwachsen der Akzeptanz von Gewalt geführt, sowohl auf persönlicher als auch auf staatlicher Ebene. Dies zeigt sich eindeutig in der wachsenden Anzahl der handgreiflichen Auseinandersetzungen und Morde in Jugoslawien. Die Region ist durch die 100.000 Nato-Soldaten, die sich in Bosnien, Mazedonien, Albanien und dem Kosovo aufhalten, nicht sicherer geworden. Aber wir sind uns alle darüber im Klaren, dass Sicherheit nicht aus der Anwesenheit von Soldaten resultiert. Oder?

Kontakt über:

Connection e.V.
Gerberstr. 5
63065 Offenbach
Tel. 069 / 82 37 55 34
Fax 069 / 82 37 55 35

Aus dem Englischen übersetzt von Sigurd Jennerjahn



Ulrich Cremer, Dieter S. Lutz (Hg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg: VSA-Verlag, 1999, 222 Seiten, DM 24,80

Rudolf Scharping, Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin: Ullstein, 1999, 270 Seiten, DM 34,-

Winfried Wolf, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1999, 206 Seiten, DM 25,-

Die Sicht der einen und die der anderen

Bücher zum Jugoslawien-Krieg, Teil 2

Im Vorwort zu dem von ihnen herausgegebenen Buch »Nach dem Krieg ist vor dem Krieg« betonen Ulrich Cremer und Dieter S. Lutz die Notwendigkeit, der Sicht der anderen zum Krieg der Nato Gehör zu verschaffen. Sie möchten denjenigen, die diesen Krieg als falsch verurteilt haben und sich somit vom Mainstream der öffentlichen Meinung unterschieden, ein Forum bieten. Im Unterschied zu den in diesem Buch versammelten Beiträgen und dem hier gleichfalls vorzustellenden Werk »Bombengeschäfte« von Winfried Wolf kann die Tagebuch-Version des Krieges von Rudolf Scharping sicherlich die Sicht der einen repräsentieren, als Folie, gegen die die anderen – mit welchen Argumenten auch immer – sich richten.

Unter dem Titel »Wir dürfen nicht wegsehen« stellt der Bundesverteidigungsminister seine persönlichen Aufzeichnungen während des Krieges in Buchform vor. Einerseits darauf bedacht, ein möglichst hohes Maß an Authentizität vorzugaukeln, ist der kursiv gesetzte Tagebuchteil – laut Mitteilung des Verlags – im Wesentlichen nicht überarbeitet worden; um andererseits aber auch sicherzustellen, dass die Pointen sicher herausgearbeitet werden, hat man einen erläuternden Kommentar des Ministers hinzugefügt. Herausgekommen ist dabei das Porträt eines verantwortungsbewussten Staatsmannes, der hier zum einen seine privatesten Empfindungen und Erschütterungen publik macht und zum anderen seinen Terminkalender ausformuliert. Der Tagesablauf – man hätte es sich denken können – besteht in erster Linie darin, alle wichtigen Männer dieser Welt zu treffen, die wie er danach trachten, dem Menschenrecht Geltung zu verschaffen. Bereits der Einstieg (24.03.1999) ist viel versprechend: »Warten. Große Anspannung, aber innerlich ruhig. Ich mache mir Sorgen: Kommen die Piloten sicher zurück? Haben wir wirkliche alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Halten wir das durch in der Nato, in Europa? Erreichen wir unsere politischen Ziele? Was wird aus den Menschen im Kosovo, was aus den eingesetzten Soldaten? Der Tag war eigentlich normal verlaufen: Sitzungen im Verteidigungs- und im Auswärtigen Ausschuß, danach Verabschiedungen und Beförderungen von Generalen, Gespräche über die künftige Kommission 'Gemeinsame Sicherheit und Zukunft in der Bundeswehr', dann Treffen mit führenden Vertretern wichtiger Unternehmen, mit denen ich eine Zusammenarbeit anstrebe. Dazwischen allerdings immer wieder Telefonate«. Und in diesem Stil geht es weiter. Kein schnittiger Vertreter nationaler Interessen, sondern ein eher mitfühlender Kriegsherr stellt sich hier vor, das personifizierte Mitleiden mit den Menschen im Kosovo. Letztlich gab es keine andere Wahl, als Gewalt anzuwenden. Passend wird dies illustriert mit einigen Fotos: Scharping zwickt einem kosovarischen Kleinkind in die Wange, gemeinsam mit Außenminister Fischer legt er die Stirn in Falten, er schließt ein zehnjähriges Mädchen im Kosovo in seine Arme, er grinst seinen Soldaten Mut zu; man sieht: ein Mensch.

Dass sie den Krieg der Nato nicht als Durchsetzung der Menschenrechte verstehen, zumindest darin können die bei Cremer und Lutz vorgestellten anderen – bei ansonsten erheblichen inhaltlichen Differenzen – einen gemeinsamen Nenner finden. In einigen Beiträgen werden – mal mehr, mal weniger kompetent – einzelne Aspekte des Krieges behandelt, etwa die Folgen für die Umwelt, die völkerrechtliche Seite des Angriffs, das Verhalten der Medien oder die anstehenden Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Ulrich Cremer beschäftigt sich mit möglichen Alternativen zu einem militärischen Vorgehen. Er entwirft ein Modell, das es erlauben soll, Wirtschaftssanktionen in Zukunft erfolgreich anzuwenden. Dies soll über einen UN-Sanktionshilfefonds geschehen, der beim Boykott eines Landes die Nachbarstaaten entschädigen soll, die durch solche Maßnahmen finanziellen Schaden in Kauf nehmen. Andere Beiträge dagegen zielen stärker auf eine umfassende Interpretation des Konfliktes. Dabei treten jedoch gravierende Unterschiede im Blickwinkel zutage. Rasant wird dieser Wechsel der Perspektive in drei unmittelbar aufeinander folgenden Artikeln. So argumentiert Avgust Lesnik offen völkisch in seinem Versuch, den Konflikt zu erklären. Er macht den »islamischen Türkenstaat« dafür verantwortlich, im 14. Jahrhundert die bis dahin »homogene historische Entwicklung« auf dem Balkan scharf unterbrochen und eine »durchmischte nationale Struktur« produziert zu haben. Im 17. Jahrhundert hätten dann die Albaner sich »wie ein Keil zwischen die Makedonier und die Serben gerammt«. Im Kosovo sei auf diese Weise über die Jahrhunderte das Problem entstanden, wer dort legitime Besitzansprüche geltend machen könne. Lösungsversuche hätten zu den »für den Balkan charakteristischen ethnischen Säuberungen« geführt. Der dabei vom »Durchschnittsserben« an den Tag gelegte Irrationalismus sei dem Westeuropäer natürlich nur schwer zu vermitteln. Lesnik hat da weniger Probleme, ihn zu begreifen.

Im direkt daran anschließenden Artikel nimmt Karl Heinz Roth stärker den deutschen Beitrag zur Entwicklung auf dem Balkan ins Visier. Er geht davon aus, dass eine insbesondere von Deutschland in den letzten zehn Jahren betriebene Politik überhaupt

erst dazu geführt hat, dass sich – im Zusammenspiel von nationalistischen Propagandisten vor Ort und wiedererwachten deutschen Großmachtinteressen – Volksgruppen als solche formieren konnten. Mit der forcierten Unterstützung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeitsbestrebungen gegen den erklärten Willen der westlichen Bündnispartner habe Deutschland bewusst die Destabilisierung des multinationalen Jugoslawien betrieben, um die eigene Einflusssphäre in Südosteuropa auszudehnen. Der zur Rechtfertigung des Nato-Angriffs – mittlerweile unter Führung der USA – gebrauchte Menschenrechtsimperialismus sei die konsequente Fortsetzung dieser Politik, angereichert um linke Rhetorik der 70er Jahre.

Sieht Roth einen wesentlichen Teil der Schuld für die Kriege auf dem Balkan bei der deutschen Politik, so kommen Matthias Z. Karádi und Dieter S. Lutz zu dem Schluss, dass letztlich die ganze Geschichte gerade noch mal gut gegangen ist. Und den Grund für diesen positiven Ausgang einer anfänglich fehlerhaften, weil kriegerischen Entwicklung sehen sie gerade in der Politik der Bundesregierung, die als erste realisiert hätte, dass nur eine politische und keine militärische Lösung den Menschen auf dem Balkan helfen könne. Schröder wird geradezu zur Lichtgestalt stilisiert, der die »Russen wieder ins Boot geholt«, den Schaden für die Uno durch deren Einbindung in die Konfliktlösung in Grenzen gehalten und den Flüchtlingen die Rückkehr ermöglicht habe. Alles in allem ringen sich Karádi und Lutz wegen der Unverhältnismäßigkeit der Mittel zu einem sanften Tadel für die Nato-Politik durch, offenbar darauf spekulierend, dass die von ihnen angebotene Politikberatung in Zukunft nicht von den zuständigen Stellen ignoriert werde. Und so haben sie auch gleich einen Rat anzubieten: Die Nato solle doch wenigstens eine unabhängige Juristenkommission ins Leben rufen, die die Rechtsgrundlage des Krieges sowie die Zielplanung einer kritischen Prüfung unterziehen möge. Als Ausweis des kultivierten Zeitgenossen, der mit den etwas ruppigen Methoden der Nato ein Problem hat, legen sie noch eine Lektüreempfehlung an Albright und Scharping obendrauf: Diese möchten sich doch Camus' »Die Gerechten« zu Herzen nehmen. Insgesamt erscheinen doch viele der Beiträge mit heißer Nadel gestrickt zu sein, und die Heterogenität der Aufsätze bezeugt eher die Schwäche der Kriegsgegner, die bereit sind, jedes Argument, das in irgendeiner Form von der Politik der Nato abweicht, zu akzeptieren.

Auf einen anderen, bei Cremer und Lutz nicht behandelten Aspekt des Kosovo-Krieges richtet Winfried Wolf sein Augenmerk. Er erklärt die Ursachen für den Krieg konsequent aus der Analyse des militärisch-industriellen Komplexes in den USA und Westeuropa. Darunter versteht er die spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg zunehmende Verflechtung von Rüstungsindustrie, Militär und allgemeiner Politik, woraus ein konstanter Druck in Richtung Erhöhung der Rüstungsausgaben und allgemein die Neigung zu einer kriegerischen Politik resultiere. Eingangs stellt Wolf fest, dass eine wirksame Verteidigung der Menschenrechte nur durch die Beseitigung der Kriegsursachen, und das heißt durch die Änderung »des Kapitalverhältnisses und des Verwertungstriebs eines in Rüstung angelegten Kapitals«, möglich wäre. Derart von der Notwendigkeit befreit, sich mit konkreten Menschenrechtsverletzungen auseinander setzen zu müssen, skizziert er in groben Zügen die historische Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes. Für den Kosovo-Krieg heißt das jedoch nicht notwendig, dass direkte ökonomische Interessen für die westlichen Staaten ausschlaggebend waren, auch wenn Teile der Wirtschaft davon profitierten. Vielmehr gelangt Wolf zu der Schlussfolgerung, dass hier eindeutig »die politisch-strategischen Aspekte überwiegen«, worunter in erster Linie die Marginalisierung der Uno und damit des russischen und chinesischen Einflusses gemeint ist, aber auch – aus Sicht der USA – eine mittelfristige Schwächung der EU durch einen Krisenherd in unmittelbarer Nachbarschaft. Er geht so weit zu sagen, dass es keine zwingenden Gründe dafür gibt, dass diese aggressive Außenpolitik in Jugoslawien eskalierte: »Die Versuche, eine Begründung zu finden, weshalb es 'gerade Jugoslawien' war, das zur Exekution dieser US-Militärpolitik ausersehen war, wirken hier eher fruchtlos. Wahrscheinlich hätte sich auch ein anderer Konflikt als geeignet erweisen können.« Für die Zukunft erwartet er forcierte Anstrengungen der Westeuropäer, den Rüstungsvorsprung der USA zu verkleinern, und auf dem Balkan sieht er die Grundlage für weitere Kriege bereits gelegt. Bisweilen drohen die konkreten Umstände des Krieges in der Beschreibung der grundlegenden Strukturen des militärisch-industriellen Komplexes als unbedeutend zu verschwinden.

Und so kommt dann eins zum andern. So begrüßenswert es ist, der Sicht der anderen Ausdruck zu verleihen, bleibt es einem doch nicht erspart, die anderen, die einen überzeugen können, selbst auszuwählen.

Sigurd Jennerjahn

Berichte
- News -

Sogar Bundeswehrsoldaten sind Mörder
Die Message ist durchgedrungen. Mittlerweile hat auch die Bundeswehr begriffen, dass es keinen Extrawurst-Ehrenschutz für ihre Soldaten geben wird. Ein 22jähriger Antimilitarist blieb juristisch unbehelligt, obwohl er am 17. Juni 1999 anlässlich eines öffentlichen Gelöbnisses auf einem Sportplatz in Winsen (Niedersachsen) ein Transparent mit der Aufschrift »Bundeswehrsoldaten sind Mörder« zur Schau stellte. Hauptfeldwebel Rüpke und Hauptmann Fricke hatten sich beleidigt gefühlt und Anzeige »wegen aller in Betracht kommenden Delikte« erstattet. Diese wurde durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg abgeschmettert, weil der Satz zwar direkten Bezug einzig auf die Bundeswehr nimmt, aber aus dem Kontext anderer Plakate ersichtlich gewesen sei, dass potenziell alle Soldaten aller Armeen gemeint gewesen seien. Solange der antimilitaristische Kontext deutlich gemacht wird, bleibt damit auch die Berufsbezeichnung von Bundeswehrsoldaten straffrei.

Aktueller Prozessstand: 24:6
Ein Jahr nach dem Beginn des Nato-Krieges gegen Jugoslawien hat es inzwischen Dutzende Prozesse gegen KriegsgegnerInnen gegeben. Gegen die Verantwortlichen dieses Krieges, die Völkerrecht, Grundgesetz und internationale Verträge gebrochen haben, gab es nicht einmal ein Ermittlungsverfahren.
Die meisten Verfahren laufen gegen die über 60 UnterzeichnerInnen des Aufrufs an »alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind«. Darin wurden die Soldaten aufgefordert, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen und die Befehle zu verweigern. Bisher sind vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten 24 Angeklagte freigesprochen worden, sechs wurden zu Geldstrafen bis zu 7.500 DM verurteilt. Die Staatsanwaltschaft konstruiert in allen Verfahren den Tatvorwurf eines rechtswidrigen Aufrufs zu Straftaten – gemeint sind hier Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht – ohne den völker- und grundrechtlichen Kontext zu berücksichtigen. Sie geht eisern davon aus, dass Soldaten auch in einem völkerrechts- und damit grundgesetzwidrigen Krieg zu gehorchen und den Befehlen Folge zu leisten haben. Die KriegsgegnerInnen hingegen argumentieren, dass es sogar die Pflicht der Soldaten gewesen wäre, ihre Beteiligung an dem Rechtsbruch zu verweigern, und dass die Entfernung von der Truppe eine angemessene Form dieser Verweigerung gewesen wäre. Die Freisprüche wurden vom Gericht fast ausnahmslos mit der Garantie des Grundrechts auf Meinungsfreiheit begründet. In nur einem Fall hat ein Amtsrichter explizit festgestellt, dass der Natokrieg gegen Völkerrecht verstoßen hat und die Beteiligung daran kriminell gewesen ist, der Aufruf daher erlaubt.
Noch stehen bis Ende April etliche Prozesse an. Wie auch immer die Ergebnisse ausfallen werden – alle Verfahren werden vor dem Landgericht erneut verhandelt werden, da gegen jedes Urteil Berufung eingelegt wird.
Wann allerdings Anklage gegen die Entscheidungsträger in Politik und Militär erhoben wird, die bis heute unbehelligt geblieben sind, obwohl sie fahrlässig oder wissend rechtswidrige Entscheidungen getroffen oder solche Befehle erteilt haben, war bis Redaktionsschluss nicht zu erfahren.

Informationen und Kontakt
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstr. 25,
10999 Berlin
Tel. 030 / 61 50 05 30
e-mail: info@kampagne.de
Eine Liste der bekannten Prozesstermine und Informationen über die Prozesse finden sich unter:
www.kampagne.de/aktuell und
www.kampagne.de/pressestelle

Krieger verhüten
»Friedenssoldaten« der UNO führen ein so gefährliches Leben, dass die USA damit drohen, künftig keine Soldaten bereitzustellen, wenn nicht bessere Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die Gefahr, so der UN-Botschafter der USA, Mr. Holbrooke, ginge jedoch nicht von feindlichen Soldaten aus, sondern – von Frauen. Die Waffe heißt Aids, und die Schutzmaßnahmen sollen in der Zuteilung von Kondomen bestehen.
Die Soldaten seien einem zunehmend gefährlichen »Prostitutionstourismus« ausgesetzt, der teilweise in Form eines »modernen Sklavenhandels« vor sich gehe, so die wenig neue Erkenntnis. Neu ist nur die Interpretation, dass die armen Männer bislang schutzlos der Ansteckung mit dem HI-Virus ausgeliefert sind. Das soll sich ändern: Besonders gefährdete Soldaten in Afrika sollen künftig täglich mit einem Kondom ausgestattet werden.
Immerhin erinnerte Holbrooke auch daran, was die Blauhelme in Kambodscha angerichtet haben: Anstatt dort Frieden zu schaffen, haben sie das bislang weitgehend von Aids verschonte Land massiv mit dem Virus überzogen.

SoWi-Studie: Verweigerer vergessen
Dem Presseecho auf eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr zufolge ist man dort ins düstere Zeitalter der Rassenkunde zurückgekehrt. Die beiden Sozialwissenschaftler Heinz-J. Ebenrett und Klaus J. Puzich veröffentlichten eine Arbeit über »EUF-Testleistungen wehrpflichtiger junger Männer im wiedervereinigten Deutschland«. Darin wurden »regionale Unterschiede bei Intelligenzleistungen und den Basis-

Broschüre
Türkei/Kurdistan: Mit deutschen Waffen gegen Menschenrechte!

Aus dem Inhalt:
- die Menschenrechtslage in der Türkei
- die Rüstungsexportpraxis der neuen Bundesregierung
- Wanderkirchenasyl
- türkische Kriegsdienstverweigerer
- die Rolle der Türkei in der NATO
- sexualisierte staatliche Gewalt u.a.

Preis: 6,- DM zzgl. Versandskosten

BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport!", Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen.
Tel.: 0421/326045, FAX: 0421/3378177
e-mail: rexbuko@oln.comlink.apc.org

fertigkeiten Rechnen und Rechtsschreibung« unter die Lupe genommen. Laut Berliner Zeitung vom 7. März 2000 »schlagen die Schwaben ganz Deutschland in die Flucht«, weil in der genannten Studie anhand der Analyse der bundesweit einheitlichen Eignungsuntersuchung und -feststellungstests der Bundeswehr ein Intelligenzgefälle von Süd nach Nord festgestellt wird. Bei genauerer Betrachtung erweist sich die Studie allerdings deutlich solider, als ihr von der Presse erzeugter Ruf ahnen lässt. Es wird keineswegs auf völkische Kategorien rekurriert, sondern lediglich festgestellt, dass sich die regionalen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland im Untersuchungszeitraum 1992 bis 1998 verringert haben, sich aber das Süd-Nord-Gefälle deutlicher herausgeschält hat. Allerdings übersehen die beiden Wissenschaftler, dass schon ihre Ausgangsdaten durch eine systematische Verzerrung gekennzeichnet sind, die die Ergebnisse der Studie fraglich erscheinen lässt.
Der Haken dürfte darin liegen, dass aus der Grundgesamtheit bereits diejenigen herausgerechnet sind, die einen KDV-Antrag gestellt haben. Da mit dem Bildungsgrad nicht nur die EUF-Testergebnisse, sondern auch die Verweigererquote steigen – eine direkte Folge des schriftlichen KDV-Verfahrens in Aufsatzform – lautet die entscheidende Frage, wie stark die regionale Ungleichheit der KDV-Anträge ins Gewicht fällt. Genaue Zahlen über die regionale Verteilung von bewilligten KDV-Anträgen sind bisher nicht veröffentlicht, so dass der Nachweis über die fehlerhaften Grundannahmen der Studie nicht konkret zu führen ist. Dennoch ist zu vermuten, dass die Verweigererzahlen im Norden höher ausfallen als im Süden (zumindest in den alten Bundesländern). Wenn man diese Differenz einrechnen würde, verschwände auch das festgestellte Intelligenzgefälle zwischen Süden und Norden.

Männer wissen, was Frauen wünschen

Das EuGH-Urteil, wonach Frauen in der Bundeswehr auch andere Laufbahnen als der Sanitäts- und Militärmusikdienst ermöglicht werden müssen, scheint bisher weder direkte Auswirkungen auf dienende Männer zu haben, noch an den überholten Geschlechterklischees der Bundeswehrführung zu rütteln. Jedenfalls dürfen Männer im Gegensatz zu ihren weiblichen Kolleginnen nach wie vor keine langen Haare tragen. Wie die Bundeswehr weiß, empfinden Frauen ihre langen Haare »als besonderen Ausdruck von Weiblichkeit«. Kein Wort darüber, wie Männer ihre Männlichkeit besonders ausdrücken sollen. Aber vermutlich tun sie das bei der Bundeswehr ohnehin rund um die Uhr – nur eben nicht mit langen Haaren.

Anzeigen

7. Auflage
aktualisiert und erweitert

Fördertöpfe
für Selbsthilfeprojekte und kleine Betriebe in Berlin und den neuen Bundesländern

Inhalt: Staatliche Förderung von Arbeitsplätzen (ABM, SAM, Hilfe zur Arbeit, Lohnkostenzuschuss...)
NEU: Fördertöpfe der EU

Was wird durch wen gefördert?
Existenzgründungsprogramme, zinsgünstige Kredite, Stiftungen, Beratungseinrichtungen, ESF-Mittel, Fördermittel für gemeinnützige Organisationen...
Praktische Hilfen bei der Antragstellung
90 Seiten A4
15 DM + 2 DM Porto

Erhältlich bei:
NETZWERK e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. (030) 6913072 Fax 6913005
e-Mail: Netzwerk-Berlin@t-online.de
Infos: www.Netzwerk-Berlin.de

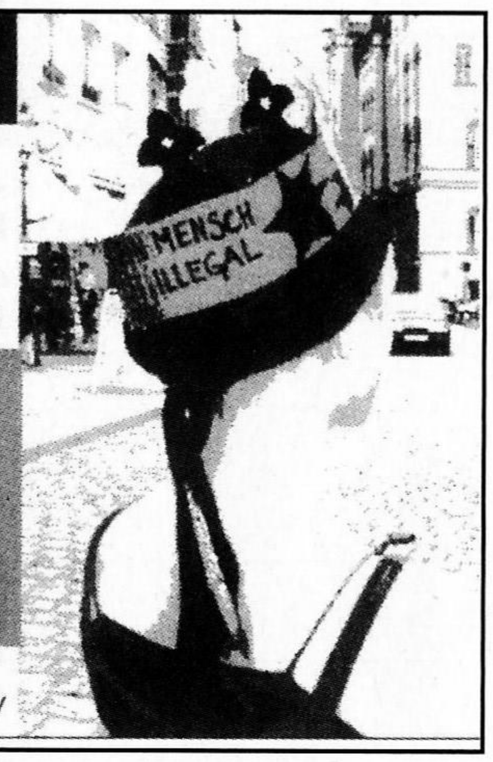
Kein Mensch flieht freiwillig

Fluchtursache:
Krieg und innerstaatliche Konflikte

Aus dem Inhalt
Kleinwaffen ·
Folterwerkzeuge ·
Ausstattungshilfe ·
Rüstungsexporte ·
Frauen und Krieg ·
Länderbeispiele:
Türkei, Afghanistan, Sierra Leone, Birma

Bezug über
BUKO Kampagne
„Stoppt den Rüstungsexport"
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel.: 0421-326045;
FAX.: 0421-3378177
e-mail:
rexbuko@oln.comlink.apc.org
Preis 6,- DM

Grenzcamp Reader 1999



Den Reader zum letztjährigen Grenzcamp in Zittau vom 7. -15. 99 könnt ihr für 4 DM unter der folgenden Adresse bestellen:

kein mensch ist illegal
c/o Forschungsgesellschaft
Flucht und Migration
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
030-693 83 18

Internetausgabe:
http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp99/

Welcome to the Fight Club! Frauen dürfen gegen Männer kämpfen – aber nur gegen feindliche

Am 11. Januar 2000 hat der Europäische Gerichtshof entschieden: Frauen muss der Zugang auch zu Kampfeinheiten der Bundeswehr gewährt werden. Tanja Kreil, die sich schon vor Jahren als Elektronikerin bei der Bundeswehr beworben hatte und damals abgelehnt wurde, weil sie eine Frau ist, kann nun in der Bundeswehr dienen, »Eignung« vorausgesetzt. Zu den Kriterien, die ihr weiterhin den Zugang versperren könnten, gehört entgegen anders lautenden Meldungen jedenfalls nicht ihre Körpergröße, denn sie ist größer als 1,55 m – groß genug für den Einsatz in einer Kampfeinheit. (1) Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping erklärte, ab Sommer 2000 würden »Laufbahnen für Frauen geöffnet«. Die Rede von den zu öffnenden Laufbahnen könnte bedeuten, dass Frauen doch nicht gleichgestellt werden. Aber laut EuGH-Urteil müssen freiwilligen Frauen prinzipiell alle Stellen offen sein, die es für freiwillige Männer sind. Es geht nicht darum, spezielle Verwendungen zu schaffen, sondern lediglich die Verwendung in »speziellen Kampfeinheiten« bleibt nach Maßgabe des Urteils unter Umständen für Männer reserviert. Ein dementsprechendes Urteil erging bereits Ende 1999 im Fall der britischen Köchin Maria Sirdar, die sich bei den Royal Marines beworben hatte. In diesem Punkt verstößt der EuGH gegen seine eigene Logik. Elitesoldaten, und um solche handelt es sich beispielsweise bei den viel zitierten »Kampfschwimmern«, sollen in der Tat hohe körperliche und intellektuelle Anforderungen erfüllen. Auch Männer tun dies nur ausnahmsweise. Gerade im Bereich physischer Höchst- und Ausdauerleistungen verschwinden die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Trainierten. Konsequenterweise verlangte also Gudrun Schattmann vom Bundeswehrverband bei einer öffentlichen Anhörung im Bundestag (2), dass »Eignung, Befähigung und fachliche Leistung« die einzigen Zugangsvoraussetzungen für die Bundeswehr sein sollen.

Auch wenn viele PazifistInnen es nicht gerne hören – unter Gleichstellungsaspekten ist das Urteil folgerichtig. Natürlich hat der Kriegsdienst mit der Waffe keinen emanzipatorischen Gehalt. Die Entscheidung einer Frau, Berufssoldatin zu werden, muss aus antimilitaristischer Perspektive kritisiert werden, genau wie die entsprechende Entscheidung eines Mannes. Aber selbst mit den bestgemeinten friedenspolitischen Absichten hat keiner und keine das Recht, Frauen die Fähigkeit zur Entscheidung abzusprechen. Sich den Waffen verweigern kann nur eine Person, die Zugang dazu hätte. Warum sollen Frauen nicht schießen, wenn sie zum Krieg treiben dürfen? Letzteres ist in Anbetracht der Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik nicht absurd, sondern realistisch. Unter den Abgeordneten, die 1999 im Bundestag für den völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz der Bundeswehr gegen Jugoslawien stimmten, waren Frauen ebenso wie Männer.

Weitere Militarisierung der Gesellschaft?

FriedensfreundInnen und Teile der PDS beschworen anlässlich des Urteils die »weitere Militarisierung der Gesellschaft«. Diese findet statt, und zwar unabhängig von der Beschäftigung von Frauen in der Bundeswehr. Zur Militarisierung der Gesellschaft trägt zunächst die Wehrpflicht bei, aufgrund deren trotz steigender KDV-Zahlen ein immer noch beträchtlicher Teil der jungen Männer der militärischen Sozialisation unterworfen wird. Militarisiert wird die bundesdeutsche Gesellschaft durch die auch von Frauen mitgetragene und unterstützte Ideologie, das Militär könne Konflikte »lösen« und müsse deshalb – unter dem Vorwand, Menschenrechte zu verteidigen – im Ausland eingesetzt werden. Militarisierend wirkt es, wenn Bundeswehrsoldaten an Stellen eingesetzt werden, wo zivile, und zwar dafür ausgebildete Helfer benötigt würden, zum Beispiel in Flüchtlingslagern. Militarisierend auf die Gesellschaft wirkt es, wenn immer wieder diskutiert wird, Soldaten anstelle von Polizeikräften im Inneren einzusetzen. Militarisierend wirkt die Präsenz von Militärs im öffentlichen Raum, sei es durch Gelöbnisse oder dadurch, dass Wehrpflichtige bei der Heimreise gefleckte Tarnanzüge tragen. Wenn Personen meinen, der freiwillige Dienst in der Armee sei einfach nur eine Karriereoption, dann ist diese auf einer unkritischen Haltung zum Militär beruhende Meinung zu kritisieren, nicht das Geschlecht der Person, die sie vertritt.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass der Frauenanteil in den Streitkräften von derzeit 1,5 Prozent in den nächsten Jahren auf einen relevanten Anteil ansteigen wird. Frauen sind auch in anderen Armeen eine Minderheit geblieben. Der Frauenanteil in den US-Streitkräften ist mit 14 Prozent (3) der weltweit höchste. Etwaige feministische Überzeugungen der überwiegend männlichen Mitglieder des Bundeswehrverbandes dürften kaum die Ursache dafür sein, dass der Verband Tanja Kreil bei ihrer Klage unterstützte. Der Bundeswehr fehlt es vielmehr schlicht an qualifizierten Bewerbern. Kein Wunder, denn männliche Wehrpflichtige mit besseren Schulabschlüssen ziehen nach wie vor eine zivile der militärischen Karriere vor. Weil Männer mit Abitur und männliche Studierende im Zweifelsfall lieber Zivildienst als Kriegsdienst mit der Waffe

(1) Die 1,60 m Mindestgröße, die immer wieder genannt werden, gelten im Sanitätsdienst, für den sie zunächst eingestuft worden war, da sich ja bis vor kurzer Zeit Frauen nur für den Sanitäts- oder Musikdienst bewerben konnten. Ob die Heraufsetzung von 1,57 m auf 1,60 m für SanitäterInnen tatsächlich durch die Anforderungen dieses Dienstes (Höhe von Krankentransportern im Einsatz) erzwungen wurde oder durch den Wunsch, die Anzahl der Bewerbungen von Frauen in diesem Bereich zu reduzieren, sei dahingestellt.
(2) Öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags am 24.02.2000.
(3) Dabei ist Israel ausgenommen, wo es eine Wehrpflicht für Frauen gibt.

Anzeige

Jungle World

Die linke Wochenzeitung für Politik und Kultur

Jetzt im Probe-Abo:

☐ **Ja, ich will Jungle World 6 Wochen für 20 Mark testen.**
Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin

leisten oder versuchen, den Kriegsdienst ganz zu vermeiden, entstehen Lücken. Eine weitere Lücke ergibt sich durch das angestrebte weltweite Agieren der Bundeswehr. Wenn, wie derzeit im Kosovo, das Militär sich polizeiliche Aufgaben und Aufgaben ziviler Hilfskräfte aneignet, werden weibliche Soldaten benötigt. Als Lückenbüßerinnen sind Frauen gern gesehen, bis ein gewisser Sättigungsgrad erreicht ist. Im Sanitätsdienst scheint dies mit rund einem Drittel Frauenanteil der Fall zu sein – unter der Hand sprechen Bundeswehrvertreter davon, es gehe natürlich nicht, dass Soldaten nur von Frauen verarztet würden.

Kein Ort ohne Diskriminierung

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Claire Marienfeld, führt in ihrem jüngsten Jahresbericht Eingaben von »weiblichen Soldaten« an, die sich über »ungerechte und schikanöse Behandlung, verbale Erniedrigungen sowie verschiedene Formen sexueller Belästigung« beklagen. Marienfeld berichtet auch, dass manche Vorgesetzte die Frauen »besonders nachsichtig« behandeln und dass Frauen das ihnen eingeräumte Vorrecht, Schmuck zu tragen, ausnutzen. (4) Sowohl Belästigung als auch Bevorrechtung zeigen, dass Frauen geschlechtsbezogen anders behandelt werden als Männer. Sie werden auch in Zukunft vor Diskriminierung nicht sicher sein. Im letzten Jahr wurde der Fall der Ärztin und ersten Hubschrauberpilotin der Bundeswehr Christine Bauer bekannt, die wegen Mobbings den Selbstmord wählte. Sie war wegen ihres fachlichen Könnens in den Medien viel beachtet worden. (5) Vergleichbare Erfahrungen aus dem Polizeidienst, in dem Frauen seit Jahren formal gleichgestellt sind, zeigen, dass Frauen häufig geschlechtsbezogen gemobbt werden und sich in einzelnen Fällen sogar zum Selbstmord getrieben sehen. Aber der Verweis auf Mobbing oder Belästigung wird Frauen kaum von einer Bewerbung bei der Bundeswehr abschrecken. Der Ort, an dem Frauen bei gleichzeitiger Anwesenheit von Männern vor Diskriminierung sicher sind, muss erst noch erfunden werden. Die militärkritische Öffentlichkeit sollte sich jedoch auch nicht mit einem achselzuckenden »Selber schuld« abwenden. Bei den rechtsextremistischen Tendenzen in der Bundeswehr dürfen wir schließlich auch nicht wegschauen. Sexuelle Ausbeutung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen gehören zum Militär wie das Töten auf Befehl. Anders, als die Ideologie der Militärs glauben machen will, sind Vergewaltigungen eben nicht nur das Verhalten des Feindes. So vergewaltigte und ermordete erst im Januar ein US-amerikanischer Kfor-Soldat ein kosovo-albanisches Mädchen. (6) So nehmen Sfor-Soldaten in Bosnien massenhaft die Dienste von Prostituierten in Anspruch, bekanntermaßen überwiegend von Zwangsprostituierten. (7) Und das berüchtigte Hammelburg-Video zeigte Bundeswehrsoldaten nicht nur bei rechtsextremistischen Handlungen, sondern auch beim Üben von Vergewaltigungen.

Der Eintritt von Frauen in die Bundeswehr muss Anlass sein, nach den geschlechterbezogenen Stereotypen beim Militär zu fragen. Also: Was geschieht mit jungen Männern beim Militär? Wie verändert sich das Rollenverständnis von Männern, wenn sie dem Militär angehören? Wie sind militärische und sexualisierte Gewalt miteinander verknüpft? Soziologische Forschung in diesem Bereich ist dringend erforderlich, und sie sollte von unabhängigen Institutionen geführt werden. Ob die Bundeswehr dies wünscht, ist allerdings mehr als fraglich, wird doch bereits seit über einem Jahrzehnt die Freiheit der Forschung am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr – und an anderen, formal unabhängigen, doch der Bundeswehr angegliederten Einrichtungen – zunehmend eingeschränkt. Forschungsergebnisse verschwanden in Panzerschränken, brisante Fragen wurden gar nicht erst bearbeitet. (8) Inzwischen findet das Thema »Militär und Geschlechterverhältnis« in der unabhängigen universitären Forschung viel Beachtung. Ob bundeswehrferne Universitäten in Zukunft sozio-logische Forschung – beispielsweise durch lebensgeschichtliche Interviews – in der Bundeswehr treiben dürfen, bleibt abzuwarten. Und ob die zu erwartenden Forschungsergebnisse jemals praktische Auswirkungen haben, beispielsweise in Gestalt von Antidiskriminierungstraining für Soldaten? Und was das dann innerhalb der patriarchalischen Hierarchie des Militärs bewirken kann? Doch trotz aller Zweifel kann auf derartige Forderungen so lange nicht verzichtet werden, solange es die Bundeswehr gibt.

Ulrike Gramann

(4) Bericht der Wehrbeauftragten unter: www.bundestag.de.
(5) Über den Selbstmord Christine Bauers u.a. in: Stern 34/1999, Emma Sept./Okt. 1999.
(6) Diverse Agenturmeldungen vom 16.01.2000.
(7) Vgl. Freier für den Frieden. in: Die Zeit Nr. 3/2000.
(8) Vgl. Zurück, marsch, marsch. in: Die Zeit Nr. 19 / 1994.

»Haben Kriege ein Geschlecht?«
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung denkt über Krieg, Militär und Geschlecht nach

Nicht erst im Bosnienkrieg wurde offenbar, dass Soldaten nicht nur Mörder, sondern auch Vergewaltiger sind. Kriegspolitik wird nicht ausschließlich, aber auch mit Gewalt gegen Frauen gemacht, und zwar in zweifacher Hinsicht: mit systematischen Vergewaltigungen von Frauen und mit der öffentlichen Rede davon. Bereits Ende der 80er Jahre wurde im damaligen Jugoslawien der Vorwurf erhoben, serbische Frauen seien von kosovo-albanischen Männern vergewaltigt wurden, wenig später gefolgt vom gleichen Vorwurf in Umkehrung der ethnischen Zuordnung von Täter und Opfer. Der damit angeschlagene Ton hat den öffentlichen Diskurs über die Kriege in Ex-Jugoslawien vom Anfang der 90er Jahre bis heute wesentlich mitbestimmt: Frauen und Kinder seien zu schützen, auch deshalb müsse militärisch eingegriffen werden. Wer sich dagegen stellte, wurde beschuldigt, Vergewaltigungen zu tolerieren. Die teilweise reißerische, mit Fotos von weinenden Frauen, die als »vergewaltigt« bezeichnet wurden, aufgemachte Berichterstattung täuschte vor allem während des Bosnienkrieges die BetrachterInnen darüber hinweg, dass die Vergewaltigungen weiter für den Krieg instrumentalisiert wurden, auch wenn die Frauen den Vergewaltigern entkommen waren. Dies steht neben der Tatsache des unbestreitbaren Erfolges, dass im Ergebnis des Bosnienkrieges Vergewaltigungen im Krieg heute auch juristisch als Kriegsverbrechen gewertet werden und dass es möglich ist, die Täter juristisch und nicht bloß moralisch dafür zur Verantwortung zu ziehen. Solchen und ähnlichen Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Geschlecht, Krieg und Militär widmete sich im Februar 2000 eine Tagung der PDS-nahen Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Journalistin und Militärsoziologin Karin Gabbert von der Uni Bremen analysierte die Rolle von Frauen in den Medien während des Kosovo-Krieges. Sie ist unter anderem der Frage nachgegangen, warum kaum Leserinnenbriefe zum Krieg veröffentlicht wurden. Laut Gabbert, die bei Tageszeitungen nachgefragt hat, haben Frauen tatsächlich kaum Briefe an die Redaktionen geschrieben. Ein Indiz für ihre Haltung liefert lediglich eine Allensbach-Umfrage vom Mai 1999, in dem sich unter befragten Jugendlichen bis 19 Jahren 62 % der Jungen, aber nur 42 % der Mädchen für die Luftangriffe aussprachen. Der Krieg, so Gabbert, scheine nach wie vor Männersache zu sein. Das fand sie auch in den Berichten über die fliehenden Menschen bestätigt. Immer wieder wurde behauptet, 80 % aller Flüchtlinge seien Frauen und Kinder. Illustriert wurde dies meist durch Pressefotos, die Frauen mit Säuglingen auf den Armen zeigten. Aber, so Gabbert, 60 % aller Flüchtlinge waren Kinder - Jungen und Mädchen. Die 20 % Frauen stellen damit exakt die Hälfte der Erwachsenen. Aber warum haben Militärs und Medien ein so großes Interesse daran, Männer als Krieger und Frauen als Opfer von Kriegern zu zeigen?

Der Vergewaltiger ist der Feind

Vergewaltigungen und jede Form sexualisierter Gewalt gegen Frauen im Krieg folgen der Ideologie vom »feindlichen Vergewaltiger«, betonte Jutta Brandewiede vom Hamburger Notruf für vergewaltigte Frauen in ihrem Vortrag: »Wenn die andere Seite es tut, ist es Beweis für die Bestialität des Feindes; doch tut es die eigene, ist es politisch unklug, darüber zu reden.« Vergewaltigungen sind Mittel der Machtausübung, das gilt im Frieden und erst recht im Krieg. Neben der vernichtenden Botschaft an das Opfer enthalten sie vor allem Botschaften an Dritte: Sie drohen allen Frauen, und sie demütigen die Männer des Gegners auf dem Wege der Entwertung ihres »Besitzes«. Die ehrverletzende Botschaft, dass sie »ihre« Frauen nicht zu schützen in der Lage waren, kommt bei den Männern durchaus an. Das heißt, die Angst vieler Frauen, die ihnen zugefügte Gewalt öffentlich zu machen, entspringt der Dynamik »ganz normaler« heterosexueller Beziehungen. Diese Erkenntnisse Brandewiedes entsprechen auch den Erfahrungen, die die Gynäkologin Monika Hauser, Gründerin der Organisation Medica mondiale, die therapeutische Hilfe für kriegstraumatisierte Frauen in Bosnien und inzwischen auch für Frauen aus dem Kosovo leistet, gemacht hat. Hauser sprach - außerhalb der Tagung der Luxemburg-Stiftung - mehrfach davon, dass es bisher wenig Informationen darüber gibt, ob es im Kosovo systematische Vergewaltigungen gegeben hat: »Zum einen sprechen sie nicht, weil sie noch unter Schock stehen. Und zum zweiten, weil sie aus einem sehr patriarchalen Kontext kommen.« (1) Dieser Kontext führt dazu, dass die Schuld für die Tat dem Opfer zugeschrieben wird. Als im Dezember 1998 der Serbe Anto Furundzija vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wegen Folter und Vergewaltigung schuldig gesprochen und zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, versuchte seine Verteidigung, wie auch aus Vergewaltigungsprozessen in Friedenszeiten bekannt, die Glaubwürdigkeit der Zeugin zu untergraben. Neu war damals die Argumentation. Das sonst übliche Argument, die Frau habe die Vergewaltigung provoziert, entfiel. Statt dessen zog die Verteidigung die Tatsache der Vergewaltigung selbst heran, nach dem Motto: Die Zeugin ist traumatisiert und deshalb nicht glaub-

(1) Monika Hauser im Gespräch mit Petra Welzel, in Weibblick 2 / 1999.

Ja. Ich abonniere

illoyal

Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe
für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

❍ DM 20 für ein Jahresabo
❍ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo

habe ich auf das Konto
von Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Nr. 741 834 109
bei der Postbank Berlin (BLZ 10010010)
unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden.

würdig. Einer der Gutachter behauptete sogar, je größer das Trauma, desto schlechter sei das Gedächtnis der traumatisierten Person. Die Zeugin hatte keine andere Möglichkeit, als sich von der Diagnose der posttraumatischen Belastungsstörung und von der erhaltenen therapeutischen Hilfe zu distanzieren. (2) Im Ergebnis dieses Prozesses liegt nun also die Anerkennung sexualisierter Gewalt als Kriegsverbrechen vor, andererseits besteht die Gefahr, dass Zeuginnen in Zukunft vor dem Dilemma stehen könnten, nur dann aussagen zu können, wenn sie auf eine therapeutische Behandlung verzichten.

Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit?

Als die Medien während des Bosnienkrieges über Massenvergewaltigungen berichteten, gaben viele bundesdeutsche Frauen ihren Widerstand gegen Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr auf, um sich nicht unsolidarisch mit den Bosnierinnen zu erweisen. Der hohe Druck, der mit diesem Argument einherging, machte das Geschlecht und die Zugehörigkeit der Täter zum Militär bzw. zu Paramilitärs unsichtbar. Der Eindruck wurde erweckt, die (serbische) Ethnizität der Täter sei entscheidend für ihre Verbrechen. Wie wenig dies mit den Tatsachen übereinstimmt, darauf verwies schon die Historikerin Anne Gündel: »Im Juni 1992 verlautbarte ein Soldat der 'Green Berets', einer paramilitärischen Kampfgruppe der bosnischen Muslime, dass er für jede Busfuhre Frauen, die er den Soldaten brachte, 200 DM kassierte. Wenn er keiner serbischen Frauen habhaft werden konnte, waren eben kroatische oder muslimische dran: Hauptsache den Bus voll Frauen, und die 200 DM flossen.« (3)

Vergewaltigungen waren auch im Kosovo-Krieg die propagandistische Karte, die das Militär zog, als die öffentliche Akzeptanz für den Militäreinsatz sank. Gabbert führte an, dass die erste »nicht bestätigte« Meldung über Massenvergewaltigungen im Kosovo aus dem Pentagon kam, als es aussah »als ob Milosevic noch lange durchhalten würde. Natürlich muss man davon ausgehen, dass die jugoslawische Armee im Kosovo systematisch Frauen vergewaltigt hat. Genaues weiß man aber bis heute nicht darüber. Ebenso wie die Vergewaltigungen erst hochgekocht wurden, werden sie seit Ende des Krieges verdrängt. Bei den Bilanzen des Krieges tauchen sie überhaupt nicht mehr auf.« Nato- und selbst Uno-Vertreter sollten sich in der Tat hüten, das Wort Vergewaltigung im Zusammenhang mit dem Balkan in den Mund zu nehmen. Inzwischen ist nämlich kein Geheimnis mehr, dass im Umfeld von OSZE, SFOR und Uno-Truppen die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen blüht. Die ZEIT veröffentlichte Mitte Januar einen umfangreichen Bericht über Zwangsprostitution in Bosnien, wo Prostitution offiziell verboten ist. »Viele 'Helfer' - vom Peace-Keeper unter UN- oder Nato-Kommando über den Lkw-Fahrer für das Flüchtlingshilfswerk bis zum internationalen Polizeiausbilder - halten (...) den Bordellbesuch für ihr Recht.« (4) »Beim Frauenhandel hört die Feindschaft auf«, wird eine UN-Mitarbeiterin zitiert, dies sei der einzige Bereich, in dem die multiethnische Gesellschaft weiterexistiere. Mit der Stationierung internationaler Truppen geht auch internationale sexuelle Ausbeutung von Frauen einher. Die renommierte Militärsoziologin Ruth Seifert sieht die Lösung in einem Geschlechtertraining, in dem Männer lernen sollen, die Perspektive von Frauen einzunehmen. (5) Während ein solches Training unabhängig von seinen Erfolgsaussichten immerhin durchführbar erscheint, träumte die Präsidentin der Kunsthochschule Hamburg, Adrienne Göhler, während der Tagung laut davon, eine durchquotierte »Friedensmission« ins Kosovo zu schicken, der innerhalb der weiblichen Quote »von der Bäckerin bis zur Architektin« Frauen angehören sollen, die »die Sprache der Opfer und der Täter« sprechen und in der Lage und befugt sein sollen, auftretende Konflikte zu moderieren. Eine bundesdeutsche interministerielle Arbeitsgruppe von hoch bezahlten Fachmännern solle dafür ein Konzept erarbeiten, um die ohnehin überforderten NGOs zu entlasten. Die Mission solle unter Uno-Vorzeichen operieren und »Kriegsnachsorge treiben«. Das Ganze womöglich unter Nato-Schutz und angesichts der Tatsache, dass Uno, Nato und europäische Staaten selbst eine OSZE-Mission am langen Arm verhungern ließen, damit endlich gebombt werden konnte? Dieser und anderen Fragen begegnete Göhler mit einem bockigen »Ich will aber nicht mehr warten, sondern eine Lösung sehen.« Doch ohne eine Analyse des Krieges und der Männergewalt im Krieg wird es diese nicht geben.

Ulrike Gramann

(2) Analyse des Furundzija-Prozesses von Gabriele Mischkowski März 1999 im Auftrag von Medica mondiale.
(3) Anne Gündel, Ganz normale Alltagtypen, in: illoyal. Journal für Antimilitarismus 7 (Frühling 1999).
(4) Andrea Böhm, Freier für den Frieden, in: DIE ZEIT Nr. 3 / 2000.
(5) Ebenda.

Klein und gemein, oder Is Small Beautiful? Von der Landminen- zur Kleinwaffenkampagne

Unter der Abkürzung IANSA (International Action Network on Small Arms) hat sich nach längerer Vorarbeit 1998 ein »Internationales Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen«, in dem sich mehr als 200 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus über 50 Ländern zusammengeschlossen haben, formiert und anlässlich der Friedenskonferenz in Den Haag der Öffentlichkeit vorgestellt. Viele der an der internationalen Landminenkampagne beteiligten Initiativen haben nach der Ratifizierung des Vertrages zur Ächtung von Anti-Personen-Minen ihr Sichtfeld erweitert. Landminen gehören zu den Kleinwaffen, die heute an allen Kriegsschauplätzen der Erde zunehmend eingesetzt werden und deren Verbreitung bisher noch zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Kleinwaffen im engeren Sinn sind Revolver, Gewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre. Unter dem Begriff Kleinwaffen werden aber weiterhin auch schwere Maschinenpistolen, Handgranaten, Granatwerfer, tragbare Luftabwehrraketen sowie Munition, Landminen und sonstige Explosivkörper verstanden. Bildlich gesprochen: Zu Kleinwaffen zählt gemeinhin das, was von einer oder von zwei Personen getragen werden kann und was leicht handhabbar ist. Nach groben Schätzungen sind weltweit über 500 Millionen Kleinwaffen im Einsatz. Nach Angaben des zum Thema Kleinwaffen arbeitenden Friedensforschers Kiflemariam Gebrewold geht dabei die »größte Plage« von geschätzten 125 Mio. automatischer Handfeuerwaffen aus, die gegenwärtig weltweit zirkulieren.

Die Bedeutung von Kleinwaffen hat in letzter Zeit stetig zugenommen, weil heute über 90 Prozent aller Kriege vor allem mit diesen Waffen ausgetragen werden. Neben den »robusten«, einfach zu bedienenden »Altwaffen«, die z.B. von der Bundesrepublik Deutschland in großer Zahl aus dem Nachlass der DDR in viele Länder der Erde verkauft und verschenkt wurden und in den kurdischen Gebieten der Türkei zum Einsatz kamen und kommen, spielt hier noch die technische Entwicklung eine große Rolle: Die Miniaturisierung komplexer Waffensysteme, High-Tech-Geräte als Kleinwaffen.

(1) Kontakt: IANSA, Box 422, 37 Store Street, London WC1E 7BS, Email: Contact@IANSA.org, Website: http://www.IANSA.org.
(2) Thomas Gebauer 1999: Zur Kampagne gegen Kleinwaffen. In: Blätter des iz3w. Nr. 238.

Von Fat Man zu Pitman

Ein kurzer Reisebericht aus der »Neuen Welt« macht schnell deutlich, dass man der Tendenz »Die Waffen werden immer kleiner« am besten im US-Bundesstaat New Mexico nachspüren kann. Das Ortsschild ist eindeutig – »Los Alamos – Atomic City«. Das Schild steht für die berühmte Vergangenheit der Stadt im Norden New Mexicos, nicht für seine Gegenwart. Die ist zwar immer noch von der Forschung im Bereich neuer Waffen bestimmt, doch dabei geht es weniger um Atomwaffen. Bei der Waffenentwicklung wird hier gegenwärtig die Losung »small is beautiful« in makaberer Weise umgesetzt.

Vergangenheit – das ist die in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter der Leitung von J. Robert Oppenheimer mit einem von der Außenwelt gänzlich abgeschotteten Forscher-Team entwickelte erste Atombombe, genannt »Fat Man«. Gegenwart – das ist die Hinwendung zu den modernen High-Tech-Waffen, die zukünftigen Kriegführungsstrategien gerecht werden. Die Nachfolge von »Fat Man« treten dabei die in den immer noch geheimen, außerhalb der Stadt liegenden Labors entwickelten Waffen an, die klein, hochmobil und flexibel einsetzbar sind. So viel ist bekannt: In Los Alamos gibt es heute eigens ein »nationales Amt für Kleinwaffenprogramme«. Nicht »Atomic City« und »Fat Man«, sondern »Pitman« ist die Zukunft der geheimen US-amerikanischen Rüstungsschmieden. Bei diesem Entwicklungsvorhaben geht es um einen Kleinpanzer, in dem der darin befindliche Soldat sowohl vor einem Beschuss mit konventionellen Waffen, als auch vor chemischen Kampfstoffen geschützt und damit fast unbesiegbar gemacht werden soll. Das US-Militär beabsichtigt, die Soldaten ab dem Jahr 2000 mit diversen High-Tech- und Kleinwaffen auszustatten, mit denen sie für die veränderten Aufgaben in diesem Jahrtausend »bestens gerüstet« sein sollen. Der Trend heißt: Kleiner aber wirksamer, hochmobil und potenziellen Gegnern um Jahre voraus.

Kleinwaffen und Kindersoldaten

Ganz anders stellt sich das Problem der Kleinwaffen in den ärmeren Ländern dar: Nach Angaben von Olara Otunnu, dem von UN-Generalsekretär Kofi Annan ernannten Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten, gibt es derzeit weltweit etwa 300.000 Kindersoldaten. Die Kinder werden auf unterschiedliche Weise rekrutiert: Oftmals werden sie von der Armee willkürlich auf den Straßen aufgegriffen und mitgenommen. Die Geschlechtergrenze spielt dabei keine Rolle.

Aus Sicht der Krieg führenden Parteien hat der Einsatz von Kindern eine Reihe von Vorteilen. Sie sind, so UNICEF-Mitarbeiter Ray Torres, »schlicht billiger als echte Soldaten, sie essen weniger und haben wenig Ansprüche«. Außerdem sind Kinder leichter zu manipulieren, und die Armee oder Guerilla wird vielfach zu einer Art Ersatzfamilie, was die Resozialisierung ehemaliger Kindersoldaten nach dem Ende des Konflikts zu einem großen Problem macht. Dass in Kriegen immer mehr Kinder eingesetzt werden, hat noch andere Gründe: Es gibt heute immer mehr innerstaatliche Kriege, bei denen die Unter-

scheidung zwischen Soldaten und Zivilisten aufgeweicht wird. Und natürlich hat die zunehmende Zahl von Kindersoldaten mit der Verbreitung von Kleinwaffen zu tun: Eine leichte Schnellfeuerwaffe macht schon Achtjährige zu Kämpfern.

Rüstungsexport außer Kontrolle

Peter Lock, Hamburger Friedensforscher, wies bereits vor Jahren darauf hin, dass dem Aspekt Kleinwaffen bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde. So beschäftigt sich das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI beispielsweise bis heute kaum mit Kleinwaffen und ihrer Rolle beim Kriegsgeschehen. Bis in jüngste Zeit galten Kleinwaffen als Bagatelle. Entsprechend wenig wurde über die Produktion, den internationalen Handel und die Bestände berichtet. Während des Kalten Krieges haben vorrangig die USA, in Einzelfällen auch die Sowjetunion sich international operierender illegaler Netzwerke bedient, mittels derer die jeweilige Kriegsklientel mit Waffen versorgt wurde. Das war besonders da relevant, wo es sich um substaatliche Akteure handelte, die man nicht offiziell beliefern konnte: zum Beispiel die Unita in Angola, die Rebellen in Afghanistan oder die Contras in Nicaragua. Dem Zauberlehrling gleich, so Peter Lock, wurde man die Geister, die man gerufen hatte, nicht mehr los. Die Versuche, die Waffen später wieder einzusammeln, seien oft zum Scheitern verurteilt: Im Falle Afghanistans seien die Bemühungen, nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen die gelieferten Waffen, teils gefährliche Hochtechnologie wie zum Beispiel Stinger Boden-Luft-Raketen, wieder einzusammeln, ohne Erfolg geblieben. »Der CIA ist dabei«, so Lock weiter, »allen Berichten zufolge kläglich gescheitert«. Die Folgen dieses sich immer schneller drehenden Waffenkarussells sind seit Jahren den wenig erfreulichen Nachrichten aus der Region zu entnehmen.

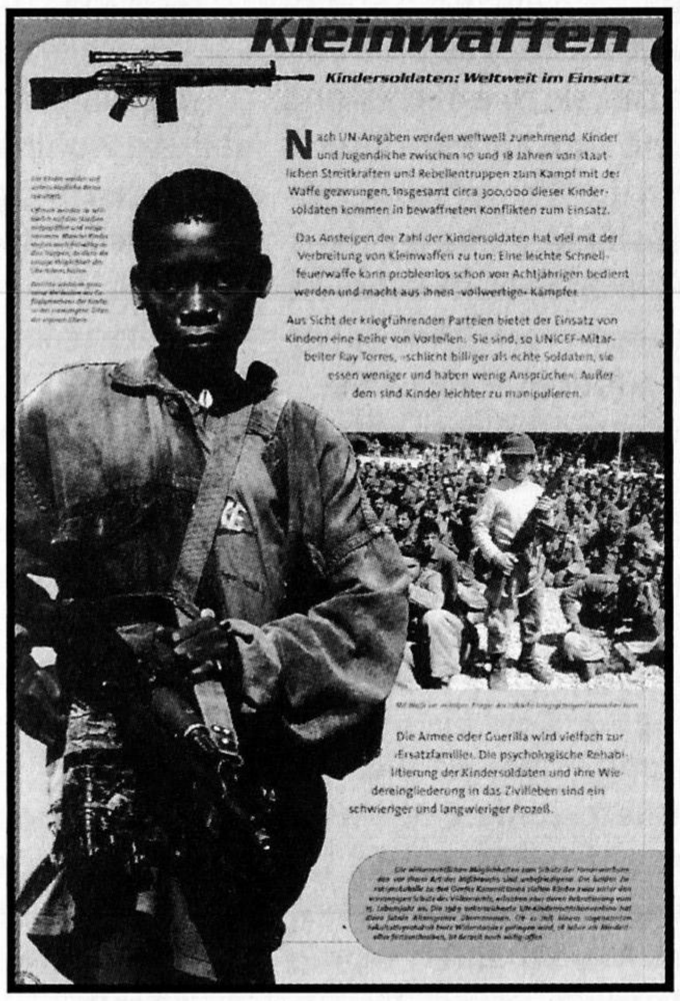
Kleinwaffen – made in Germany

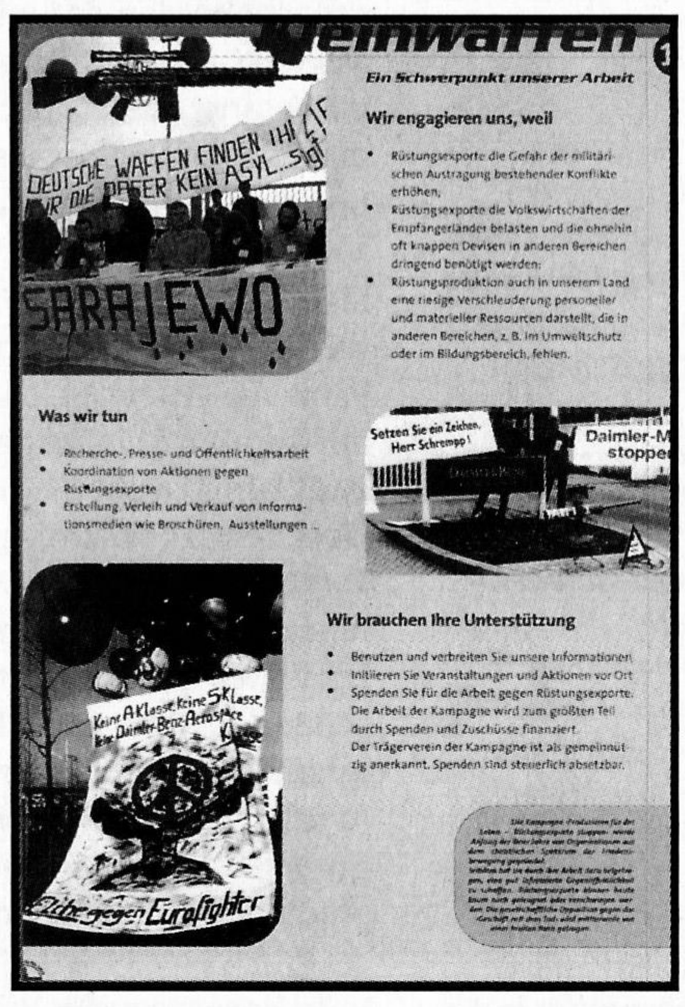
Beim Thema Kleinwaffen nimmt die Bundesrepublik in zweifacher Hinsicht eine bedeutende Rolle ein: Der deutschen Industrie ist es in der Vergangenheit gelungen, mit großzügigen Lizenzvergaben für die Produktion von Kleinwaffen – vor ihrer Konkurrenz aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den USA – weltweit in die Märkte einzudringen. Die ehemals bundeseigene Fritz Werner AG verkaufte ganze Waffenschmieden in verschiedene Länder, und Heckler&Koch-Gewehre werden an mindestens einem Dutzend verschiedener Standorte produziert. Heckler&Koch G-3-Gewehre gehören heute in mehr als 50 Ländern zur Standardausrüstung der Streitkräfte. Außerdem gehören deutsche Rüstungsfirmen bei der Munitionsherstellung weltweit zu den bedeutendsten, und deutsche Werkzeugmaschinen produzieren inzwischen Munition in zahlreichen Ländern von Ecuador, über die Türkei, den Sudan bis hin zu Birma.
So viel steht fest: Für deutsche Organisationen werden die Herstellung und der Export von Munition relevant, denn hier spielen deutsche Firmen eine wichtige Rolle. Eine Liste der bedeutenden deutschen Kleinwaffenproduzenten klingt wie ein »who is who« der deutschen Industrie: Dynamit Nobel, Diehl, Rheinmetall Industrie, DaimlerChrysler u.v.a. – an Anlaufstellen für kritische Nachfragen und mögliche Aktionen im Rahmen einer beginnenden Kampagne fehlt es sicher nicht.

Die Kleinwaffenkampagne

Nach dem Geschmack mancher deutscher Nichtregierungsorganisationen wurde bei der Anti-Minen-Kampagne die Aufmerksamkeit zu sehr auf das »schlimme« Waffensystem gerichtet und wurden in der öffentlichen Auseinandersetzung gelegentlich die »bösen« Billigminen der Entwicklungsländer den in den Industrieländern entwickelten »guten«, da abschaltbaren High-Tech-Minen gegenübergestellt. Demgegenüber sind nun einige NGOs bei der beginnenden Kampagne darum bemüht, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Bedingungen für die erhebliche Zunahme gewaltsam ausgetragener Konflikte in einigen Regionen der Welt nicht außen vor zu lassen. Während sich besonders angelsächsische Initiativen wieder mit solchen Forderungen wie der nach Registrierung von Waffen, der Lenkung der Waffenströme und einer Eindämmung illegaler Geschäfte hervortun und damit weitgehend die Positionen vertreten, die auch von Regierungen und internationalen Institutionen geteilt werden können, versuchen deutsche NGOs den Blick auf kritische Aspekte, die regierungsnahe Organisationen tunlichst verschweigen, nicht zu vergessen. So hat jüngst Thomas Gebauer, Geschäftsführer der in Frankfurt am Main ansässigen entwicklungspolitischen Organisation medico international, unter der Fragestellung »Staatliches Monopol auf Waffen? Einspruch gegen die Indienstnahme von NGOs«, einige wichtige Punkte für eine Kampagne gegen Kleinwaffen benannt: Während die Vorschläge einer »EU-Joint Action zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen« nicht das umfassende und für alle geltende Verbot einer besonderen Waffe als Ziel formuliere, sondern lediglich die Reduzierung ihrer Verfügbarkeit auf wenige Akteure fordere, müsse es den NGOs auch um den gesellschaftlichen Kontext gehen: »Nicht vagabundierende Kalaschnikows sind das Problem, sondern die sozialen Verhältnisse, die zum Einsatz solcher Waffen motivieren und ein Geschäft mit ihrem Handel versprechen«.
Der Ausbreitung von Gewalt, von der auch die Joint Action der EU spreche, so Gebauer in seinen Ausführungen gegen die Indienstnahme von NGOs durch die offizielle Politik, sei mit juristischen Maßnahmen allein nicht zu begegnen. »Im Gegenteil – der Versuch, die misslichen Verhältnisse einzig mit weiteren Verordnungen und Vorschriften in den Griff zu bekommen, verewigt die Gewalt und die dahinter stehenden Machtverhältnisse und führt notwendig in die negative Utopie einer totalitär 'befriedeten' Welt. (...) Wer etwas gegen Kleinwaffen unternehmen will, muss – wie es entwicklungspolitische NGOs seit langem tun – an den Ursachen ansetzen, die gewalttätige Konflikte in Gang setzen und befördern: an der sozialen Marginalisierung und der ökonomischen Zerrüttung. Beides ist Resultat bestehender Machtverhältnisse«. (2)

Thomas Klein





Zum Thema Kleinwaffen hat die Kampagne gegen Rüstungsexport eine Ausstellung erarbeitet; im Büro der Kampagne können dazu weitere Informationen erfragt werden: Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel: 0611 / 910 23 50, Fax: 06 11 / 37 18 38, Email: AntiRexpo@t-online.de

Berichte
- Russische Alternativen-

Alternativen zum Wehrdienst in Russland

Anlässlich des russischen Krieges in Tschetschenien hat die Diskussion über die Zukunft der Wehrpflicht in Russland eine neue Qualität gewonnen. Schließlich basiert die russische Taktik der Kriegsführung auf der großen Verfügbarkeit der Wehrpflichtigen. Seit 1993 ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Verfassung verankert, allerdings ohne entsprechende Ausführungsgesetze und -bestimmungen. Immer mehr Wehrpflichtige entziehen sich angesichts der katastrophalen Zustände in der Armee dem Wehrdienst. Dort wird ihre Ausbildung von zwei Prinzipien geleitet: zum einen die Stationierung der Soldaten soweit wie möglich von ihrer Heimat entfernt, mit dem Ziel, sie zu isolieren und leichter zu kontrollieren, und zum anderen informelle Disziplinierung durch die Wehrpflichtigen des zweiten Jahres (Dwadushina), deren Ergebnis zu oft der unfreiwillige Tod in den Streitkräften ist. Einige Menschenrechtsgruppen versuchen daher zusammen mit Initiativen aus dem sozialen Bereich, durch Gesetzentwürfe und Projekte mit einem Freiwilligen Dienst eine »Legalisierung« der Verweigerung zu erreichen und letzten Endes ein Gesetz über einen Alternativen Dienst einzuführen.

Aus diesem Anlass fand vom 1.3. bis 4.3.2000 in Perm/Russland eine Tagung statt, auf der über die Möglichkeiten der Einführung eines Alternativen Dienstes in Russland diskutiert wurde. Eingeladen hatte das Menschenrechtszentrum Memorial. Gekommen waren unter anderem regionale Memorial-Gruppen, unabhängige Menschenrechtsgruppen, Juristen und Vertreter verschiedener Regierungsbehörden, darunter der Berater des Moskauer Militärstaatsanwalts. Von dem Treffen hatten sich die Veranstalter zweierlei erhofft: zum einen durch den Erfahrungsaustausch eine gemeinsame Position zum Thema Alternativer Dienst zu entwickeln, zum anderen eventuell konkret eine Gesetzesvorlage für das russische Parlament, die Duma, zu entwerfen. Denn, so der Vorsitzende von Memorial in Perm, Alexander Kalich, jetzt besteht die Chance, auf die man 10 Jahre gewartet hat und die es in zwei Jahren nicht mehr geben wird.
Über den sehr wichtigen Erfahrungsaustausch kamen die anwesenden Gruppen allerdings nicht hinaus. Gerade am zweiten Tag hat sich in den Diskussionen gezeigt, dass die Interessen der Anwesenden zu unterschiedlich gelagert sind. Einige erhofften sich konkrete Hinweise für anstehende juristische Verfahren. Für viele Menschenrechtsgruppen stand das konkrete Schicksal der Wehrpflichtigen im Vordergrund. Sie versuchen, durch die Praxis eine juristisch verbindliche Interpretation und Umsetzung des Verfassungsartikels zu erreichen. Dagegen bestand für die Initiativen aus dem sozialen Bereich der Anreiz vorrangig darin, ihre größtenteils auf freiwilliger Arbeit basierenden Projekte durch Wehrpflichtige längerfristig abzusichern.

(1) Auf einer Skala von 1 (unbegrenzt zu sozialem Handeln und Arbeiten fähig) bis 4 (ungeeignet für soziales Arbeiten) sollen zukünftige Wehrpflichtige eingestuft werden.
(2) Demidenko bzw. die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft haben sich mit der Einführung eines Alternativen Dienstes seit einer empirisch-kriminologischen Untersuchung der Todesfälle in der Armee beschäftigt. Demidenkos Fazit lautete, dass die Mehrzahl der Tode diejenigen getroffen hat (häufig durch Selbstmord), die aufgrund ihrer inneren Überzeugungen nichts in der Armee verloren hatten.

Situation in Russland

Gegenwärtig bewegt sich ein russischer Wehrpflichtiger, der sein Verfassungsrecht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen will, in einer juristischen Grauzone. Fehlende Ausführungsgesetze erlauben den Richtern und den Militärstaatsanwälten, willkürlich zu urteilen – meistens zum Nachteil der Wehrpflichtigen.
Zudem fehlt eine breite gesellschaftliche Unterstützung für Verweigerer. Zu sehr wird die Kriegsdienstverweigerung mit fehlendem Patriotismus gleichgesetzt. Hinzu kommt, dass der städtische und wohlhabendere Teil der Jugendlichen bereits andere Möglichkeiten hat, den Wehrdienst zu umgehen. Entweder, man kauft sich frei, oder man kauft die entsprechenden Atteste. Oder absolviert neben seinem Studium eine Militärtheorieausbildung.
Neu ist der Versuch einiger Wehrpflichtiger, sich auf dem Gerichtswege quasi die eigenen Überzeugungen attestieren zu lassen (de facto eine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu erhalten) und wegen der fehlenden Bestimmungen von der Erfüllung der Wehrpflicht bis zur Einführung eines Alternativen Dienstes zurückgestellt zu werden. Dies geschieht in der Regel immer in Zusammenarbeit mit Menschenrechtsgruppen. Generell scheint eine große Hemmschwelle vor rechtlichen Auseinandersetzungen zu existieren. Zu sehr stehen die Gerichte in dem Ruf, nur der verlängerte Arm des Staates zu sein.
Die Vorträge auf der Tagung in Perm machten deutlich: Wer den Dienst trotz Einberufungsbescheid nicht antritt, macht sich strafbar. Man hat jedoch die Möglichkeit, bei Erhalt des Einberufungsbescheides gegen diesen zu klagen. Dadurch wird der angefochtene Bescheid vor dem Bezirksgericht nach dem Zivilrecht verhandelt. Gleichzeitig entfaltet die Klage eine aufschiebende Wirkung. Um nun das Fernbleiben zu begründen, muss man seine Überzeugung glaubhaft darlegen und Beweise aus der Praxis beibringen. Wegen der fehlenden Vorschriften verlaufen die Prozesse unvorhersehbar und willkürlich, ähnlich den Verhandlungen vor den Ausschüssen beim Kreiswehrersatzamt in Deutschland.
Gleichzeitig hat der juristische Beistand des Wehrpflichtigen viel Gestaltungsspielraum bei der »Beweisführung«. Es wurde berichtet, dass es in einigen Fällen zu tatsächlich grotesken Anhörungen kommt, die nicht selten weit über 5 Stunden dauern und bei denen der Wehrpflichtige alle möglichen Zeugen aufbieten muss, die seinen Werdegang zum Kriegsdienstverweigerer bezeugen.

Außerdem bauen Richter und Militärstaatsanwalt auch schon im Vorfeld großen psychischen Druck auf, der sich auf der Ebene persönlicher Einschüchterung durch das ganze Verfahren ziehen kann.

Unter den Tagungsteilnehmern herrschte bezüglich der juristischen Strategie nahezu Konsens, dass das mächtigste und wirkungsvollste Beweisstück ein bereits freiwillig geleisteter Dienst ist. Vor Gericht kann dann leichter argumentiert werden, dass der Wehrpflichtige seine Bereitschaft für den Alternativen Dienst bereits in der Praxis bewiesen hat. Über 40 Fälle konnten so schon erfolgreich für den Wehrpflichtigen entschieden werden. Gegen das Urteil des Gerichts kann keine Partei Berufung einlegen. Wird man »abgelehnt«, bleibt einem nur die Möglichkeit, nachfolgende Einberufungsbescheide zu ignorieren. Damit wird jedoch unweigerlich ein Strafverfahren eingeleitet. In diesem erfolgt keine neue Beweiserhebung, da nur die Tatsache des Nichtantritts verhandelt wird und nicht die zugrunde liegenden Beweggründe. In der Regel werden in diesen Fällen mehrjährige Gefängnisstrafen verhängt.

Menschenrechtsgruppen

Eine Reihe von Organisationen und Gruppen haben sich aus verschiedensten Gründen der Wehrpflichtigen angenommen. Diejenigen, die neben ihrer Menschenrechts-/Bürgerrechtsarbeit auch andere soziale Aufgaben wahrnehmen, bieten den Wehrpflichtigen für ihre »Freiwillige Arbeit« zum Beispiel im Gegenzug rechtliche Beratung an. Auf der Tagung stellte die Permer Sektion von Memorial ihr »Experiment« vor. Derzeit leisten dort 7 Freiwillige gemeinnützige Arbeit. Sie erhalten dafür ein geringes Essengeld und Arbeitskleidung. Memorial erhofft sich von diesem seit 1999 laufenden Projekt Erkenntnisse und Erfahrungen, die für den späteren politischen Entscheidungsprozess genutzt werden können. Damit unterscheidet sich dieses Programm von anderen Initiativen, wie zum Beispiel dem »Haus 28« in Archangelsk oder einem ähnlichen in Nishni Novgorod, wo den Wehrpflichtigen eher ad hoc geholfen wird.
Um die psychische Belastung der Dienstleistenden zu untersuchen, werden diese in Perm auch von einem Psychologen betreut. Ob dies aus Rücksicht gegenüber den Jugendlichen oder aus Skepsis gegenüber ihren sozialen Fähigkeiten geschieht, blieb unklar, aber in seinem Referat über die bisherigen Ergebnisse der Betreuung versuchte der Psychiater Ivanov, auch eine Kategorisierung der sozialen Kompetenz vorzunehmen, die eventuell für die spätere Einteilung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer angewendet werden soll. (1) Dieser Vortrag sorgte für die ersten Kontroversen auf der Tagung. Einigen erschien diese Kategorisierung als bedenklich und gleichzeitig unergiebig. Andere haben durch ihre Kommentare wiederum gezeigt, dass sie sich von der Einführung des Alternativen Dienstes vor allem die Auswahlmöglichkeit erhoffen, den »Super-Zivi« zu finden: gut gebildet, aufopferungsbereit (1 auf der Skala) und für eine lange Zeit im Dienst.

Schnittstelle Projekt/Staat

Hauptsächlich unterscheidet sich das »Experiment« in Perm von anderen Initiativen durch die großen Anstrengungen, die von der Projektleitung unternommen worden sind, mit staatlichen Behörden zu kooperieren. Unter anderem will man sich gegen die unweigerlichen Vorwürfe schützen, staatsfeindliche Interessen zu verfolgen.
Aus diesem Grund hat sich der Beginn des Projektes um mehr als ein Jahr verzögert. Zuerst verlangte der Gouverneur des Bezirks Perm Anfang 1998 die Einsetzung einer Rechtskommission. Als diese dann de facto ausgesetzt worden war, indem der Vertreter der Einberufungsbehörde zurückgerufen worden war, wandte sich Memorial an den Vize-Gouverneur, dem dieses Projekt jedoch während des sich anbahnenden Tschetschenienkrieges nicht opportun erschien. Memorial entschloss sich daraufhin im Herbst 1999, das Projekt im Alleingang zu starten, wobei man allerdings mit der Permer Stadtverwaltung kooperiert und Freiwillige für städtische Projekte zur Verfügung stellt. Zusätzlich unterhält Memorial noch Kontakte zu zwei Duma-Abgeordneten, durch die auch Einfluss auf ein eventuelles Gesetz genommen werden soll.

Dennoch zeigen staatliche Stellen Interesse an dem Projekt. Mit P. Demidenko war sogar ein Berater des Moskauer Militärstaatsanwalts anwesend. (2) In seinem Beitrag referierte er über die gegenwärtigen Gesetzentwürfe, die in der Politik zirkulieren. Seiner Einschätzung nach wird Putin erneut dieses Thema aufgreifen. Am 25.2.00 hat der Verteidigungsausschuss bei Putin beantragt, die Verabschiedung eines Gesetzes über den Alternativen Dienst in der Prioritätenliste der nächsten Amtszeit nach ganz oben zu setzen. Gegenwärtig wird in Duma-Kreisen ein Gesetzentwurf vom November 1999 diskutiert, der nun für eine erste Lesung bereit ist. In seinen Augen wären die Konsequenzen einer Ablehnung des Entwurfs katastrophal im Sinne des Alternativen Dienstes, da Putin dann entweder gleich eine Berufsarmee einführen könnte – was Jelzin 1993 noch ablehnte – oder den Gesetzentwurf der Streitkräfte befürwortet. Letzterer lehnt sich an das ukrainische Modell an, das heißt einen doppelt so langen kasernierten Dienst ohne Waffe (in Russland wären dies 4 Jahre).

M. Poljakova, Mitglied der juristischen Expertenkommission für Menschenrechte bei der russischen Regierung, stimmte darin mit Demidenko überein, dass erst die Rechtsfragen geklärt werden müssen, inklusive der Ausführungsbestimmungen. Und ähnlich wie Demidenko mahnte Poljakova zu einer schnellen Einigung über einen Entwurf, da die Duma fragwürdige Gesetzgebungspraktiken habe. Schnell werden dort Regierungsinitiativen zu Gesetzen, die ohne ausgiebige Lesungen verabschiedet werden. Allerdings, so betonte sie, bräuchte es ein vom Militär unabhängiges Gerichtssystem für die den Alternativen Dienst Leistenden. Und schließlich sei das Wichtigste, dass die Gesellschaft die Ziele des Alternativen Dienstes teile, da ansonsten das Gesetz keine Wirkung entfalten werde.

illoyal
Journal für Antimilitarismus

BISHER ERSCHIENEN:
Heft 0: Zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sieben Jahre Kampagne (vergiffen)
Heft 1: Schöne neue Bundeswehr. Weltweit einsatzbereit (vergriffen)
Heft 2: Helm ab! Europa verweigert
Heft 3: TraditionsREICH. Militaristische Traditionen
Heft 4: Hang zum Zwang. Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär
Heft 5: Verstehen, vermitteln, versuchen. Zivile Konfliktbearbeitung
Heft 6: Innere Sicherheit
Heft 7: Frauen, Männer, Militär. Militär und Geschlechterverhältnis
Heft 8: Ökologisch denken – europaweit handeln. Nato-Krieg in Europa
Heft 9: System Folter
Heft 10: Verweigern verboten!
Von Heft 2 bis 10 sind noch Einzelhefte lieferbar. Sie werden zum Einzelpreis von DM 2,50 zuzüglich Porto abgegeben.

Ja. Ich bestelle *illoyal*. Journal für Antimilitarismus

❍ Heft 2 ..... Stück
❍ Heft 3 ..... Stück
❍ Heft 4 ..... Stück
❍ Heft 5 ..... Stück
❍ Heft 6 ..... Stück
❍ Heft 7 ..... Stück
❍ Heft 8 ..... Stück
❍ Heft 9 ..... Stück
❍ Heft 10 ..... Stück

❍ Einen Verrechnungsscheck über DM ..... habe ich beigelegt.

❍ Ich habe Briefmarken im Wert von DM ..... beigelegt.

❍ Ich zahle per Rechnung.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen.)

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin senden.

Die Geschichte wiederholt sich

Die Tagung hat gezeigt, dass in Russland sehr engagiert versucht wird, den Staat zu einer gesetzlichen Regelung der Kriegsdienstverweigerung zu zwingen. Das »Experiment« von Memorial ist ein sehr sorgfältig geplanter Versuch, den Stillstand aufzubrechen. Die zentrale Erkenntnis der verschiedenen Gruppen war vor allem, dass man relativ wenig über einander weiß und jeder eigene Erfahrungen macht.

Andererseits zeigte sich bei den etwa 25 TeilnehmerInnen bis auf zwei VertreterInnen aus Nishni Novgorod und Jekaterinenburg, dass viele Fehler anderer Staaten bei der Einführung eines alternativen Zwangsdienstes wohl wiederholt werden. Weder die mögliche Dauer von vier Jahren noch die relativ enge Auslegung und Betonung der »Überzeugung« im Anerkennungsverfahren weckten Widerspruch. Im Gegenteil, auf der Tagung mussten die »Freiwilligen« des Experiments Rede und Antwort über ihre Erfahrungen geben, zum Beispiel in Bezug auf die psychische Belastung dort. Es wurde schnell unangenehm, als die Tagungsteilnehmer begannen, die Überzeugungen der Wehrpflichtigen zu hinterfragen. An dieser Stelle merkte man, welches enorme Maß an Arbeit noch geleistet werden muss, bis »Drückeberger« gesellschaftlich anerkannt werden. Die Gruppen suchen sich ihre »Freiwilligen«, die sie beraten, deswegen genau aus. Allerdings bleibt zu hoffen, dass sich einige mit ihren Qualifikationskriterien nicht durchsetzen werden, denn ansonsten bleibt genau der Teil wieder außen vor, der schon jetzt auch in Tschetschenien die Drecksarbeit an der Front machen muss.

Der Alternative Dienst wird in diesem Sinne keine wirkliche Alternative sein, sondern erst nach Bestehen einer »Überzeugungsprüfung« gewährt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die strittigen Fragen der Leitkompetenz (Militär oder unabhängige Behörde), der Dienstdauer (zwei,drei oder vier Jahre) und die Unterbringung der Dienstleistenden (Kaserne oder zu Hause) einvernehmlich gelöst werden können. Letzten Endes geht es für die sozialen Träger um Geld und für die Armee um die politische Glaubwürdigkeit. Jeder Kuhhandel ist denkbar.

Hauptmotivation wird dann nicht die Verbesserung der Situation des Wehrpflichtigen sein, sondern der Wunsch nach Billigarbeitern. Trotzdem wäre vor dem Hintergrund der militärischen Willkür und der aggressiven russischen Militärpolitik fast jede gesetzliche Regelung zu begrüßen. Im Sinne der Gerechtigkeit hätte dann jeder russische Wehrpflichtige wirklich eine reelle Chance, unbehelligt von der Armee und ohne Vorstrafe sein Leben zu führen.

Christopher Steinmetz

Berichte
- Äthiopien/Eritrea-

Krieg am Horn von Afrika
Der Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien

Mir gegenüber sitzt eine junge Frau von 20 Jahren. Ich weiß nicht genau, ob sie Äthiopierin oder Eritreerin ist. Sicherlich fällt es mir leichter zu erkennen, dass sie ebenfalls aus der gleichen Gegend Afrikas kommt wie ich selbst. Wir unterhalten uns auf Deutsch, denn Hiwet fällt es leichter, sich auf Deutsch zu unterhalten als auf irgendeiner der Sprachen unserer Herkunftsländer. Sie ist als kleines Mädchen mit ihren Eltern als politischer Flüchtling in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Sie hat nun ihr Abitur gemacht und hat angefangen zu studieren. Der Versuch der Exileritreerin/-äthiopierin, diesen Grenzkrieg zu verstehen, ist fast unmöglich. Auch im Exil jedoch, so weit weg von der Heimat, erschwert ihr der Krieg das Leben.

Hiwet stammt aus einer so genannten Mischehe. Ihr Vater ist Eritreer und ihre Mutter Tigrayerin. Noch nie hat diese Tatsache für sie eine große Rolle gespielt, zumal sie, wie sie sagt, eher damit beschäftigt war, sich als Afrikanerin in Deutschland zurechtzufinden.
»Aber plötzlich«, so erzählt mir Hiwet, »nach all den Jahren musste ich schmerzvoll feststellen, dass meine Mutter bei den EritreerInnen und mein Vater bei den ÄthiopierInnen unwillkommen sind und misstrausch, ja sogar mit Ablehnung behandelt werden«.
Der Grund dafür ist der augenblickliche Grenzkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien. »EritreerInnen, mit denen meine Mutter Kaffee getrunken und den Alltag im Exilleben geteilt hat, laufen an ihr vorbei, als würden sie sie nicht mehr kennen« erzählt sie mit Entsetzen. »Ich kann das ganze überhaupt nicht verstehen, du vielleicht?« fragt mich Hiwet. Ich wünschte, es wäre einfacher zu erklären. Dafür ist jedoch die Situation in Geschichte und Gegenwart verflochten und sehr komplex.

Vordergründig scheinen sich Eritrea und Äthiopien seit Mai 1998 um einen etwa 400qm kleinen Grenzort, genannt Badme, zu streiten. Eritrea ist nach einem 30jährigen Unabhängigkeitskrieg seit 1991 beziehungsweise seit 1993 durch ein Referendum unabhängig und international anerkannt. Wie ist es nun möglich, dass ein Grenzkonflikt erst 1998 in dieser Form eskaliert? Beide Regierungen haben die ungelöste Frage, den Grenzverlauf betreffend, bis zu diesem Zeitpunkt der Bevölkerung verschwiegen. Umso schockierender deshalb, wenn man sich plötzlich mit dem neuen Nachbarland im Krieg befindet.

Ein geschichtlicher Rückblick

Eritrea – und damit der Verlauf der Grenze, ob geklärt oder ungeklärt – ist durch die Kolonialmacht Italien zwischen 1869 und 1941 entstanden. Dem Ende der italienischen Herrschaft folgte nicht die Entlassung Eritreas in die Unabhängigkeit. Zehn Jahre lang wurde Eritrea der britischen Verwaltung unterstellt. Anschließend wurde Eritrea als autonomes Gebiet Äthiopien, das selbst nie Kolonie war, eingegliedert. Als Reaktion darauf formierten sich Widerstandsbewegungen. 1961 jedoch, als Eritrea endgültig als 14. Provinz Äthiopien zugeteilt wurde, entstand ein bewaffneter Kampf, der 30 Jahre dauern sollte und viele Menschen auf beiden Seiten das Leben kostete. Dieser Unabhängigkeitskampf legitimierte sich mit dem Anspruch auf das Recht auf Selbstverwaltung am Ende einer Besatzungszeit durch wechselnde Kolonialmächte.

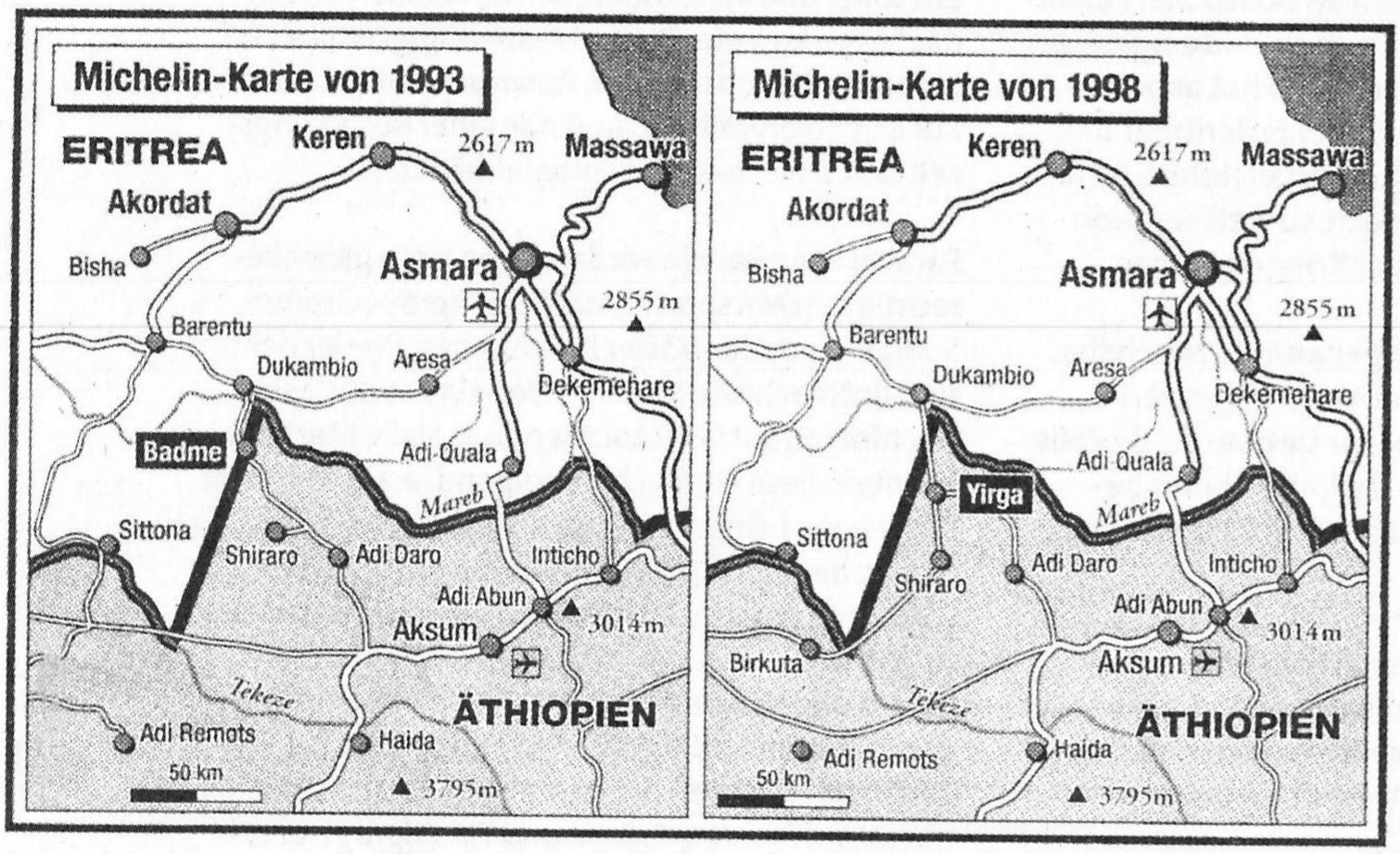
Parallel dazu kamen Forderungen nach gleichberechtigtem Mitspracherecht der Tigray-, Oromo-, Somali- und Afar-Völker in Äthiopien. Weder der 1975 entmachtete Kaiser Haile Selassie noch sein Nachfolger, der Diktator Mengistu Haile Mariam, konnten diese Fragen befriedigend lösen oder zum Schweigen bringen. Sie waren nicht gewillt, ihre Macht, die sich auf die amharischsprachige Bevölkerung stützte, mit anderen Völkern des Landes zu teilen.
Eine starke Kooperation zwischen den KämpferInnen in Eritrea und Tigray entstand sehr früh. Zunächst zwischen der damaligen ELF (Eritrean Liberation Front) in Eritrea und TLF (Tigray Liberation Front) in Tigray. Anfang der 70er Jahre spaltete sich die EPLF (Eritrean People's Liberation Front) von der ELF und die TPLF (Tigray People's Liberation Front) von der TLF.
Durch langjährige Zusammenarbeit konnten EPLF und TPLF die Diktatur in Äthiopien beziehungsweise die Besatzung in Eritrea beenden. 1991 folgte die Machtübernahme der EPLF in Eritrea und der TPLF in Äthiopien. Die intensive politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Machthaber wurde fortgesetzt. Man brauchte kein Visum für die Ein- und Ausreise, man verfolgte scheinbar gemeinsame Ziele am Horn von Afrika. In Eritrea verkehrte man weiterhin mit der äthiopischen Währung, Birr, und Äthiopien hatte nach wie vor zollfreien Zugang zum Meer. Eine enge Freundschaft zwischen Issayas Afewerki, dem eritreischen Präsidenten, und Meles Zenawi, dem äthiopischen Präsidenten, schien sich zu etablieren.

Woraus resultiert die plötzliche Feindschaft?

Natürlich gibt es mindestens zwei Darstellungsweisen der Sachlage: die der eritreischen und die der äthiopischen Seite. Aus eritreischer Sicht wird das umstrittene Gebiet mit Verweis auf das Kolonialerbe beansprucht. Man beruft sich also auf

Grenzlinien, die die Kolonialmacht Italien damals markiert hat. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, weshalb die eritreische Regierung diesen Anspruch bei der Unterzeichnung des eritreischen Unabhängigkeitsvertrages nicht geltend gemacht hat. Angeblich aus gut nachbarschaftlicher Beziehung zu Äthiopien sah sie sich nicht genötigt, diese Frage rechtzeitig zu klären. Sie überließ Äthiopien die Verwaltung der umstrittenen Gebiete, ohne auf ihren Anspruch zu verzichten.

Issayas Afewerki und Meles Zenawi verfolgten politische und wirtschaftliche Interessen, wobei sie hofften, die jeweils andere Seite übervorteilen zu können. Sie täuschten ihren Völkern eine tiefe Freundschaft vor. Die ist aber nicht einmal in der Lage, den Konflikt um einen nur um wenige Meter variierenden Grenzverlauf durch Einbeziehung von Experten friedlich zu lösen.



Hätte die eritreische Regierung die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit all ihren Konsequenzen vom Tag der Unabhängigkeit an zu tragen gewusst, dann hätte sie dem Volk die Tragik, die dieser Krieg mit sich bringt, erspart. Damit ist gemeint, klare Grenzen, ein langfristiges und glaubwürdiges Abkommen betreffend die äthiopische Nutzung des Meereszugangs beziehungsweise des eritreischen Hafens Assab, und die sofortige Einführung einer eritreischen Währung. Stattdessen wurde ein zollfreier Handel und ein zoll- und steuerfreier Zugang zum eritreischen Hafen Assab am Roten Meer und die Nutzung der Ölraffinerie eben dort vereinbart. Sehr bald zeichneten sich jedoch wirtschaftliche Interessenkonflikte ab.
Umgekehrt glaubte Meles Zenawi, die Äthiopier darüber täuschen zu können, dass die formale Unabhängigkeit Eritreas wirtschaftliche Konsequenzen für Äthiopien haben würde. Eritreas wirtschaftliche Anbindung an, um nicht zu sagen Abhängigkeit von Äthiopien sollte kritische Stimmen der Oppositionskräfte besänftigen.
Bezeichnend ist deshalb, dass der so genannte Grenzkrieg gerade in dem Moment ausgelöst wurde, als Eritrea Ende 1997 eine eigene Währung einführte, was nach der politischen nun auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit besiegeln sollte. Die Bennenung der neuen Währung nach einem Ort in Eritrea, Nakfa, an dem die damaligen Freiheitskämpfer der EPLF die Soldaten des Diktators Mengistu Haile Mariam blutig geschlagen haben, bleibt fragwürdig. Nichtsdestotrotz, Äthiopien wollte das Recht eines unabhängigen Staates auf eine eigene Währung nicht akzeptieren und forderte einen Handel nur mit »harter« Währung.
Danach spielten beide Seiten die Karten, die sie in der Hand hielten, aus und ließen so die Situation eskalieren: Äthiopien schloss den Grenzübergang nach Eritrea, Ethiopian Airlines stellte die Flüge nach Eritrea ein, Eritrea schloss den Hafen für äthiopische Importe, der Handel zwischen den beiden Staaten wurde eingestellt. Unter dem Vorwurf der Spionage wurden nach Schätzungen von amnesty international bis Ende März 1999 mehr als 56 000 Eritreer aus Äthiopien deportiert. Sie waren nachts verhaftet worden und durften nur das, was sie am Leibe trugen, mitnehmen.
Währenddessen wurde von beiden Seiten Anfang Mai 1998 die Präsenz des Militärs in den umstrittenen Gebieten verstärkt. Neu rekrutierte Soldaten und vorher unter großen Anstrengungen und hohen Kosten demobilisierte Soldaten wurden bewaffnet. Es ist zu fragen, woher die beiden Länder die Gelder zur Finanzierung ihrer modernen Waffensysteme nehmen. Allein Äthiopien verpulvert täglich ungefähr eine Million US$. Wer von den beiden in dieser angespannten Situation den Krieg tatsächlich angefangen hat, bleibt zu klären.
Obwohl einige zuverlässige Quellen zur Wahrheitsfindung beitragen könnten, wird die Beantwortung dieser Frage der Geschichtsschreibung überlassen. Beide Seiten beschuldigen sich des Eroberungsversuches und der Provokation. Es ist jedoch entscheidend, dass die Grenzfrage Anlass und nicht Ursache dieses sinnlosen Krieges ist.
Wirtschaftliche und innenpolitische Probleme spielen als Ursache eine große Rolle. Nicht zuletzt ist es die in den Unabhängigkeitskriegen geprägte Mentalität der beiden Präsidenten, Afewerki und Zenawi, die eine friedliche Lösung des Konfliktes schwierig macht.

Das Verhalten der Bevölkerung im In- und Ausland

Zumindest aus der Ferne ist man geneigt, die Leidtragenden beider Staaten zu bemitleiden und sich um die Angehörigen Sorgen zu machen. Wenn man jedoch beobachtet, mit welcher Selbstverständlichkeit und welchem fanatischen Nationalismus die Menschen in Eritrea, wie auch in Äthiopien, blind dem hasserfüllten Propagandaruf ihrer Regierungen Folge leisten, verfliegt das Gefühl des Mitleids sehr schnell und wird durch Wut ersetzt. Es ist unverständlich, wie diese Menschen, von denen man erwarten würde, sie seien kriegsmüde, bereitwillig in den Krieg ziehen und sich für das »Vaterland« zu opfern bereit sind.
Man hört kaum von Protesten, weder im Inland noch im Ausland. Zumindest keine, die die Verantwortlichen zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zwingen könnten, oder gar kritisch den eigenen

Regierungen gegenüber wären. Stattdessen wird von EritreerInnen wie auch von ÄthiopierInnen erwartet, dass sie den Krieg mittragen und finanzieren helfen. Und es scheint, dass die meisten dies bereitwillig tun, einschließlich der Exiläthiopier und -eritreer.
Eben diese ExiläthiopierInnen und -eritreerInnen, von denen man erwarten würde, dass sie die Möglichkeiten der internationalen Medien nutzen würden, um die Sinnlosigkeit dieses Krieges zu erkennen, stellen die grösste Enttäuschung dar. Denn wie die am Anfang beschriebene Situation der jungen Hiwet zeigt, haben der gegenseitige Hass und das Misstrauen ein hohes, Besorgnis erregendes Stadium erreicht.
Plötzlich beschäftigen sich EritreerInnen und ÄthiopierInnen damit, die Herkunft eines/r Bekannten zu erforschen, um sie anschließend aus Festivitäten und politischen Treffen auszuschließen und zu diskriminieren. Der soziale Druck auf den jeweils anderen, sei es durch seine/ihre Herkunft oder seine/ihre kritischen politischen Haltung ist sehr hoch.
Auch wenn dieser Konflikt in der Politik und in den Medien als ein Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien dargestellt wird, spricht vieles dafür, dass es eher ein Konflikt zwischen Tigrayern und Eritreern ist. Viele andere Bevölkerungsgruppen in Äthiopien halten sich bewusst aus dem Konflikt heraus.

Internationale Friedensbemühungen und langfristige Kriegsfolgen

Nach langem Hin und Her liegt nun ein Friedensplan der OAU und der UN, unter Einbeziehung von Experten, die den Grenzverlauf klären sollen, vor. Dieser wurde zwar von Eritrea akzeptiert, nicht jedoch von Äthiopien. Bis beide Länder diesem oder einem anderen Friedensplan zustimmen, bleibt die Lage gespannt und beängstigend.
Das Ausmaß der langfristigen Kriegsfolgen kann man nur erahnen. Die Zahl der auf beiden Seiten gefallenen Soldaten wird auf 30.000 bis 50.000 geschätzt. Der Tag, an dem beide Verantwortlichen die Familien der Gefallenen benachrichtigen müssen, wird kommen. Aus propogandistischen Zahlen des geschlagenen Gegners werden Angehörige werden, um die man trauern wird.
Es wäre wünschenswert gewesen durch offene Dialoge die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen des 1991 zu Ende gegangenen Krieges aufzuarbeiten. Statt dessen ist man den Launen der Regierungsmitglieder ausgesetzt, wie man denn nun mit den Völkern des Nachbarlandes, umzugehen hat. Die Regierungen scheinen Konflikte nur durch Kriege lösen zu wollen. Bevor man den einen Krieg aufgearbeitet hat, wird man gezwungen, sich mit einem neuen auseinander zu setzen, der weiteren noch unschätzbaren Schaden angerichtet hat.

Freweyni Habtemariam

Einladung

zur Ordentlichen Mitgliederversammlung 2000
des Vereins
»Mit uns gegen die Wehrpflicht« e. V.
am Dienstag, dem 18. 4. 2000, ab 19.00 Uhr
in der Oranienstr. 25, 10999 Berlin-Kreuzberg,
Hinterhof, 2. Stock

Vorschlag für eine Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht des Kassenwartes
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Beschlußfassung über Entlastung von Vorstand und Kassenwart
5. Wahl des Vorstandes (1. Vorsitzende/r, 2. Vorsitzende/r)
6. Wahl des Kassenwartes
7. Wahl von KassenprüferInnen
8. Beschlußfassung über einen Mindest-Mitgliedsbeitrag in Euro
9. Beschlußfassung über die Verlegung des Vereinssitzes in die Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin
10. Beschlußfassung über den Ausschluß säumiger Vereinsmitglieder
11. Verschiedenes
    - Perspektiven der politischen Arbeit
    - Internationale Luftfahrtausstellung (ILA 2000) in Berlin-Schönefeld
    - Archivaufbau in der Kopenhagener Str. 71

Wer Änderungswünsche oder Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung hat, teile diese bitte dem Vereinsvorstand mit. Tel.: (030) 615 11 23, FAX: (030) 615 005 29, E-Mail: mit_uns@Kampagne.de, Oranienstr. 25, 10999 Berlin

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und Auflösung der Armeen ein. Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal*

Als Mitglied erhältst Du
- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift illoyal frei Haus*

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein
☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name _____

Adresse _____

_____

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Oranienstr. 25 · 10999 Berlin

TKDV
- Diskussion-

Die Aschenputtel des Antimilitarismus - Eine Replik auf Marko Langert und Thorsten Froese

Im Gegensatz zu manch einem Aktivisten freut sich die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung über den »radical flank effect« (1). Aufgrund seines Drohpotenzials kann die Wirkung eines radikalen Flügels einer sozialen Bewegung darin bestehen, dass die Verhandlungsposition des reformerischen Flügels gestärkt und so wenigstens das Mögliche erreicht wird – vorausgesetzt, die Spaltungsversuche von oben sind gescheitert und von unten gibt es eine grundsätzliche Solidarität zwischen Radikalen und ReformerInnen. Leider halten Marko Langert und Thorsten Froese solches Um-die-Ecke-Denken für unnötig strategisch.

Wieso sonst hätten die beiden mit ihrem Artikel »Dienen oder Verweigern? Zur Motivation und Vernetzung Totaler Kriegsdienstverweigerer« (2) im letzten illoyal-Heft einmal mehr den Keil zwischen die guten und die bösen Kriegsdienstverweigerer getrieben? Die Heldenrolle spielen diesmal die Totalen Kriegsdienstverweigerer (TKDVer), während den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen nach Artikel 4 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes (»4/3er«) schlimmstenfalls die Rolle der Bösewichte, bestenfalls die einer passiven Verschiebemasse von »4/3«-Beratungsstellen angedichtet wird. Die Organisationen, die »4/3«-Beratung anbieten, gelten Langert und Froese als das Böse schlechthin, daher steht auf dem Gipfel ihrer Vorwürfe zu lesen: »Wer zu 4/3 arbeitet, arbeitet der TKDV auch systematisch entgegen« (3). Die Sortieranlage funktioniert wie bei Aschenputtel: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.

Selbstmarginalisierung als Strategie

Da wollen es die selbst stilisierten Davids offenbar mit ihren auserkorenen Goliaths aufnehmen. Die Größenunterschiede können kaum gewaltiger sein. Die »Bewegung« der TKDVer speist sich nach Angaben von Langert und Froese aus 150 bis 200 politisch organisierten und aktiven Totalverweigerern pro Jahr. Gesichert, weil dokumentiert, sind allerdings nur etwa 50 Urteile pro Jahr. Vor dem Hintergrund der massiven Repression gegen TKDVer in Form von drakonischen Geldbußen und Haftstrafen mit und ohne Bewährung ist zweifellos auch diese Zahl beachtlich. Eine »Bewegung« ist derweil aber nicht in Sicht, und die Hoffnung auf massenhafte Totalverweigerung bleibt illusorisch. Demgegenüber steht eine tausendfach größere Anzahl von »4/3ern«. Im Jahr 1999 wurden 174.348 Wehrpflichtige als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt. Seit Einführung der Wehrpflicht haben 1,4 Millionen junge Männer Zivildienst geleistet. Goliath wächst seit Jahrzehnten, während David mit seiner Exklusivität kokettiert – nach dem Motto: Wir sind nicht viele und wir werden auch nicht mehr.

Langert und Froese erklären die Selbstmarginalisierung zur Strategie und beanspruchen moralische Reinheit und politische Korrektheit für sich: Totalverweigerer »geben in ihrer politischen Arbeit auch ständig zu verstehen, dass sie sich vom nicht totalverweigernden Teil der für den Krieg verplanten Männer und Frauen nur darin unterscheiden, dass sie eine Entscheidung schon getroffen haben« (4). Abgesehen davon, dass Frauen und ausgemusterten Männern zu keinem Zeitpunkt die Gelegenheit gegeben wurde oder wird, sich für oder gegen das Militär zu entscheiden, können es die beiden Autoren offenbar nicht fassen, dass auch »4/3er« eine Entscheidung gefällt haben – wenn auch eine andere als sie selbst. Sie haben sich für einen mit weniger Repression verbundenen Weg entschieden, der zumindest in der Gegenwart ebenso wie die TKDV nicht unmittelbar an das Militär angekoppelt ist. Wer nun versucht, die echten und die unechten Verweigerer in jeweils fein säuberlich getrennte Schubladen einzusortieren, und dabei die eigene Irrelevanz nur notdürftig kaschiert, verbaut sich die Chance, Kräfte zu bündeln, und diskreditiert sich als Koalitionspartner. Den Luxus des Sektierertums, dem Langert und Froese offenbar frönen, können wir uns angesichts einer interventionslüsternen Bundeswehr und der sich abzeichnenden neuen Rüstungsspirale nicht leisten.

Die Welt anders interpretieren und trotzdem verändern

Zahlen und Statistiken sind selbst nie neutral, dennoch können sie auf unterschiedliche Art und Weise interpretiert werden. Deshalb gebietet die politische Klugheit, die Verweigererstatistiken als Ausdruck einer Gesellschaft zu interpretieren, in der ein großer Teil der jungen Männer Besseres vorhat, als sich der Militärmaschine einverleiben zu lassen, statt die »4/3«-Verweigerer pauschal dem militärischen Komplex zuzurechnen. Sicherlich sind Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen oft keine prinzipiellen Militärgegner, sondern haben lediglich keine Lust auf militärischen Drill, kameradschaftliches Mobbing, willkürlich agierende, neurotische Vorgesetzte und Primärerfahrungen mit alkoholisierten Rechtsextremisten. So sexy ist die Bundeswehr – trotz aller Bemühungen um eine Attraktivitätssteigerung – ja nun wirklich nicht.

Die Motive eines durchschnittlichen »4/3ers« würden nicht dazu taugen, die persönlichen Konsequenzen einer Totalverweigerung zu tragen. Dazu ist die »Generation Golf« viel zu pragmatisch und karriereorientiert. Politisches Engagement ohne unmittelbare Rendite ist mega-out und die Abweichung von einer glatten Berufsbiografie viel zu gefährlich. Eine andere Beratungspraxis würde, anders als Langert und Froese zu implizieren scheinen, kaum zu einer höheren Quote von Totalverwei-

(1) Doug McAdam, John D. McCarthy und Mayer N. Zald 1996: »Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes – Toward a Symbolic, Comparative Perspective on Social Movements. In: Dies. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge, S. 14
(2) Marko Langert und Thorsten Froese 1999: »Dienen oder Verweigern? Zur Motivation und Vernetzung Totaler Kriegsdienstverweigerer«. In: illoyal – Journal für Antimilitarismus. 3:10, S. 13 – S. 14
(3) Ebd., S. 14
(4) Ebd.
(5) Ebd., S. 13
(6) Ebd., S. 14
(7) Ebd.

gerern beitragen. Wenn Beratung eher zur Totalverweigerung überredet, als diese unterstützt, wären verheerende Gerichtsurteile und die Erhöhung des Repressionsniveaus gegen TKDVer das Resultat.
Das wäre fahrlässig sowohl gegenüber den Betroffenen als auch gegenüber der Bewegung. Daher gehört es zu den Beratungsprinzipien der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, niemanden zur Totalverweigerung zu drängen.
Alternativ zur Totalverweigerung zeigt die Kampagne statt dessen Wege auf, nicht nur den Wehrdienst, sondern auch den Zivildienst zu umgehen. Dazu kann es sinnvoll sein, zunächst einen KDV-Antrag zu stellen. Wer nun partout den Zivildienst auch leisten will (oder dies wegen einer doppelten Staatsbürgerschaft muss) und daher lediglich das »4/3«-Verfahren erklärt bekommen möchte, wird ebenfalls nicht abgewiesen. Dass die Kampagne allerdings Zivildienststellen vermitteln würde, entspringt der ansonsten wenig lebhaften Phantasie der Autoren.

Masochismus und Märtyrertum oder multiple Motive?

Angesichts der Drohungen totaler Kriegsdienstverweigerer, dem Staat ihre Arbeitskraft zu entziehen, hält sich der Gesetzgeber den Bauch vor Lachen. Es geht – darin würden Langert und Froese vermutlich zustimmen – aber nicht ausschließlich um die Lösung individueller Wehrpflichtprobleme, sondern um gesellschaftliche Alternativen zur Wehrpflicht. Deshalb sind TKDVer auf Öffentlichkeit angewiesen und müssen den symbolischen Effekt ihres Handelns an der anspruchsvollen Messlatte medialer Aufmerksamkeit messen lassen. Eine Totalverweigerung, die nicht in der Zeitung steht, hat nicht stattgefunden. Der Artikel von Langert und Froese zielt ebenfalls darauf ab, die bitter nötige Öffentlichkeit für TKDVer herzustellen. Es hätte allerdings darum gehen sollen, dem Leser die Motive von Totalverweigerern zu vermitteln. Dies wird nicht besonders überzeugend geleistet.
»Wer [...] seine persönliche Freiheit als hohes Gut bewertet, der wird sich schwerlich der Wehrpflicht beugen wollen und sich auch nicht von einer möglichen Bestrafung abschrecken lassen« (5), schreiben Langert und Froese. Ihre Option heißt also: Lieber bis zu 12 Monate Haft oder, um es noch deutlicher zu sagen, persönliche Unfreiheit in Kauf nehmen als 10 oder 13 Monate Wehrpflicht, die sicherlich auch keine Ausgeburt der Freiheit darstellen, aber auf der Hitliste der Wehrpflichtigen dem Knast den Rang ablaufen. Interessant wäre natürlich, warum die Knastoption mehr mit Freiheit zu tun haben soll als die Erfüllung der Wehrpflicht. Aber darüber schweigen Langert und Froese.
Weiterhin behaupten die Autoren: »Entgegen einem weit verbreiteten Mythos verstehen sich Totalverweigerer eben nicht als Märtyrer«, aber im gleichen Atemzug basteln sie weiter an eben diesem Mythos, indem sie sich wie Märtyrer auf ihr Pflichtbewusstsein berufen. »Viele Totale Kriegsdienstverweigerer [...] sehen es als ihre Pflicht an, jede Art von Kriegsdienst bereits im Frieden und nicht erst im Kriegsfalle zu verweigern« (6). Das Schöne an Pflichten scheint zu sein, dass man sie hat, ohne dass man genauer begründen müsste, woher sie kommen. Mit Hilfe des Stichwortes »Pflicht« sparen sich Langert und Froese die umständliche Erklärung von Motiven. Schließlich weiß sogar Gerhard Schröder, dass wir nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben – vor allem die Helden.
Abgesehen von einem einzigen Satz – der allerdings an prominenter Stelle steht – taucht das Militär als Motivation zur Totalverweigerung nicht auf. Skandalisiert wird vor allem die Form der Wehrpflicht, also ihr Zwangscharakter. Ihr Inhalt, das Militärische, bleibt unterbelichtet. Das gilt auch für die Frage, inwiefern der Zivildienst auch schon zu Friedenszeiten bzw. zu Zeiten flexibler Krisenreaktion substanziell in die Gesamtverteidigung eingebunden ist. Zweifellos ist der mit der Wehrpflicht verbundene Zwang ein Skandal. Ebenso skandalös ist es aber, trotz aller historischen Erfahrung nach wie vor auf die gewaltsame Ruhigstellung von Konflikten durch das Militär zu setzen. Weil die beiden Autoren hiervon schweigen, muss die Nachfrage gestattet sein, wie ernst sie es mit ihrer Militärgegnerschaft wirklich meinen. In einer Zeit, wo es absehbar ist, dass die Wehrpflicht fällt und der staatliche Zwang zum Dienst ersetzt wird durch den stillen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der sich gegen den selbstständigen Willen der Rekruten durchsetzen wird, muss die antimilitaristische Bewegung lernen, das Militär nicht einfach als Zwangsanstalt, sondern auch in Gestalt eines Arbeitgebers von Mördern anzugreifen.

Der militärischen Sozialisationsinstanz entronnen

Okay, die »4/3er« sind Luschen. Teilweise. Andere »4/3er« sind aufrichtige Antimilitaristen, denen die Option Totalverweigerung vielleicht aus persönlich-familiären, vielleicht aber auch aus politisch-strategischen Gründen nicht sinnvoll erscheint. Sie haben das Für und Wider ihres Umgangs mit der Wehrpflicht abgewogen und eine Entscheidung gefällt. Die Vielzahl dieser Entscheidungen summiert sich zu einem politischen Faktor, zum Signal gegen die Durchmilitarisierung der Gesellschaft. Im Jahr 1999 haben circa 43 Prozent aller Wehrpflichtigen den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert. Sie sind damit den Zumutungen des Militärs entgangen, was ich anders als Langert und Froese in der Tat als »Fortschritt« (7), gar als zivilisatorische Errungenschaft begreifen würde.
- 43 Prozent weigern sich, sich den Zurichtungen durch militärische Disziplin und Ordnung auszusetzen, und meiden die Schule der »Tugendhaftigkeit«.
- 43 Prozent bewahren sich ihre Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen, lassen sich durch den Gewaltapparat Militär nicht desensibilisieren und wollen das Morden nicht lernen.
- 43 Prozent der wehrpflichtigen jungen Männer entziehen sich der Männermaschine Militär, wo körperliche oder emotionale Schwäche, das Bedürfnis nach Kommunikation und Verständnis, körperliche Nähe und Homosexualität nur verhöhnt werden.
- 43 Prozent umgehen die Faschoschmiede Armee und lernen deshalb nicht, wie man völkisch redet, ethnisch säubert, präventiv foltert und prophylaktisch vergewaltigt.

Jeder weniger ist ein Erfolg.

Erwin Riedmann

Anzeige:

Andreas Ciesielski
... und er sagte NEIN!
TKDV in Mecklenburg-Vorpommern
mit einem Vorwort von Günter Wallraff
Taschenbuch, 96 Seiten, 9,80 DM
ISBN 3-929370-13-1
Scheunen-Verlag
Tel. (03 82 23) 5 93 08

Innenansichten
- BamM -

Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BamM!)
Null Toleranz für Militaristen

Wir gehen auf Sie zu. Einsatz beim Gelöbnis 99.

Im Verlauf des Kosovo-Krieges, als die Friedensbewegung gerade zusammenkrachte und KriegsgegnerInnen landauf, landab den »Verrat« der Grünen bejammerten, haben wir das Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BamM!) gegründet. Anlass dafür war hauptsächlich unsere Unzufriedenheit mit der im Berliner Antimilitarismus-Spektrum tonangebenden Organisation, die uns allzu sehr mit der grünen Regierungspartei verquickt war. Für uns kommt diese Partei als Partnerin nicht in Frage. Es ist ihre (und fast aller anderen Parteien) Aufgabe, staatliche Gewaltinteressen zu wahren, und nicht, militärische Gewalt zu bekämpfen. Wir wollen dabei mithelfen, den Bundeswehrsoldaten auf ihrem Marsch zu den Kriegsschauplätzen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Mangels Einflusses innerhalb der Armee verlegen wir uns dabei auf die Schwächung der Heimatfront.

Als erste Maßnahme luden wir zu einem Bündnistreffen gegen das Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli vorigen Jahres ein. Neben der üblichen Arbeit – Recherche, Artikel schreiben, Org-Kram, Plakatieren – beteiligten wir uns am antimilitaristischen Sturm auf das Gelöbnis-Areal. Bereits im Vorfeld hatten wir gemeinsam mit anderen Gruppen das Berliner Kreiswehrersatzamt besetzt. Für den September hatten wir unsere Beteiligung an der geplanten Demonstration des Bundeswehrverbandes in Berlin angekündigt. Der Verband, der gegen Sparpläne der Regierung protestierte, trat leider den Rückzug in geschlossene Messehallen an. Vor Ort richteten wir und die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zusammen mit dem Kabarettisten Dr. Seltsam einen Appell an die Soldaten und warfen ihnen zur moralischen Erbauung Goldtaler aus Schokolade über die Absperrung. Anerkennung für unsere Arbeit haben wir unter anderem auch von der Polizei erhalten: Einen Tag vor dieser Soldatenversammlung stürmten zwei sixpacks in unser Büro und nahmen einige Akten mit, angeblich um die Soldaten vor uns zu schützen.

Derzeit sind der Besuch einer jugoslawischen Studierendendelegation und, in Kooperation mit der Kampagne gegen Wehrpflicht, eine Veranstaltung mit einem russischen Antimilitaristen in Vorbereitung. Neben alledem haben wir vor kurzem die Arbeit an einer Broschüre zur Wehrpflichtvermeidung abgeschlossen, die wir gemeinsam mit der DFG-VK verbreiten werden. Im Februar konnten wir dem ersten jungen Mann gratulieren, der als 27jähriger, akut von Einberufung bedroht, in unser Büro kam und nun mit unserer Hilfe ohne Wehr- oder Zivildienst 28 geworden ist. Befreundeten Gruppen, die selbst mittellos sind, bieten wir unsere Infrastruktur an, um Veranstaltungen vorzubereiten; dazu gehören auch Treffen von Gelöbnix-Angeklagten und die Vorbereitung von Soliparties.

Zu unserem Selbstverständnis: Wir haben nichts mit Leuten am Hut, die auf die Straße gehen, weil sie sich Sorgen um den guten deutschen Ruf machen, oder weil sie finden, dass die Bundesregierung deutsche Interessen verriete. Wir wollen nicht die besseren Deutschen sein, sondern das Ansehen der BRD und ihrer Armee herabsetzen. Dazu gehört, die keineswegs humanitären Ziele der deutschen Armee zu benennen. Wir machen uns keine Illusionen über die vielbeschworene »Zivilgesellschaft«, die es dem Militärischen entgegenzustellen gelte. Dieses Land und dieses System brauchen die Armee; ohne Kritik am Prinzip von Herrschaft bleibt Antimilitarismus ein Witz. Wir verstehen uns als Ergänzung, nicht als Avantgarde von Bestrebungen gegen Gewaltapparate und wollen dies auch mit unserer Bündnispolitik ausdrücken. Unsere Ansprüche liegen im Vaterlandsverrat und in der Wehrkraftzersetzung. Das wollen wir durch Aktivitäten auf der Straße, inhaltliche Veranstaltungen und Pressearbeit umsetzen. Dabei sind uns hilfreiche Hände und Köpfe selbstverständlich höchst willkommen.

BamM!
Büro für antimilitaristische Maßnahmen
fon 030/61 07 44 01,
fax 030/61 07 44 10,
bamm@dfg-vk.in-berlin.de
(Bei Erscheinen dieser Ausgabe werden wir voraussichtlich bereits umgezogen sein, die Anschrift folgt daher im nächsten Heft)

Innenansichten
- Kampagne Potsdam -

»Ich verspreche nichts. Ich befehle!«

Der »Fall Sebastian« kam schon sehr überraschend für uns. Er tauchte einfach auf, erzählte uns seine Geschichte und fragte, ob wir ihn nicht zum Auskleiden begleiten wollen. Da wir nun die Potsdamer Kasernen längere Zeit in Ruhe gelassen hatten, erschien uns ein Besuch angemessen. Aber es war nicht mehr wie früher. Mussten wir in den letzten Jahren die Fahrradschlösser selbst mitbringen, um das Tor zu schließen, so übernahm das die Bundeswehr zu unserer Überraschung diesmal selbst. Wir waren noch gar nicht richtig angekommen, da kam auch schon ein schreiender Feldwebel angelaufen, der Tor Geltow zur einzig gültigen Ausfahrt der Kaserne erklärte. Das Tor, an dem wir uns befanden, wurde mit einem Schloss gesichert.

Sebastian war in der Zwischenzeit fertig mit seinem Auskleiden und kam von innen die Straße entlang. Er trug ein Transparent, auf dem er zur Kriegsdienstverweigerung aufrief. Die am Tor wachenden Feldjäger griffen sofort, in der ihnen eigenen brutalen Weise, zu und verschleppten Sebastian in die Arrestzelle. Die ersten eintreffenden Ordnungshüter, die von uns aufgefordert wurden, das rechtswidrige Festhalten des Nicht-(mehr)bundeswehrmitgliedes Sebastian sofort zu beenden, taten erst einmal gar nichts. Weder kümmerten sie sich um Sebastian noch um uns. Erst nachdem die Polizeistreitmacht die zahlenmäßige Überlegenheit erreicht hatte – es waren letztlich mehr Autos am Ort als Demonstranten – griff die Staatsmacht ein. Sie befreite das als Geisel für unser gestohlenes Transparent genommene Kasernenschild. Nach einer weiteren halben Stunde Diskussion holten sie Sebastian aus dem Arrest, und wir konnten endlich fahren.

Jan Wendt

Sag Nein, und Du bist frei!

Kontakt:

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Lindenstraße 53
14467 Potsdam

Tel.: 0331/280 50 83
Fax.: 0331/270 87 28

Am 3. Januar dieses Jahres wurde ich auf Befehl zum Soldaten, und ich leistete der Einberufung Folge, um den vom Staat für einen jungen Bundesbürger vorgesehenen »Dienst am Vaterland« kennen zu lernen. Ich habe versucht, zu verstehen, warum man mich in einem demokratischen Gemeinwesen zehn Monate lang in einer Kaserne einsperren will, um mich der militärischen Maschinerie einzuverleiben und meine Persönlichkeit zu brechen. Nach vier Tagen gab ich den Versuch auf, ich konnte es weder verstehen noch länger ertragen.

Wir, die rund 300 neuen Soldaten in unseren schnieken Uniformen, die mich schon in der über Jahre hinweg bei mir eintrudelnden Werbung der Bundeswehr begeistert hatten, wurden an diesem vierten Tag in der Festhalle der Kaserne vom Kompaniechef begrüßt und in unseren »neuen Lebensabschnitt« eingewiesen. Diese Einweisung kam mir nach den Erlebnissen der vorangegangenen Diensttage wie die in eine Irrenanstalt vor. Der Hauptmann erklärte uns, dass wir Staatsbürger in Uniform wären, die ihrer Verantwortung am Staat nachkämen. Welch ein Hohn! So hob ich meinen Arm und bat um das Wort, es wurde mir erteilt, und ich stand auf und rief meinen Mitrekruten zu: »Soldaten sind Mörder...«, denn das Töten anderer ist letzten Endes Ziel der Ausbildung. »Setzen Sie sich sofort hin!« schrie der Kompaniechef. «...und ich werde hier nicht mehr mitmachen!« beendete ich mein Statement und setzte mich in Friedensstellung (Schneidersitz) auf die Bühne hinter den Hauptmann, Blickrichtung Publikum.

Seine Ausführungen, die für mich am tatsächlichen Weltgeschehen total vorbeigegangen waren, setzte der Vorgesetzte nun fort, als sei nichts geschehen. Aber die neuen Soldaten konnten ihm wahrscheinlich nicht – nicht ganz unbeeindruckt von meinem Aufschrei des Gewissens – folgen. Nach ungefähr zehn Minuten hatte sich der Hauptmann auf seine Berufung besonnen und fragte seine Kompanie: »Sie werden doch jetzt sicher wissen wollen, was mit dem Kameraden hier geschieht...«, und er drehte sich zu mir um und sagte: »Entweder kommen Sie jetzt mit zum Verhör, oder Sie werden sofort verhaftet!«

Ich folgte ihm. In Anwesenheit eines Hauptfeldwebels wurde ich anschließend einige Stunden verhört, mir wurde ein Gespräch mit dem Kasernenkommandanten für den folgenden Tag zugesagt. Ich musste aber bis dahin wieder auf die Stube. Am nächsten Morgen wurde ich wieder zum Hauptmann gebracht und mit der Erklärung »Ich verspreche nichts. Ich befehle!« verwarf er das Versprechen vom Vorabend, bis zur Entscheidung über meine Verweigerung nicht am Dienst teilnehmen zu müssen. So musste ich den Befehl erneut verweigern, und ich wurde verhaftet. Ich wurde dann haftunfähig geschrieben, und bis zur Entscheidung des KDV-Ausschusses über meine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer am 1. Februar war ich vom Dienst beurlaubt und lebte auch ohne Waffendienst vom Wehrsold. Mich erwartet wegen der Befehlsverweigerung wahrscheinlich noch ein Strafverfahren.

Sebastian Wallenstein

Die Kriegsdienstverweigerung

In den letzten Ausgaben von *illoyal* haben wir uns mit der Erfassung, der Musterung und der Eignungsuntersuchung und -feststellung (EUF) beschäftigt. Wer nach der rechtskräftigen Musterung keine Zurückstellungsgründe geltend machen kann, sollte sich überlegen, ob er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) stellt. Ein KDV-Antrag schützt vor einer Einberufung zur Bundeswehr.

»Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.«
(Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz)

Der Gesetzgeber räumt dem Wehrpflichtigen die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung ein, daraus ist jedoch nicht zu folgern, dass es eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Wehrdienst und dem Zivildienst gibt. Nur der ist berechtigt, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, dessen Antrag anerkannt wird. Er ist dann in der Regel verpflichtet, einen Ersatzdienst in Form des Zivildienstes zu leisten.

Die Antragstellung

Den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellt man schriftlich oder zur Niederschrift bei dem zuständigen Kreiswehrersatzamt. Dem Antrag sind ein ausführlicher Lebenslauf, eine persönliche und ausführliche Darlegung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung sowie das polizeiliche Führungszeugnis beizufügen. Lebenslauf, Begründung und Führungszeugnis können jedoch gegebenenfalls nachgereicht werden. Der Antrag wird erst bearbeitet, wenn er dem Bundesamt für den Zivildienst vollständig vorliegt.

Einen KDV-Antrag kann man jederzeit, frühestens jedoch mit 17 1/2 Jahren stellen. Stellt man einen KDV-Antrag zu spät, also erst nach einer »Vorbenachrichtigung für eine kurzfristige Einberufung«, einer »Einberufung« oder erst bei der Bundeswehr oder als Reservist, wird der Verfahrensweg komplizierter. Man muss seinen Antrag dann mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer mündlichen Anhörung verteidigen.

Der Antrag muss Folgendes enthalten:
Name, Anschrift, Personenkennziffer,
des Weiteren den Satz
»Hiermit beantrage ich meine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gemäß Artikel 4 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz.«
sowie Datum und Unterschrift

Wichtiger Hinweis: Von allen Schriftstücken sollten Kopien oder Durchschriften angefertigt werden. Schriftstücke sollten außerdem immer per Einschreiben mit Rückschein bzw. persönlich gegen Eingangsbestätigung abgegeben werden, damit nachvollziehbar bleibt, dass und wann welches Schreiben beim Kreiswehrersatzamt oder beim Bundesamt für den Zivildienst eingetroffen ist.

Bei den Anlagen zum Antrag ist Folgendes zu beachten:
Das Führungszeugnis, das zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als drei Monate sein darf, beantragt man unter Vorlage des Personalausweises beim örtlichen Einwohnermeldeamt, es kostet zur Zeit 20,-DM.

Der Stil des Lebenslaufes sollte sachlich gehalten sein. Als Minimum müssen die persönlichen Daten wie Name, Geburtsort und -jahr angegeben sein, weiterhin die Namen und Berufe der Eltern und Geschwister, gegebenenfalls das Alter, wenn die Geschwister noch nicht arbeiten. Darauf folgt die (lückenlose!) Nennung aller Schul- und Ausbildungsstationen, eventuell Kindergartenbesuch eingeschlossen. Zusätzlich zu dieser rein sachlichen und zeitlichen Abfolge kommen dann knappe Angaben über Ereignisse und Personen, die die Gewissensbildung beeinflusst haben. In der Begründung wird auf diese dann näher eingegangen.

Der zentrale Punkt der Begründung muss die Beantwortung der Frage sein, weshalb einem das Gewissen das Töten von Menschen und auch schon die Ausbildung dazu verbietet. Man muss in der Begründung also die Gewissensentscheidung selbst erläutern und darlegen, wie sie entstanden ist und welche Bedeutung sie im eigenen Leben hat.

AbGründe des Gewissens

Wie verlief die persönliche Entwicklung in Bezug auf die Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst? Was ist mein Gewissen und welche Einflüsse waren für die Entstehung maßgebend (Erziehung, Erlebnisse)? Wie unterscheide ich zwischen »gut« und »böse«? Welches sind die wesentlichen Beweggründe (religiöse, gefühlsmäßige, vernunftmäßige, ethisch-moralische Gründe)? Welche Rolle spielt das Gewissen im alltäglichen Leben? Woran erkenne ich, dass es sich um eine Gewissensentscheidung handelt? Als wie verbindlich erfahre ich eine Gewissensentscheidung? Hat die Gewissensentscheidung möglicherweise zu Veränderungen in der Lebensgestaltung geführt (Aktivitäten im politischen oder sozialen Bereich)? Gab es schon einmal Situationen, in denen ich gezwungen war, gegen mein Gewissen zu handeln, und wie bin ich damit umgegangen? Was können mögliche Folgen einer Zuwiderhandlung gegen mein Gewissen sein? Habe ich mich mit dem im Grundgesetz verankerten Verteidigungsauftrag der Bundeswehr auseinander gesetzt? In welcher Weise habe ich mich mit der Problematik der Kriegsdienstverweigerung beschäftigt (Bücher, Gespräche, Filme)?
Zusätzlich sollte man sich mit den Themen Krieg, Gewalt, Töten und den Aufgaben des Militärs bzw. der Bundeswehr sowie Nothilfe- und Notwehrsituationen auseinander setzen. Diese Auseinandersetzung sollte quasi immer in Zwiesprache mit dem Gewissen und der Gewissensentscheidung geführt werden.

Wer sich nicht sicher ist, ob seine Begründung den Anforderungen des Bundesamtes entspricht, sollte sich mit einer kompetenten Beratungsstelle in Verbindung setzen.

Michael Behrendt

Service

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin (Prenzlauer Berg)
Tel. (030) 440 13 00 · Fax (030) 440 13 029
E-Mail: info@Kampagne.de
Internet: http://www.Kampagne.de
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Informationen für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung:
jeden 1. Freitag im Monat 19.30 – 20.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung:
nach vorheriger Absprache in der Regel
montags 17.30

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen.
Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu:
Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit • TKDV-Anlaufstellen • Rechtshilfefonds • Schwulen Kriegsdienstgegnern • Zivildienstberatung

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre
von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 50 S., DM 5,00

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim – Kriegsdienste verweigern!
Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 3,00

Auf keinen Fall zum Bund!
Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen
Redaktion: Ulrich Hesse
Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 4,00

Termine

Sonntag, 16.04. Hamburg
Zweites Hearing für ein Europäisches Tribunal zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 11-18 Uhr in Hamburg im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15
Informationen unter http://www.NATO-Tribunal.de • Kontakt: GBM, Prof. Wolfgang Richter, Weitlingstr. 89 · 10317 Berlin · Tel.: (0 30) 5 57 83 97 · Fax: (0 30) 5 55 63 55 · E-Mail: gbmev@t-online.de, Internet: http://home.t-online.de/home/gbmev

Sonntag, 23.04. Fretzdorf
60. Protestwanderung und Ostermarsch für eine freie Heide »Gewalt hat keine Zukunft!«
14 Uhr Fretzdorf Dorfplatz vor der Kirche
Informationen unter http://www.friedenskooperative.de/themen/wittsto.htm
Kontakt: BI FREIe HEIDe · Bennedikt Schirge · Dorfstr. 27 · 16831 Zühlen · Tel. + Fax: (03 39 31) 23 38

Montag, 24.04. Berlin
Berliner Ostermarsch »Wir wollen keine schnellen Eingreiftruppen – Nirgendwo«
13 Uhr · Neue Wache, Unter den Linden
Kontakt: Berliner FriKo · FI Wilmersdorf, Laura von Wimmersperg · Hauptstr. 37 · 10827 Berlin · Tel. + Fax: (0 30) 7 82 33 82 p.

10. Juni 2000, Berlin
Phantasievolle und gewaltfreie Aktionen gegen die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) zum Jahrestag der Beendigung der Luftangriffe gegen Serbien
Treffpunkt: Bitte über die Kampagne erfragen
Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin · Tel.: (0 30) 4 40 13 00 · Fax: (0 30) 44 0 1 30 29, E-Mail: info@Kampagne.de · Internet: http://www.Kampagne.de

3. Juni 2000, Berlin
Zweites Kulturschock-Festival in Berlin-Hellersdorf
Rohrbruchpark, Berlin (Hellersdorf)

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596

Kriterien meines Handelns

Ich befehle, aber ich weiß die Grenzen.

Ich gehorche, aber mein Gehorsam gilt nicht unbegrenzt.

Ich bin Vorgesetzter, aber mein Untergebener ist mein Bruder und Partner.

Ich bin Untergebener, aber mein Vorgesetzter ist mein Bruder und Partner.

Ich übe den Gebrauch von Waffen und setze sie ein, aber ich weiß mich an Grenzen gebunden, achte das Völkerrecht und beachte die Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Ich diene dem Staat, aber das Treueverhältnis ist eines auf Gegenseitigkeit und setzt einen demokratischen Staat voraus, der an dieselbe Werte-Ordnung gebunden ist wie ich.

Mein Glaube befreit mich zum Handeln in Grenzlagen, aber er hütet mich vor Leichtfertigkeit.

Ich werde schuldig, aber ich vertraue auf Vergebung.

schön aufgeschrieben von
General Hans Peter von Kirchbach
Generalinspekteur der Bundeswehr

als „Christliche Botschaft und militärisches Führen"
in der Zeitschrift „IfdT" 1 und 2
im Jahre 2000

EIGENTUMSVORBEHALT:
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. ISSN 1434-2871